

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1972

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Sozialprodukt 1960 - 1971

- 45 Mit einem nominalen wirtschaftlichen Wachstum von + 12,7% im Jahre 1971 liegt Rheinland-Pfalz erneut deutlich über dem Länderdurchschnitt. Im Bundesgebiet hat das Bruttoinlandsprodukt um 10,6% zugenommen.
Dieser Aufsatz enthält die ersten Ergebnisse nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
-

Anbauverhältnisse im Weinbau 1968 - 1971

- 48 Dem Weinbaukataster, das in allen EWG-Ländern Ende 1964 eingerichtet wurde, fällt im Rahmen des Gemeinsamen Weinmarktes bei der Beobachtung der Produktionsgrundlagen und ihrer laufenden Entwicklung eine entscheidende Rolle zu. Seine Ergebnisse sind daher für Rheinland-Pfalz, das bedeutendste Weinbauland der Bundesrepublik, von besonderem Interesse.
-

Wein-, Obst- und Gemüsebau 1971

- 50 In den klimatisch begünstigten Gebieten des Landes kommt dem Anbau von Wein, Obst und Gemüse eine erhebliche Bedeutung zu. Wegen der im Vergleich zu anderen Produkten höheren Erlöse für diese Sonderkulturen erreicht ihr Anteil am landwirtschaftlichen Produktionswert im Durchschnitt etwa ein Viertel bis fast ein Drittel.
-

Berufsziele der Studierenden 1970/71

- 56 Wie attraktiv der Lehrer-Beruf geworden ist, beweist die Tatsache, daß fast jeder zweite Studierende der Universitäten Mainz und Trier-Kaiserslautern und der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz Lehrer werden will.
-

Meldepflichtige Krankheiten 1971

- 58 Die Kenntnis über das Auftreten übertragbarer Krankheiten ist erste Voraussetzung für gesundheitspolizeiliche Maßnahmen. Schon immer waren deshalb entsprechende Meldevorschriften im deutschen Seuchenrecht verankert, wobei jetzt der Katalog der infektiösen Krankheiten gegenüber früher wesentlich erweitert wurde.
-

Verdienste und Arbeitszeiten 1971

- 61 Die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer sind 1971 zwar weiter gestiegen, aber wesentlich geringer als in den beiden Jahren zuvor. Offenbar ist diese Entwicklung durch die Abschwächung der Konjunktur ausschlaggebend beeinflusst worden.
-

Tiefbauaufträge 1961 - 1970

- 65 Die Vergabe von Tiefbauaufträgen durch die öffentliche Hand wurde im Berichtszeitraum vom gesamtwirtschaftlichen Konjunkturverlauf geprägt. Dabei gestaltete sich die Entwicklung der einzelnen Baumaßnahmen recht unterschiedlich; hingegen kam es bei der Rangfolge der Auftraggeber zu keinen nennenswerten Verschiebungen.
-

Einnahmen und Vermögen der gesetzlichen Krankenversicherung 1967 - 1970

- 69 Ein Vergleich der Aufwendungen mit den Einnahmen ergibt eine befriedigende Finanzlage der RVO-Kassen 1970. Ihr Reinvermögen ist durch die stärkere Ausdehnung der Passiva in den letzten zehn Jahren weniger stark gestiegen als Rohvermögen.
-

Anhang

- 17* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
23* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Wirtschaftswachstum 1971 erneut deutlich über dem Durchschnitt

Im vergangenen Jahr konnte die rheinland-pfälzische Wirtschaft mit einer nominalen Zuwachsrate des Sozialprodukts von + 12,7% das durchschnittliche Wachstum im Bundesgebiet (+ 10,6%) erneut übertreffen. Ein höheres Wachstum errechnet sich nur für Bremen (+ 13,1%), das Saarland erzielte ebenfalls + 12,7%. Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, das sich 1970 - bewertet mit jeweiligen Preisen - auf knapp 38 Mrd. DM beziffert hatte, erreichte einen neuen Höchststand von insgesamt 42,8 Mrd. DM.

Infolge des seit Anfang der 60er Jahre überdurchschnittlich hohen Wirtschaftswachstums hat sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner deutlich dem Bundesdurchschnitt genähert. Mit 11 650 DM wird das Niveau des Bundes nur noch um knapp 6% unterschritten.

Die stärksten Wachstumsimpulse kamen wieder, wie seit Jahren, vom Dienstleistungsbereich (+ 16%) und vom produzierenden Gewerbe (+ 14%), während Handel und Verkehr (+ 9,5%) unter dem Durchschnitt blieben, die Landwirtschaft und Forstwirtschaft, infolge von Preisrückgängen, sogar Einbußen (- 4%) hinnehmen mußte. ge
Mehr über dieses Thema auf Seite 45.

Müller-Thurgau jetzt meist verbreitete Rebsorte

Von Mitte 1968 bis 1971 wurden in Rheinland-Pfalz 4 200 ha Weinberge gerodet und 7 800 ha mit Reben neu- oder wiederbepflanzt. Dadurch erhöhte sich die bestockte Keltertraubenfläche um 3 600 auf nunmehr 56 400 ha. Ein Drittel aller Pflanzungen entfiel auf die Sorte Müller-Thurgau, die nunmehr gut 27% der bestockten Rebfläche des Landes beansprucht und damit erstmals an die Spitze der in Rheinland-Pfalz angebauten Rebsorten rückt, gefolgt vom Silvaner (26%) und Riesling (24%). Im Jahre 1960 waren erst 14% der Fläche mit Müller-Thurgau-Reben bestockt, dagegen 41% mit Silvaner und 29% mit Riesling. Weitere zehn Jahre zuvor, 1950, hatte der Müller-Thurgau erst einen Anteil von noch nicht 6%. Beim Blauen Portugieser hat sich die Rückgangstendenz verstärkt fortgesetzt. Sein Anteil betrug 1971 nur noch 7,4% gegenüber 10% vor elf Jahren. lx
Mehr über dieses Thema auf Seite 48.

Weniger Wein, weniger Obst, weniger Gemüse

Die bestockte Rebfläche des Landes umfaßte im Jahre 1971 insgesamt 58 500 ha und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1 250 ha. Die Ausdehnung der Ertragsfläche belief sich auf 1 000 ha und betraf vor allem die Weinbaugebiete Alzey, Oberhaardt, Worms, Nahe (Bezirk Koblenz) und Untermosel. Während die Weinmesternte mengenmäßig unter dem Sechsjahresdurchschnitt blieb, übertraf ihre Qualität noch die des vielgerühmten Jahrgangs 1964.

Nicht zuletzt auf Grund der von der EWG festgesetzten Rodungsprämien verzeichneten die geschlossenen Obstanlagen in den letzten Jahren einen leichten Rückgang auf 11 500 ha. Die gesamte Baumobsternte bezifferte sich auf 216 000 t.

Die von Juli bis Oktober anhaltende Trockenheit beeinträchtigte die mittelfrühen und späten Gemüsearten. Die gesamte Gemüseernte auf dem Freiland erbrachte 97 000 t und lag bei einem leichten Flächenrückgang um 16 000 t unter dem Vorjahresergebnis. wr
Mehr über dieses Thema auf Seite 50.

Niedrigere Weinerzeugung 1971

Die im Herbst des vergangenen Jahres in Rheinland-Pfalz produzierte Weinmenge belief sich infolge der mengenmäßig geringen Weinmesternte nach den vorläufigen Ergebnissen auf 4,05 Mill. hl gegenüber 6,94 Mill. hl im Vorjahr. Das entspricht einem Rückgang von 42%. Außerdem wurden noch 433 000 hl Traubenmost zur Weinherstellung nachgewiesen. Von der erzeugten Weinmenge entfielen 3,67 Mill. hl auf Weiß- und 378 000 hl auf Rotwein. Die Mostbestände wiesen mit 380 000 hl Weiß- und 53 000 hl Rotmost eine ähnliche Relation auf.

Die Zahl der Betriebe, die selbst Trauben oder Most zu Wein verarbeiteten, hat sich gegenüber 1970 geringfügig um 527 auf 31 574 erhöht. Darunter waren 30 372 Winzer mit einer erzeugten Weinmenge von 2,94 Mill. hl sowie 125 Winzergenossenschaften mit 574 000 hl. wr

Zunahme der Schlachtungen bei Schweinen

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1971 insgesamt 235 193 Rinder, 21 435 Kälber, 1 233 776 Schweine, 6 578 Schafe, 137 Ziegen und 1 112 Pferde inländischer Herkunft geschlachtet. Zunahmen gegenüber 1970 ergaben sich bei Schweinen (+ 3,1%) und Schafen (+ 8,6%). Rückgänge dagegen bei Rindern (- 3,0%), Kälbern (- 10,8%), Pferden (- 22,0%) und Ziegen (- 25,9%).

Im Vergleich zu 1965 verzeichneten Kälber die stärkste Abnahme der Schlachtungen, während Rinder eine erhebliche Zunahme aufzuweisen hatten. Bei Schweinen stiegen in diesem Zeitraum die gewerblichen Schlachtungen kräftig an, die Hausschlachtungen entwickelten sich dagegen rückläufig.

Das durchschnittliche Schlachtgewicht nahm 1971 gegenüber dem Vorjahr bei Rindern um 2 kg auf 279 kg zu, bei Kälbern und Schweinen blieb es mit 77 kg bzw. 82 kg unverändert. Die Gesamtschlachtmenge stieg um 0,4% auf 168 575 t. Davon entfielen 144 064 t auf gewerbliche und 24 511 t auf Hausschlachtungen.

An Tieren ausländischer Herkunft wurden 2 020 Rinder und 13 888 Schweine geschlachtet, die vorwiegend aus Belgien importiert wurden. wr

81% der Milcherzeugung geht an Molkereien

In Rheinland-Pfalz verringerte sich die Milcherzeugung 1971 um 44 800 t oder 4,5% auf 950 700 t. Der Rückgang ist bedingt durch die Abnahme des Milchkuhbestandes um rund 22 200 Tiere. Die durchschnittliche Milchleistung je Kuh ist jedoch weiter angestiegen, und zwar um 128 kg auf 3 656 kg.

Von der erzeugten Milchmenge wurden 767 800 t an Molkereien geliefert, das sind 24 100 t weniger als im Vorjahr. Zur Verfütterung an Tiere dienten 81 800 t, während 64 200 t in den Haushalten der Erzeugerbetriebe zur Deckung des eigenen Bedarfs verblieben. Hiervon wurden 55 300 t frisch verbraucht, 5 000 t zu Butter und 3 900 t zu Käse verarbeitet.

Der an Molkereien gelieferte Anteil, welcher schon in den vorhergehenden Jahren angestiegen war, verzeichnete auch 1971 eine leichte Zunahme auf 80,8%. wr

Schulversuche an berufsbildenden Schulen

Das Berufsgrundschuljahr und die Zusammenfassung des Berufsschulunterrichts zu geschlossenen Zeitblöcken (Blockunterricht), die mit der Ausbildung im Betrieb abwechseln,

gehören in die Reihe der gegenwärtigen Schulversuche im Bereich des berufsbildenden Schulwesens.

Im Schuljahr 1971/72 sind an den Versuchen zum Berufsgrundschuljahr 58 Klassen mit 1 346 Schülern beteiligt. Es wird fachlich nicht nach Ausbildungsberufen, sondern nach Berufsfeldern unterteilt. Die meisten Schüler, 947 Mädchen von insgesamt 948, wurden in den 41 Klassen des hauswirtschaftlich-sozialpflegerischen Berufsfeldes gezählt. Es folgen die Berufsfelder Metall/Elektro (9), das kaufmännisch-verwaltende (4) und das Berufsfeld Metall mit 2 Klassen. Je eine Klasse besteht für die Berufsfelder Metall/Holz und Bau/Holz.

In 40 Klassen beträgt die Zahl der Wochenstunden 30 bis 36, weniger als 30 Wochenstunden Unterricht haben nur 2 Klassen.

Im vorangegangenen Schuljahr 1970/71 gab es erst 21 Berufsgrundschulklassen mit 462 Schülern.

Am 15. November 1971 wurde erstmalig auch der Blockunterricht erfaßt. 146 Klassen mit 2 411 Jungen und 865 Mädchen sind gegenwärtig an diesem Schulversuch beteiligt. hä

Jeder zweite Student will Lehrer werden

An der Spitze der Ausbildungsziele deutscher Studenten der Universitäten Mainz und Trier-Kaiserslautern sowie der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz steht der Lehrer-Beruf, den insgesamt 8 641 Studierende in Rheinland-Pfalz, 1 798 mehr als vor zwei Jahren, ergreifen wollen. Das ergibt sich aus einer Vorwegaufbereitung der Angaben zum Berufsziel, die von den Studenten des Wintersemesters 1971/72 gemacht wurden. Die meisten von ihnen, nämlich 3 962 oder 46%, bevorzugen das Lehramt an Grund- und Hauptschulen; das geringste Interesse findet die Ausbildung zum Lehrer an Sonderschulen (298) und berufsbildenden Schulen (347). Von 100 männlichen Studierenden beabsichtigen 39, von 100 weiblichen 66 Lehrer oder Lehrerin zu werden, von letzteren mehr als die Hälfte (55%) an Grund- und Hauptschulen. In der Rangfolge der Berufsziele folgen die Heilberufe Arzt (1 514) und Zahnarzt (509). Juristische oder volkswirtschaftliche Berufe streben 1 553 Studierende an, 575 wollen Psychologen werden. Berufsziele im Bereich der Naturwissenschaften haben 133 Studentinnen und 1 109 Studenten. Umgekehrt dominieren bei den insgesamt 726 Studierenden mit Berufsziel Dolmetscher die Studentinnen. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 56.

Soziale Herkunft der Studierenden im WS 1971/72

Im Wintersemester 1971/72 waren an den zwei Universitäten des Landes, der kirchlichen Hochschule und der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz insgesamt 17 857 deutsche ordentliche Studierende immatrikuliert. Eine Untersuchung nach dem Beruf des Vaters ergab, daß 11% aller Studierenden angegeben hatten, der Vater sei Arbeiter. Gemessen an dem Anteil der Arbeiter im Erwerbsleben ist das Verhältnis immer noch recht ungünstig. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß eine solche Klassifizierung nach der Stellung im Beruf oft stark subjektiv beeinflusst ist; zum Beispiel sind die Grenzen zwischen Arbeiter und Angestellten in den letzten Jahren vielfach sehr fließend geworden. Am niedrigsten ist der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien an der Universität Mainz (7,9%); an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule ist er - ebenso wie an der 1970 ge-

gründeten zweiten Landesuniversität Trier-Kaiserslautern - etwa doppelt so hoch. Aus Akademikerfamilien stammen rund 25% aller Studierenden, im Sommersemester 1971 waren es 26%. Die höchsten Anteile stellen die Kinder von Angestellten und Beamten ohne Hochschulabschluß mit etwa 43%. Fast 5 000 Studierende (rund 27%) sind Kinder von Selbständigen, darunter 3 443, deren Väter keine Akademiker sind. hä

Ein Fall von Kinderlähmung

Das Ausmaß der infektiösen Erkrankungen im Jahre 1971 ist mit 6 200 Fällen im Vergleich zum Vorjahr (6 600) leicht zurückgegangen. Fast ein Drittel davon machten die 2 000 Neuerkrankungen an Tuberkulose aus. Überdies waren es 1 700 Fälle von Hepatitis infectiosa (ansteckende Leberentzündung) sowie rund 1 000 Scharlachfälle, welche infolge ihrer Häufigkeit das Bild des Krankheitsgeschehens im Berichtsjahr bestimmten. Erwähnt sei auch die Enteritis infectiosa, eine vorwiegend auf Salmonellose-Bakterien zurückzuführende Magen- und Darmentzündung, welche in den beiden letzten Jahren eine ungewöhnlich starke Verbreitung erfahren hat, ohne indessen epidemische Schwerpunkte zu setzen. Hervorzuheben sind ferner neben einem Fall von paralytischer Kinderlähmung und einem Wundstarrkrampf die noch relativ häufigen Erkrankungen an Hirnhautentzündung. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 58.

Mehr Lehrer und Polizeibeamte

Am 2. Oktober 1971 wurde im öffentlichen Dienst ein Personalstand erreicht, der mit 116 730 hauptberuflich vollbeschäftigten Personen nur um 2,9% den Vorjahresstand übertraf. Das ist ein erstaunliches Ergebnis, wenn man sich die starken Personalerhöhungen im Schulwesen vergegenwärtigt. Die Ursache hierfür liegt in dem Rückgang der Personals in Wirtschaftsunternehmen (- 13,4%) begründet, der wiederum auf die Umwandlung der Mainzer Stadtwerke in eine Aktiengesellschaft zurückgeht, wodurch weit über 1 000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst ausgegliedert wurden.

Von den hauptberuflich Vollbeschäftigten in Rheinland-Pfalz waren 41,8% Beamte und Richter, 34,9% Angestellte und 23,3% Arbeiter. Die Verteilung der hauptberuflich Vollbeschäftigten nach Aufgabengebieten zeigt im Bereich der Verwaltung Beschäftigungsschwerpunkte in der allgemeinen Verwaltung (11 693 Personen, + 1,5%), im Bereich Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz (14 047 Personen, + 3,3%) und im Schulwesen (25 953 Personen, + 8,0%). Auf das Schulwesen entfiel mit 1 926 Personen auch der Hauptanteil der zusätzlichen 3 057 hauptberuflich Vollbeschäftigten im öffentlichen Dienst, und zwar besonders auf Grund-, Haupt- und Sonderschulen (1 381 Personen). Die stärkste jährliche Zuwachsrate im Schulwesen verzeichnet jedoch seit Jahren (seit 1964 im Schnitt + 25,5%) der Personalstand der Realschulen, der 1971 um 15,5% zunahm. Im Hochschulbereich, dessen Personalstand sich um 5% auf 6 411 hauptberuflich Vollbeschäftigte erhöhte, fiel besonders die Erhöhung des hauptberuflichen Universitätspersonals (+ 13,1%) ins Gewicht.

Neben Schule und Hochschule, die schon 1970 den Schwerpunkt der Personalstandserhöhung bildeten, wird 1971 eine weitere Erhöhung im Sektor Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz sichtbar (+ 3,3%), die außer bei den Verwaltungsgerichten (+ 4,5%), deren Personalstand sich schon 1970 um 7,2% erhöht hatte, über dem Vorjahreszuwachs (+ 1,7%) liegt. vh

Revision des Sozialprodukts 1960 bis 1971

Neue Sozialproduktszahlen für die Jahre 1960 bis 1971, die auf einer Revision der Entstehungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beruhen, liegen nunmehr vor. Eine solche Revision, die stets im Rahmen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder ländereinheitlich im Anschluß an eine Revision der Bundeswerte durch das Statistische Bundesamt erfolgt, wurde erforderlich, um die Ergebnisse der nur in mehrjährigen Abständen durchgeführten Statistiken, soweit sie bei der vorherigen Revision 1963 noch nicht berücksichtigt werden konnten (zum Beispiel Handelszensus 1960, Zensus im Produzierenden Gewerbe 1962, Arbeitsstättenzählung 1961, Kostenstrukturerhebungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63), in das Berechnungssystem einzubauen. Außerdem wurden bei dieser Revision Konzepte und Definitionen in einigen Punkten geändert, um die Weiterentwicklung des Systems zu erleichtern und gewisse Angleichungen an die internationalen Systeme zu erreichen.

Revision bringt Niveauanhebung um 10%

Die neue Revision führte dazu, daß das Niveau der rheinland-pfälzischen Sozialproduktsergebnisse im Schnitt jetzt um etwa 10% höher liegt als das der bisherigen Ergebnisse, die in Band 177 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz zusammengefaßt sind. Die drei vom Volumen her wichtigsten Faktoren, die zu dieser Niveauverschiebung führten, sind eine Erhöhung des Niveaus der revidierten Ergebnisse für das Bundesgebiet sowie beachtliche Anhebungen im verarbeitenden Gewerbe, insbesondere in der chemischen Industrie, und im Handel, hier insbesondere im Großhandel, als Folge der Übernahme von verbesserten Nettoquoten aus Handels- und Industriezensus. Quantitativ weniger bedeutend waren die Änderungen in den übrigen Wirtschaftsbereichen.

Die vor einem Jahr als Interimslösung erstellte Zeitreihe 1960 bis 1970, die im Februarheft der Statistischen Monatshefte 1971 veröffentlicht ist, kann in diesem Zusammenhang außer Betracht bleiben, da sie methodisch lediglich eine Verkettung der nicht revidierten Ergebnisse mit den damals vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen provisorisch auf die neuen Bundeswerte koordinierten Zahlen für 1967 bis 1970 darstellt, und somit die aus den neuen Berechnungsmethoden resultierende Niveauanhebung für Rheinland-Pfalz noch nicht in vollem Umfange berücksichtigen konnte.

Im folgenden sind die wichtigsten Eckwerte der revidierten Sozialproduktsberechnungen, und zwar zunächst der Nominalwerte, zusammengestellt. Eine ausführlichere Darstellung des Bruttoinlandsprodukts, das nunmehr auch aufgegliedert nach 42 Wirtschaftsbereichen (bisher 11) vorgelegt werden kann, sowie der Bruttoproduktionswerte und Vorleistungen folgt in einem späteren Beitrag, ebenso wie die Darstellung der Realwerte.

Wirtschaftswachstum erneut deutlich über Bundesdurchschnitt

Mit einem nominalen Wachstum von + 12,7% im Jahre 1971 konnte die rheinland-pfälzische Wirtschaft ihre Stellung als eine der expansivsten unter den Ländern des Bundesgebietes erneut nachdrücklich unterstreichen. Daß die Zuwachsrate noch günstiger ausgefallen ist als zunächst anzunehmen war (bei der Vorausschätzung Ende November 1971, die auf bereichsstatistischen Daten der Monate Januar bis September, zum Teil Oktober, beruhte, zeichnete sich ein Wachstum von rund 11% ab), ist nicht zuletzt auf die unerwarteten Produktions- und Umsatzsteigerungen der Industrie in den drei letzten Monaten des Jahres zurückzuführen. In diesem Jahr, gemeinsam mit Bremen (+ 13,1%) und dem Saarland (+ 12,7%), liegt die nominale Zu-

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 1960 - 1967
vor und nach der Revision 1970

Bereich Jahr	Ergebnisse der		Veränderung	
	Altbe- rechnung	Revision 1970	Revision zur Altberechnung	
			Mill. DM	%
1960 nach Bereichen				
Land- und Forstwirtschaft	1 355	1 457	102	7,5
Energiewirtschaft	252	420	168	66,7
Verarbeitendes Gewerbe	5 632	6 412	780	13,8
Baugewerbe	1 067	1 061	- 6	- 0,6
Handel	1 670	2 081	411	24,6
Verkehr	940	981	41	4,4
Kreditinstitute	261	229	- 32	- 12,3
Wohnungsvermietung	424	396	- 28	- 6,6
Dienstleistungsgewerbe	823	850	27	3,3
Staat	1 177	1 174	- 3	- 0,3
Private Haushalte	288	307	19	6,6
1960 - 1967 insgesamt				
1960	13 888	15 367	1 479	10,6
1961	15 300	16 677	1 377	9,0
1962	16 505	18 043	1 538	9,3
1963	18 174	19 629	1 455	8,0
1964	19 842	21 558	1 716	8,6
1965	21 751	23 824	2 073	9,5
1966	23 681	26 369	2 688	11,4
1967 ^p	24 624	27 566	2 942	11,9

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1960 - 1971

Jahr	Rheinland-Pfalz					Bundesgebiet				
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Anteil am Bund in %	je Einwohner ¹⁾		Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	DM je Einwohner ¹⁾
					DM	Bund = 100				
1960	15 367	.	100	5,1	4 545	83,3	302 550	.	100	5 458
1961	16 677	8,5	109	5,0	4 880	82,2	333 450	10,2	110	5 936
1962	18 043	8,2	117	5,0	5 219	82,3	360 910	8,2	119	6 339
1963	19 629	8,8	128	5,1	5 619	84,1	384 770	6,6	127	6 681
1964	21 558	9,8	140	5,1	6 108	84,3	422 140	9,7	140	7 245
1965	23 824	10,5	155	5,2	6 679	85,3	462 020	9,4	153	7 829
1966	26 369	10,7	172	5,4	7 321	88,7	492 100	6,5	163	8 252
1967 ^p	27 566	4,5	179	5,5	7 615	91,8	496 860	1,0	164	8 299
1968 ^p	29 552	7,2	192	5,5	8 130	90,5	540 540	8,8	179	8 981
1969 ^p	33 153	12,2	216	5,5	9 058	91,3	603 880	11,7	200	9 924
1970 ^p	37 951	14,5	247	5,5	10 404	92,3	684 180	13,3	226	11 272
1971 ^s	42 765	12,7	278	5,7	11 654	94,3	756 900	10,6	250	12 352

1) 1960 - 1969 durchschnittliche Bevölkerung auf Basis der VZ 1961; 1970 und 1971 Bevölkerungsstand 30.6. auf Basis der VZ 1970. - 1971 Ergebnisse der Schnellberechnung.

wachstums des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts, wie schon seit 1963 deutlich über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum des gesamten Bundesgebiets, das sich im vergangenen Jahr auf + 10,6% stellte. Lediglich 1968 war - hauptsächlich wohl infolge der überdurchschnittlich besseren Veränderungsrate im vorhergehenden Rezessionsjahr 1967 - das Wachstum geringer als im Bundesdurchschnitt. Zuwachsraten zwischen 11 und 12% verzeichneten die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Hessen, während Baden-Württemberg und Hamburg mit nominalen Zunahmen zwischen 10 und 11% dem Bundesdurchschnitt entsprachen. Die geringsten Zuwachsraten hatten Nordrhein-Westfalen mit + 9,3% und Berlin (West) mit + 8,8%.

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, das sich 1970 - bewertet mit jeweiligen Preisen - auf knapp 38 Mrd. DM beziffert hatte, erreichte einen neuen Höchststand von rund 42,8 Mrd. DM und überschritt damit erstmals die 40 Mrd. DM-Grenze. Diese Expansion führte zu einer Ausdehnung des Anteils am Bundesgebiet um 0,2 Prozentpunkte, der sich jetzt auf 5,7% beläuft. Vor elf Jahren hatte dieser Anteil erst 5,1% ausgemacht.

Infolge des seit Anfang der 60er Jahre über-

durchschnittlichen Wachstums der rheinland-pfälzischen Wirtschaft - in den letzten elf Jahren stieg das Bruttoinlandsprodukt jedes Jahr im Schnitt um 9,8%, gegenüber einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von + 8,7% im Bundesgebiet - hat sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, das einen besseren Vergleichsmaßstab für die Leistungskraft eines Landes darstellt, deutlich dem bundesdurchschnittlichen Niveau genähert. Bezogen auf die Wohnbevölkerung zur Mitte des Jahres errechnet sich für Rheinland-Pfalz 1971 ein Pro-Kopf-Betrag des Bruttoinlandsprodukts von rund 11 650 DM, der den entsprechenden Bundeswert allerdings noch um fast 6% unterschreitet. 1960 ist diese Differenz wesentlich größer gewesen, denn damals hatte das in Rheinland-Pfalz je Einwohner erbrachte Sozialprodukt erst etwa 83% des Bundesdurchschnitts ausgemacht. Bezogen auf die durchschnittliche Pro-Kopf-Leistung der Flächenländer - die Stadtstaaten verfallschen wegen ihres hohen Eindpendlerüberschusses diesen Vergleich etwas - liegt Rheinland-Pfalz sogar nur um 3 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Vor zehn Jahren hatte der Abstand gegenüber der durchschnittlichen Wirtschaftskraft je Einwohner der Flächenländer noch über 15% betragen.

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Ländern des Bundesgebiets 1960 und 1971

Land	1960				1971 ^s					
	Mill. DM	Anteil am Bund in %	je Einwohner		Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Anteil am Bund in %	je Einwohner ¹⁾	
			DM	Bund = 100					DM	Bund = 100
Schleswig-Holstein	9 758	3,2	4 253	77,9	25 043	11,9	257	3,3	9 896	80,1
Hamburg	16 190	5,4	8 881	162,7	36 395	10,1	225	4,8	20 348	164,7
Niedersachsen	31 451	10,4	4 774	87,5	76 777	11,8	244	10,1	10 727	86,8
Bremen	5 088	1,7	7 316	134,0	11 832	13,1	233	1,6	16 334	132,2
Nordrhein-Westfalen	92 988	30,7	5 925	108,6	212 615	9,3	229	28,1	12 455	100,8
Hessen	25 686	8,5	5 432	99,5	68 963	11,2	268	9,1	12 621	102,2
Rheinland-Pfalz	15 367	5,1	4 545	83,3	42 765	12,7	278	5,7	11 654	94,3
Baden-Württemberg	42 707	14,1	5 626	103,1	114 510	10,3	268	15,1	12 695	102,8
Bayern	45 462	15,0	4 843	88,7	128 200	11,4	282	16,9	12 056	97,6
Saarland	5 470	1,8	5 204	95,3	11 938	12,7	218	1,6	10 636	86,1
Berlin (West)	12 383	4,1	5 630	103,2	27 862	8,8	225	3,7	13 290	107,6
Bundesgebiet	302 550	100,0	5 458	100,0	756 900	10,6	250	100,0	12 352	100,0

1) Bezogen auf den Bevölkerungsstand vom 30.6.1971. - 1971 Ergebnisse der Schnellberechnung.

Landwirtschaft erstmals unter 4%

Während im Bundesgebiet das Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft stagnierte (— 0,2%), ist in Rheinland-Pfalz in diesem Bereich ein Rückgang um nominal fast 4% auf rund 1,6 Mrd. DM eingetreten. Dies ist in erster Linie eine Folge der Preisentwicklung. Während die Erzeugerpreise tierischer Produkte im vergangenen Jahr stagnierten, mußten bei den Preisen für pflanzliche Produkte zum Teil empfindliche Einbußen hingenommen werden, welche die rheinland-pfälzischen Landwirte besonders trafen, da hierzulande die pflanzlichen Produkte mit einem Anteil am Produktionswert der Landwirtschaft von etwa 50% eine vom Volumen her merklich größere Bedeutung als im übrigen Bundesgebiet haben. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der wirtschaftlichen Leistung des Landes ist zwischen 1960 und 1971 von 9,5% auf jetzt 3,8% zurückgegangen. Dennoch ist die rheinland-pfälzische Land- und Forstwirtschaft mit 7,6% noch überdurchschnittlich hoch am Bundesergebnis dieses Bereichs beteiligt.

Mit einer Zunahme um 13,8% war das produzierende Gewerbe erneut maßgeblich an der Gesamtentwicklung beteiligt. Sein Beitrag zum Sozialprodukt in jeweiligen Preisen erreichte damit den Wert von 24,3 Mrd. DM, was einem Anteil von 56,2% am Landesergebnis entspricht. 1960 waren es erst 51,4% gewesen. Die Beteiligung am Bundesergebnis dieses Bereichs hat mit 5,9% jetzt nahezu den bevölkerungsmäßigen Anteil des Landes am Bund (6,0%) erreicht. Die Industrie, als wichtigster Bereich im produzierenden Gewerbe, steigerte ihre Umsätze im vergangenen Jahr um 10%. Sehr hohe Umsatzsteigerungen hatten, wie bereits seit Jahren, die Investitionsgüterindustrien. Diese vermochten den Vorjahresumsatz um über 12% auf fast 9 Mrd. DM zu heben, namentlich infolge der guten Ergebnisse im Stahl- und Leichtmetallbau (+ 25%). Die Nahrungs- und Genussmittelindustrien, sonst wachstumsmäßig meist am unteren Ende der Skala rangierend, nehmen 1971 mit einer Zuwachsrate von rund 14% den ersten Rang ein. Zu diesem Zuwachs trugen insbesondere die obst- und gemüseverarbeitende Industrie, die Spirituosenindustrie und die Mineralwasser- und Limonadenindustrie bei. Die Zuwachsrate der Verbrauchsgüterindustrien ist mit dem durchschnittlichen industriellen Wachstum des vergangenen Jahres identisch (+ 10%). Demgegenüber konnten die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien infolge des gedämpften Wachstums der Chemie ihren Umsatz nur um 7% auf knapp 12 Mrd. DM steigern. Sehr starke Umsatzausweitungen erzielte erneut das ebenfalls zum produzierenden Gewerbe zählende Bauhauptgewerbe mit + 27%.

Der Beitrag des Bereichs Handel und Verkehr zum Bruttoinlandsprodukt nahm um 9,5% auf 7,2 Mrd. DM zu. An der Wachstumsrate waren Handel und Verkehr etwa gleich stark beteiligt. Der Anteil an der Landessumme, der sich seit Beginn der 60er Jahre, als er noch rund 20% betragen hatte, infolge meist unterdurchschnittlicher Zuwachsraten stetig verringerte, erreichte mit jetzt 16,6% einen neuen Tiefststand. Anders verlief die Entwicklung

Bruttoinlandsprodukt der Wirtschaftsbereiche¹⁾ 1960 - 1971

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte
Mill. DM					
1960	1 457	7 893	3 062	1 475	1 481
1961	1 415	8 548	3 278	1 721	1 715
1962	1 353	9 353	3 609	1 854	1 875
1963	1 379	10 061	3 916	2 172	2 101
1964	1 441	11 284	4 194	2 374	2 264
1965	1 486	12 561	4 503	2 744	2 531
1966	1 628	14 050	4 747	3 039	2 905
1967 ^p	1 577	14 561	5 142	3 259	3 027
1968 ^p	1 544	16 053	5 424	3 483	3 257
1969 ^p	1 709	18 311	5 916	3 850	3 687
1970 ^p	1 701	21 356	6 554	4 334	4 395
1971 ^s	1 600	24 300	7 200	4 900	5 300
Veränderung zum Vorjahr in %					
1961	- 2,9	8,3	7,1	16,7	15,8
1962	- 4,3	9,4	10,1	7,7	9,4
1963	1,9	7,6	8,5	17,2	12,0
1964	4,5	12,2	7,1	9,3	7,8
1965	3,1	11,3	7,4	15,6	11,8
1966	9,6	11,9	5,4	10,8	14,8
1967 ^p	- 3,1	3,6	8,3	7,2	4,2
1968 ^p	- 2,1	10,2	5,5	6,9	7,6
1969 ^p	10,7	14,1	9,1	10,5	13,2
1970 ^p	- 0,5	16,6	10,8	12,6	19,2
1971 ^s	- 3,9	13,8	9,5	12,1	20,4
1960 = 100					
1960	100	100	100	100	100
1961	97	108	107	117	116
1962	93	118	118	126	127
1963	95	127	128	147	142
1964	99	143	137	161	153
1965	102	159	147	186	171
1966	112	178	155	206	196
1967 ^p	108	184	168	221	204
1968 ^p	106	203	177	236	220
1969 ^p	117	232	193	261	249
1970 ^p	117	271	214	294	297
1971 ^s	112	308	234	330	357
Anteil am BIP in %					
1960	9,5	51,4	19,9	9,6	9,6
1961	8,5	51,3	19,7	10,3	10,3
1962	7,5	51,8	20,0	10,3	10,4
1963	7,0	51,3	19,9	11,1	10,7
1964	6,7	52,3	19,5	11,0	10,5
1965	6,2	52,7	18,9	11,5	10,6
1966	6,2	53,3	18,0	11,5	11,0
1967 ^p	5,7	52,8	18,7	11,8	11,0
1968 ^p	5,2	53,9	18,2	11,7	10,9
1969 ^p	5,1	54,7	17,7	11,5	11,0
1970 ^p	4,4	55,7	17,1	11,3	11,5
1971 ^s	3,8	56,2	16,6	11,2	12,2

1) Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche sind ab 1968 um die Differenz zwischen Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und Investitionssteuer gemäß § 30 UStG überhöht. - 1971 eigene Schätzung.

der übrigen Dienstleistungen, von denen erneut sehr starke Wachstumsimpulse ausgingen. Bei einer Zuwachsrate von nicht weniger als + 16,3% konnte ihr Bruttoinlandsprodukt erstmals die 10 Mrd. DM-Grenze überschreiten. Mit 10,1 Mrd. DM vereinigten sie im vergangenen Jahr 23,5% der wirtschaftlichen Leistung auf sich, während es 1960 erst 19,2% waren. Während das Wachstum der Dienstleistungsunternehmen - hierzu zählen Dienstleistungsgewerbe, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Wohnungsvermietung - etwa dem Landesdurchschnitt entsprach, vergrößerten Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter ihr Sozialprodukt um mehr als 20%.

Diplom-Volkswirt J. Gebauer

Anbauverhältnisse im Weinbau 1968 bis 1971

Ergebnisse der Fortführung des Weinbaukatasters

Nach Inkrafttreten des gemeinsamen Europäischen Weinmarktes kommt dem Weinbaukataster für die laufende Beobachtung der Entwicklung im Rebanbau eine entscheidende Bedeutung zu. Mit seiner Hilfe soll vornehmlich versucht werden, Weinproduktion und Weinverbrauch in der Gemeinschaft in Einklang zu bringen, und somit etwaige strukturelle Überschüsse, die sich nachteilig auf die Einkommenssituation der Winzerbetriebe auswirken könnten, zu vermeiden. Nach den Bestimmungen der EWG-Verordnung 39/68 vom 11. Januar 1968 ist das zum 31. Dezember 1964 eingerichtete Weinbaukataster bis zu seiner völligen Neuerstellung im Jahre 1977 unter Berücksichtigung von Rodungen, Neu- und Wiederanpflanzungen jährlich auf den neuesten Stand zu bringen. Diese Fortschreibung erstreckt sich in erster Linie auf Flächen, Rebsorten, Lagegestaltung und Alter der Rebstöcke. Da die EWG-Verordnung ausdrücklich vorsieht, daß zur technischen Vereinfachung die bei den Mitgliedsländern bereits vorhandenen amtlichen Unterlagen für die Fortführung verwendet und in diesen Fällen die Betriebsinhaber von ihrer Meldung freigestellt werden können, wurden für 1969 die bei den staatlichen Reblauskommissaren gemäß § 12 der Ausführungsverordnung zum Reblausgesetz vom 23. Dezember 1935 vorliegenden Anmelde-scheine für Rebepflanzungen ausgewertet. Für die ausgehauenen Flächen fand ein Zusatzbogen Verwendung. Für 1970 und die folgenden Jahre ist der bisher für die Pflanzungen übliche Anmelde-schein durch die erforderlichen Merkmale für die Rodungen ergänzt worden, so daß künftig jegliche gesonderte Befragung bei den Winzern entfallen kann.

Die Flächenangaben des Weinbaukatasters und der Bodennutzungsvorerhebung sind nur bedingt vergleichbar, da im Weinbaukataster der reine Selbstversorger-Anbau nicht erfaßt ist. Hinzu kommt noch eine zeitliche Verschiebung. Die Bodennutzungsvorerhebung wird in der Regel im Februar durchgeführt, während beim Weinbaukataster noch die später erfolgenden Frühjahrspflanzungen eines jeden Jahres erfaßt werden. Ferner ist zu beachten, daß sich aus den Ergebnissen der Fortführung des Weinbaukatasters keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Ausweitung der Rebfläche ziehen lassen, da sie sich ausschließlich auf die bestockten Flächen bezieht und hierbei kein gesonderter Nachweis der Erstanpflanzungen erfolgt.

Mehr Pflanzungen in der Ebene

Seit Mitte 1968 wurden in Rheinland-Pfalz 4 200 ha Rebfläche gerodet und 7 800 ha mit Reben neu- oder wiederbepflanzt. Dadurch erhöhte sich

bis 1971 die bestockte Keltertraubenfläche um 3 600 ha auf nunmehr 56 400 ha. Während die Rodungen mit Werten zwischen 1 200 und 1 500 ha pro Jahr einigermaßen gleichgeblieben sind, haben sich die Pflanzungen von 1 900 ha im Jahre 1969 über 2 550 ha in 1970 auf 3 340 ha im Jahre 1971 erhöht. Nach dem Stand von 1968 befanden sich 40% der Rebfläche in der Ebene, 44% am Hang mit Steigungen von 5 bis 20%, 12% in Steillagen mit über 20% Steigung und 4% auf der Hochebene. Von den seither vorgenommenen Pflanzungen kamen jedoch jeweils rund 45% auf Flach- und Hanglagen, gegenüber nur 6% auf Steillagen. Damit läßt sich hinsichtlich der Lagegestaltung, die einerseits für die Qualität des Weines, andererseits für arbeits- und kostenwirtschaftliche Überlegungen ausschlaggebend ist, bei den Neuanpflanzungen eine deutliche Bevorzugung der Flachlagen erkennen. Dies trifft ganz besonders für die Regierungsbezirke Koblenz und Trier mit ihren in den Flußtälern von Rhein und Mosel verbreitet aufzufindenden Steillagen zu, wo heute bereits 25 bzw. 19% aller Weinberge in der Ebene stocken, gegenüber 24 bzw. 17% 1968 und 20 bzw. 16% im Jahre 1964. Von den in den letzten drei Jahren dort gepflanzten Jungfeldern liegen allein 27 bzw. sogar 30% in der Ebene oder auf Talboden. Im Bezirk Rheinhessen-Pfalz, wo ohnehin die Hälfte aller Weinberge in der Ebene anzutreffen ist, brachten die Neuanpflanzungen keine merkliche Veränderung in der Lagegestaltung. Die Anlagen am Hang erreichten hier Mitte 1971 einen Anteil von 42%, lediglich 4,5% entfielen auf Steillagen.

Müller-Thurgau verbreitetste Rebsorte

Die Sortenfrage ist für die Wirtschaftlichkeit unseres Weinbaus von großer Bedeutung, nicht zuletzt durch die Tatsache, daß das natürliche Mostgewicht als Grundlage für die Qualitätsbestimmungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewählt wurde. Sie ist ferner auf Grund einer entsprechend der EWG-Verordnung 816/70 zur Festlegung ergänzender Vorschriften für die gemeinsame Marktorganisation für Wein nach Verwaltungseinheiten oder Teilen derselben vorzunehmenden Klassifizierung der zum Anbau in der Gemeinschaft zugelassenen Rebsorten in empfohlene, zugelassene und vorübergehend zugelassene in den Vordergrund getreten.

Bestockte Keltertraubenfläche und Lagegestaltung 1968 und 1971

Regierungsbezirk	Jahr	Ins-gesamt	Flachlage		Hanglage		Steillage		Hochebene	
		ha		%	ha	%	ha	%	ha	%
Koblenz	1968	7 794	1 899	24,4	3 418	43,9	2 232	28,6	245	3,1
	1971	8 205	2 024	24,7	3 637	44,3	2 290	27,9	254	3,1
Trier	1968	8 048	1 365	16,9	4 266	53,0	2 396	29,8	21	0,3
	1971	8 623	1 636	19,0	4 534	52,6	2 430	28,2	23	0,2
Rheinhessen-Pfalz	1968	36 923	18 053	48,9	15 282	41,4	1 715	4,6	1 873	5,1
	1971	39 567	19 281	48,7	16 561	41,9	1 769	4,5	1 956	4,9
Rheinland-Pfalz	1968	52 765	21 317	40,4	22 966	43,5	6 343	12,0	2 139	4,1
	1971	56 395	22 941	40,7	24 732	43,8	6 489	11,5	2 233	4,0

Verteilung der Rebsorten 1950 - 1971

Rebsorte	Insgesamt							Koblenz	Trier	Rhein- hessen Pfalz
	1950	1960	1964	1968	1969	1970	1971			
	% 1)									
Müller-Thurgau	5, 7	14, 2	22, 5	25, 4	25, 9	26, 6	27, 3	23, 4	16, 9	30, 4
Silvaner	45, 8	41, 4	33, 1	29, 1	28, 2	27, 2	25, 6	21, 3	0, 2	32, 0
Riesling	32, 5	28, 6	26, 7	25, 6	25, 5	25, 0	24, 4	42, 5	69, 7	10, 8
Blauer Portugieser	12, 5	10, 1	9, 6	8, 8	8, 5	8, 0	7, 4	2, 5	0	10, 0
Morio-Muskat	.	.	2, 2	2, 8	2, 9	3, 3	3, 9	0, 8	0, 1	5, 4
Scheurebe	.	.	0, 7	1, 5	1, 8	2, 1	2, 4	1, 9	0, 1	3, 0
Elbling	.	1, 4	2, 2	2, 1	2, 1	2, 1	2, 0	2, 4	11, 0	-
Ruländer	.	.	0, 5	1, 4	1, 5	1, 6	1, 8	1, 0	0, 1	2, 3
Sonstige	.	.	2, 5	3, 3	3, 6	4, 1	5, 2	4, 2	1, 9	6, 1

1) Bis 1960: Anteil an der Ertragsrebläche, ab 1964: an der bestockten Keltertraubenfläche.

Wie bereits in den vergangenen Jahren aus dem Verhältnis von Rodungen zu Anpflanzungen zu vermuten war, ist der Müller-Thurgau an Stelle des Silvaners im Jahre 1971 zur flächenmäßig bedeutendsten Rebsorte im Land geworden. Mit nahezu 15 400 ha war er auf 27% der bestockten Fläche anzutreffen, der Silvaner (14 400 ha) nur noch auf 26%. Wesentlich deutlicher jedoch kommt die wegen seiner früheren Reife und den höheren Erträgen zunehmende Beliebtheit des Müller-Thurgau mit seinen etwas leichteren, milden und blumigen Weinen in der Entwicklung seines Anbaus seit 1960 zum Ausdruck. Während er damals erst 14% der Rebfläche beanspruchte, stieg sein Anteil seither auf fast das Doppelte an. Im Jahre 1964 belief er sich auf 23%, 1968 auf ein Viertel. An den Pflanzungen der letzten drei Jahre war er zu einem Drittel beteiligt, im Bezirk Trier sogar zu 41%. Die größten Anbauausweitungen sowohl gegenüber 1964 als auch gegenüber 1968 ergaben sich mit + 131 bzw. + 42% für die Mittelmosel. Im Vergleich zu 1968 haben die absoluten Flächenzunahmen (+ 335 ha) hier selbst die der traditionellen Müller-Thurgau-Gebiete um Worms und an der Oberhaardt zum Teil noch beachtlich übertroffen. Mit 1 130 ha sind an der Mittelmosel zur Zeit bereits 19% der Rebfläche mit dieser Sorte bestanden, 1968 waren es 15%, 1964 erst knapp 10%.

Der Silvaneranbau ging seit 1960 (41%) ständig zurück, wobei 1964 noch ein Drittel, 1968 noch 29% der Keltertraubenfläche auf diese Sorte

entfielen. Der als ausgesprochene Qualitätssorte geltende Riesling (13 800 ha) konnte mit knapp einem Viertel der Rebfläche des Jahres 1971 gegenüber 29% im Jahre 1960 weitgehend seine Stellung behaupten. Bei dem vornehmlich in den pfälzischen Gebieten anzutreffenden Blauen Portugieser (7,4%) hat sich die Rückgangstendenz seit 1968 verstärkt fortgesetzt. Rodungen von 570 ha standen nur noch Anpflanzungen von knapp 100 ha entgegen. Die niedrigen Mostgewichte lassen vielfach eine Qualitätsweinerzeugung nicht zu. Bei einer Verwendung zu Tafelwein muß die Konkurrenz der preisgünstigeren ausländischen Rotweine befürchtet werden. Die besonders bukettreiche Weine liefern und fast ausschließlich im südlichen Landesteil zu findenden Sorten Morio-Muskat und Scheurebe haben ihre Flächen seit 1964 mehr als verdoppelt, sie erreichen derzeit 2 200 bzw. knapp 1 400 ha. Die Höhe der Zunahmeraten läßt auch für die kommende Zeit eine weitere Ausweitung erkennen. Am gesamten bestockten Rebland sind sie bereits zu 3,9 bzw. 2,4% beteiligt, gegenüber 2,8 bzw. 1,5% im Jahre 1968 und 2,2 bzw. 0,7% bei der Einrichtung des Weinbaukatasters 1964. Relativ unverändert blieb die Anbaufläche des Elblings (1 150 ha), der nur an der Obermosel und in einem eng umgrenzten Teil der Untermosel eine gewisse Bedeutung hat. Obwohl diese Sorte bei hohen Mengenerträgen nur geringe Mostgewichte bringt, und befürchtet werden muß, daß die für die Weinerzeugung vorgeschriebenen Mindestmostgewichte in ungünstigen Jahren nicht erreicht werden, erklärt sich ihre Be-

Jungfelder (Pflanzjahre 1969 - 1971) nach Rebsorten 1971

Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Müller- Thurgau	Silvaner	Riesling	Morio- Muskat	Scheu- rebe	Sonstige Sorten					
							zu- sammen	Bacchus	Faber	Huxel- rebe	Kerner	Ru- länder
	ha	%						% der sonstigen Sorten				
Koblenz	723	35,8	6,1	31,5	2,9	5,8	17,9	19,4	5,4	6,2	6,2	27,1
Trier	1 024	41,4	0,1	42,3	0,1	0	16,1	32,7	0	1,2	3,6	2,4
Rheinessen-Pfalz	6 053	32,7	13,7	9,0	13,5	9,0	22,1	4,2	11,9	15,3	17,3	16,9
Rheinland-Pfalz	7 800	34,1	11,2	15,5	10,7	7,6	20,9	8,3	10,2	13,2	15,0	16,2

Regierungsbezirk	Jahr	Insgesamt	Pflanzjahre					
			vor 1935	1935 - 1944	1945 - 1954	1955 - 1964	1965 - 1968	1969 - 1971
		ha	%					
Koblenz	1968	7 794	11,8	11,5	23,3	42,9	10,5	.
	1971	8 205	10,0	9,9	21,2	40,1	10,0	8,8
Trier	1968	8 048	34,7	6,2	9,5	37,7	11,9	.
	1971	8 623	28,8	5,0	8,4	34,7	11,2	11,9
Rheinhausen-Pfalz	1968	36 923	7,4	5,8	20,9	47,6	18,3	.
	1971	39 567	4,6	3,9	16,6	42,6	17,0	15,3
Rheinland-Pfalz	1968	52 765	12,2	6,7	19,5	45,4	16,2	.
	1971	56 395	9,1	5,0	16,0	41,1	15,0	13,8

ständigkeit aus der hervorragenden Eignung dieser Weine zur Sektherstellung.

Neue Rebsorten im Vordringen

Als weitere Sorten können vor allem Ruländer (990 ha), Weißburgunder (370 ha), Spätburgunder (270 ha), Huxelrebe (300 ha), Gewürztraminer (260 ha), Roter Traminer (200 ha) und die Siegerrebe (145 ha) genannt werden, von denen besonders der Ruländer sowie die Huxelrebe in den letzten drei Jahren eine beachtliche Erweiterung ihres Anbaus aufzuweisen hatten. Mit Ausnahme des Blauen Spätburgunders, der im Rotweingebiet der Ahr eine entscheidende Rolle spielt, sind die übrigen nur im Süden des Landes stärker vertreten. Auch die in den letzten Jahren in die amtliche Sortenliste beim Bundessortenamt eingetragenen und damit für den allgemeinen Anbau zugelassenen neuen Sorten Kerner (Trollinger x Riesling), Faber (Weißburgunder x Müller-Thurgau), Kanzler (Müller-Thurgau x Silvaner), Optima 113 (Silvaner x Riesling x Müller-Thurgau), Ortega (Müller-Thurgau x Siegerrebe) und Ehrenfelser (Riesling x Silvaner) haben zum Teil bereits umfangreiche Anbauflächen erreicht. Sie beliefen sich beim Kerner auf 245 ha, beim Faber auf 186 ha und bei der Sorte Optima auf 35 ha, während die übrigen zwischen 15 und 30 ha lagen. Die zur Eintragung angemeldeten Neuzüchtungen Bacchus 133 (Silvaner x Riesling x Müller-Thurgau) und Reichensteiner (Müller-Thurgau x Madeleine angevine x Calabreser fr.) standen bereits auf knapp 170 bzw. 30 ha.

Weitere Verjüngung der Rebenbestände

Für die Beurteilung der Ertragsfähigkeit einer

Dauerkultur, in diesem Fall des Weinbaus, ist die Kenntnis über ihr Alter unerlässlich. Neben der Veränderung des Sortenspiegels stellt daher auch die Feststellung der Altersentwicklung der Rebflächen ein wichtiger Tatbestand im Rahmen der jährlichen Fortführung des Weinbaukatasters dar. Die seit 1968 durchgeführten Rodungen und Pflanzungen lassen insgesamt eine erfreuliche Verjüngung der Rebenbestände in Rheinland-Pfalz erkennen. Während 1968 noch gut 12% der Rebflächen aus der Zeit vor 1935 stammten, reduzierte sich dieser Anteil bis 1971 auf 9%. Diese knapp 40 Jahre und älteren Weinberge waren jedoch mit 10% im Regierungsbezirk Koblenz und sogar noch 29% in den Weinbaugebieten des Bezirks Trier ungleich stärker vertreten als in Rheinhausen und der Pfalz (4,6%). Die in den nördlichen Anbaugebieten verbreiteten Hang- und Steillagen verhindern wegen ihrer höheren Bebauungskosten einen schnelleren Umtrieb. Knapp 5% aller Rebstöcke wurden zwischen 1935 und 1944 gepflanzt, weitere 16% in den Nachkriegsjahren von 1945 bis 1954. Im Jahre 1968 entfielen noch 6,7 bzw. 20% auf diese Pflanzungen. Die Pflanzjahre 1955 bis 1964 waren zu 41% (1968: 45%) an der gesamten Rebfläche beteiligt. Die von 1965 bis 1968 angelegten knapp 8 500 ha erreichten einen Anteil von 15%. Damit wiesen etwas mehr als die Hälfte aller Rebstöcke ein Alter zwischen 7 und 26 Jahren auf und dürften somit in vollem Ertrag gestanden haben. Die seit 1969 erstellten und noch nicht ertragfähigen Junganlagen beanspruchten knapp 14% der bestockten Keltertraubenfläche des Landes.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

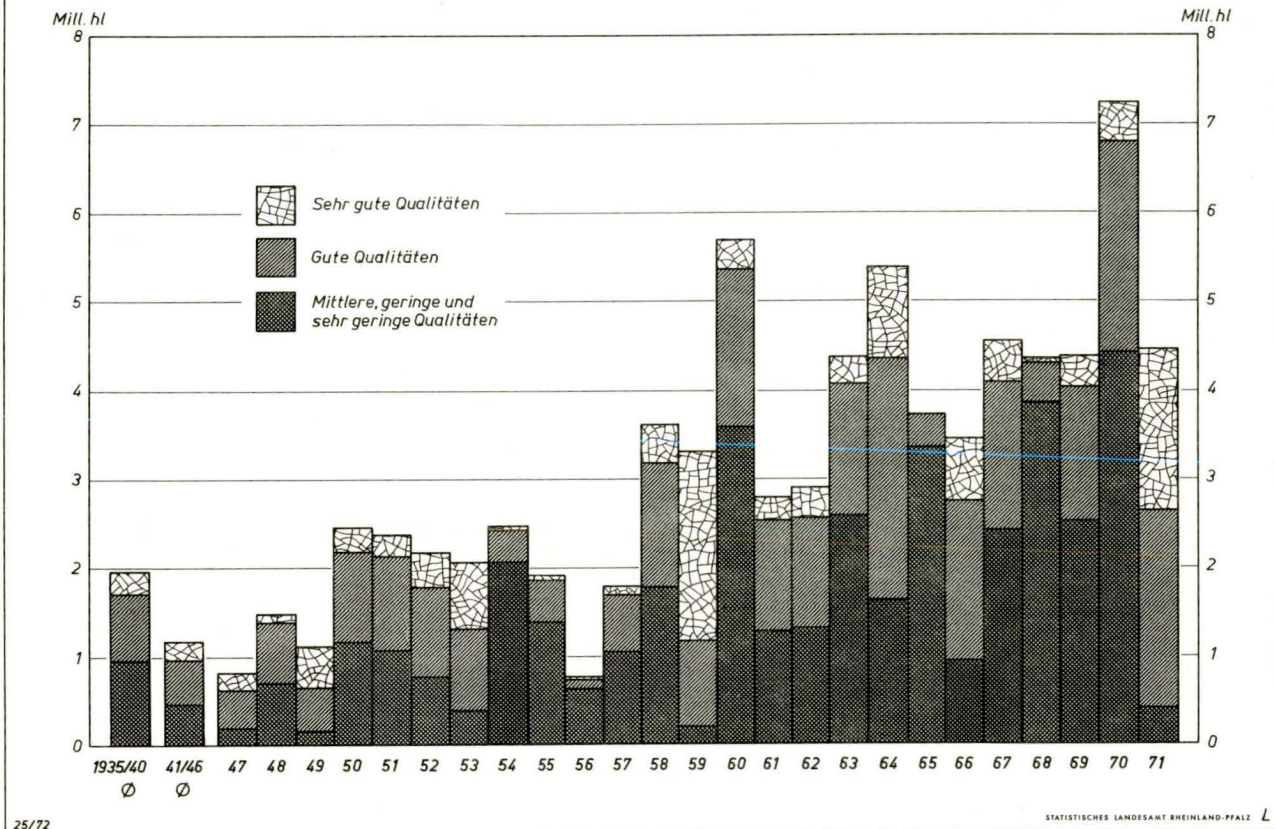
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1971

Erweiterte Rebfläche

Im Jahre 1971 umfaßte die bestockte Rebfläche des Landes insgesamt 58 500 ha und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1 250 ha oder 2,2%. Von 1950 bis 1971 konnte eine Zunahme um 21 000 ha festgestellt werden, was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von etwa 1 000 ha entspricht. Während in der Zeit von 1960 bis 1966 relativ niedrige Steigerungsraten zu verzeichnen

waren, nahm die bestockte Rebfläche ab 1967 kräftiger zu. Von der gesamten Fläche standen 52 900 ha im Ertrag, 5 700 ha entfielen auf Jungfelder, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten. Die Ertragsfläche, deren Anteil 90% betrug, stieg seit 1968 im gleichen Verhältnis an wie die bestockte. Im Berichtsjahr konnte eine Ausdehnung um 1 000 ha ermittelt werden, welche vor allem die Weinbaugebiete Alzey, Oberhaadt, Worms, Nahe (Bezirk Koblenz) und Untermosel betraf. Ein leichter Rück-

Weinmosternten 1935-1971



gang ergab sich dagegen für das Weinbaugebiet Mittelrhein und Lahn. Innerhalb der letzten zehn Jahre trat die stärkste Erweiterung der im Ertrag stehenden Rebfläche in den Weinbaugebieten Oberhaardt (+ 2 300 ha), Mittelmosel (+ 1 400 ha) und Alzey (+ 1 300 ha) ein. Die schon seit längerer Zeit beobachtete Zunahme der weißen Rebsorten der roten Rebsorten hat sich auch 1971 fortgesetzt. Von 1950 bis 1971 wuchsen die weißen Rebsorten um 20 200 ha auf 48 500 ha und nahmen 82,8% der gesamten bestockten Rebfläche in Anspruch, während die roten Rebsorten mit 4 400 ha fast konstant blieben und nur noch 7,5% einnahmen. Die Rebbrache zur Wiederbestockung verminderte sich 1971 unerheblich um 160 ha auf 3 360 ha.

Nach einem verhältnismäßig milden Winter, der kaum Frostschäden verursachte, erfolgte der Reben-austrieb zu Beginn der dritten Aprildekade und damit etwa eine Woche zeitiger als in Normaljahren. Er verlief jedoch in vielen Weinbaugebieten ungleichmäßig, so daß die Beurteilung des Austriebs durch die Berichterstatter etwas schlechter ausfiel als im Jahr vorher. Die Rebenblüte setzte vereinzelt bereits Anfang Juni, in den Hauptgebieten verbreitet Ende der ersten Juniwoche ein, sie lag um etwa zwei Wochen früher als im Jahre 1970. Infolge der dann einsetzenden kühlen und niederschlagsreichen Witterung zog sie sich größtenteils über zwei bis drei Wochen hin, so daß der Wachstumsvorsprung verloren ging. Der Verlauf der

Blüte gestaltete sich daher auch ungleich schlechter als 1970, wo sie sich im allgemeinen innerhalb weniger Tage vollzog. Auch traten in den meisten Weinbaugebieten größere Verrieselungsschäden auf, was die Erwartungen auf einen reichlichen Mengenertrag erheblich minderte.

Ausgezeichnete Qualität der Weinmosternte

Das sonnige und trockene Wetter von Anfang Juli bis Ende Oktober wirkte sich auf die Reife der Trauben außerordentlich vorteilhaft aus. Infolge der wenigen und nur kurze Zeit anhaltenden Regenfälle machten sich jedoch auch Trockenschäden bemerkbar. Der recht frühe Beginn der Beerenreife deutete darauf hin, daß die Qualität des Jahrgangs 1971 noch deutlich besser ausfallen dürfte als die des vielgerühmten 64ers. Der in den letzten Septembertagen und im Oktober weiterhin günstige Witterungsverlauf, durch den die Lesetermine hinausgeschoben werden konnten, führte noch zu einer qualitativen Verbesserung der Weinmosternte. Die Hauptlese setzte in der Pfalz und Rheinhessen bei den frühen Sorten Ende September ein und war gegen Mitte Oktober größtenteils beendet. An der Mosel begann die Rieslinglese Mitte Oktober und dauerte bis etwa Ende der ersten Novemberdekade. Viele Betriebe nutzten aber die anhaltend günstige Witterung aus und ließen einen Teil der Trauben noch mehrere Wochen über die genannten Termine hinaus am Stock. Dadurch gelang es ihnen, beträchtliche Mengen an Spät- und Auslesen zu gewinnen.

Weinbaugebiet	Ertragsrebfläche			Gesamter Mostertrag					
	ins- gesamt	weiße Rebsorten	rote Rebsorten	insgesamt		mit einem Mostgewicht von ... °Öchsle			
						70° und mehr	60° - 70°	weniger als 60°	
				ha			hl/ha	hl	% des Mostertrages
									Ins-
1961	45 971	40 939	5 032	60,3	2 773 447	61	32	7	
1962	46 687	41 729	4 958	62,2	2 902 362	62	24	14	
1963	47 629	42 706	4 923	92,0	4 380 007	43	42	15	
1964	47 826	42 896	4 930	112,6	5 386 115	75	22	3	
1965	47 917	42 921	4 996	77,5	3 713 674	9	40	51	
1966	48 145	43 255	4 890	71,8	3 457 050	77	21	2	
1967	48 675	43 868	4 807	93,4	4 544 235	57	35	8	
1968	49 187	44 470	4 717	88,2	4 339 136	9	37	54	
1969	49 977	45 367	4 610	87,5	4 373 796	38	49	13	
1970	51 883	47 337	4 546	139,3	7 229 457	21	47	32	
1971	52 854	48 483	4 371	84,4	4 461 303	89	11	0	
									Weinbau-
Mittelrhein (einschl. Lahn)	848	838	10	75,9	64 337	83	17	0	
Nahe (Koblenz)	3 258	3 233	25	69,5	226 292	98	2	-	
Obermosel	898	898	0	114,8	103 112	18	76	6	
Saar	1 044	1 043	1	92,8	96 857	85	13	2	
Ruwer	317	317	0	101,6	32 196	74	24	2	
Mittelmosel	5 789	5 785	4	104,6	605 570	84	16	0	
Untermosel	2 821	2 814	7	103,6	292 351	71	28	1	
Ahr	495	194	301	79,1	39 144	82	18	0	
Worms	5 369	4 995	374	77,0	413 468	99	1	-	
Oppenheim	1 431	1 426	5	69,8	99 876	98	2	-	
Mainz	1 100	1 037	63	65,0	71 480	100	0	-	
Ingelheim	1 459	1 127	332	73,1	106 700	97	3	-	
Wiesbach	1 957	1 815	142	69,9	136 766	99	1	-	
Bingen	364	344	20	77,2	28 118	98	2	-	
Nahe (Rheinhesen)	697	665	32	74,7	52 034	94	6	-	
Alzey	5 704	5 483	221	72,1	411 268	94	6	0	
Mittelhaardt	5 865	4 462	1 403	87,2	511 516	91	8	1	
Oberhaardt	10 804	10 081	723	87,7	947 080	92	8	-	
Unterhaardt mit Zellertal	2 170	1 464	706	88,1	191 089	90	10	-	
Nahe (Pfalz)	464	462	2	69,1	32 049	89	11	-	
Rheinland-Pfalz	52 854	48 483	4 371	84,4	4 461 303	89	11	0	

Der Gesamtwert der wirtschaftlichen Produktion in Rheinland-Pfalz wird nicht unerheblich von der Weinmosternte beeinflusst, obwohl die Rebflächen nur 6,4% der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmachen. Hohe Flächenleistungen und günstige Erzeugerpreise können dazu führen, daß die Weinmosternte einen Anteil von etwa einem Fünftel der gesamten pflanzlichen Produktion umfaßt. Erwartungsgemäß konnte die Weinmosternte 1971 die Rekordmenge des Vorjahres bei weitem nicht erreichen. Bei einem durchschnittlichen Hektarertrag von 84,4 hl fiel sie mit insgesamt 4,46 Mill. hl um fast zwei Fünftel niedriger aus und blieb auch noch knapp unter dem Sechsjahresdurchschnitt 1965/70, der sich auf 4,61 Mill. hl belief. Von der Gesamtmenge entfielen 4,04 Mill. hl auf Weiß- und 417 000 hl auf Rotmost. Anders als im Vorjahr, als der frühreife und ertragreiche Müller-Thurgau die höchste Mosternte lieferte, erbrachte 1971 bei den weißen Rebsorten der Riesling mit 1,30 Mill. hl die größte Menge, während Silvaner (1,13 Mill. hl) und Müller-Thurgau (1,10 Mill. hl) ein wenig darunter blieben. Diese drei Sorten dominieren mit Abstand vor den anderen und erreichten einen Anteil von nahezu 80% an der gesamten Ernte. Unter den Rotmosten, die vorwiegend an Mittel-, Ober- und Unterhaardt anzutreffen sind, hat der Portugieser eine beherrschende Stellung inne. Er lieferte 391 000 hl oder 94% des gesamten Rotmostes und konnte auch

mit 97,1 hl einen überdurchschnittlichen Hektarertrag erzielen. Riesling brachte 93,5 hl je ha, Müller-Thurgau 81,6 und Silvaner 73,3. Für den Elbling an der Obermosel wurden nicht weniger als 115,9 hl je ha ermittelt. Erhebliche Ertragsausfälle im Vergleich zum Vorjahr gab es vor allem in einigen rheinhessischen Weinbaugebieten, während der Riesling an Mosel, Saar und Ruwer noch überraschend hohe Flächenleistungen aufzuweisen hatte.

Begünstigt durch das ungewöhnlich sonnige Sommer- und Herbstwetter, welches einen hohen Grad an Zuckerbildung in den Trauben herbeiführte, fielen die Mostgewichte, die vor dem Säuregehalt und anderen Merkmalen der wichtigste Anhaltspunkt für die Qualität der Weine sind, mit 82 Grad Öchsle bei Weißmost und 79 Grad bei Rotmost erheblich besser aus, als in vielen Jahren vorher. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden nur in den Jahren 1952, 1953 und 1959 höhere Mostgewichte festgestellt. Nahezu 60% des Weißmostes hatten Mostgewichte von mehr als 80 Grad. Die Weinbaugebiete Mainz und Oppenheim verzeichneten mit 87 Grad die höchsten durchschnittlichen Mostgewichte. Der Säuregehalt belief sich bei Weißmosten auf 8,5‰ (Vorjahr 10,2‰) und bei Rotmosten auf 7,4‰ (9,4‰).

In Anbetracht der hohen Qualität und der geringen Erntemenge lagen die Gelderlöse bei Most-

Weißmostertrag							Rotmostertrag					Weinbaugebiet
zusammen		Sil- vaner	Ries- ling	Müller- Thurgau	Most- gewicht	Säure- gehalt	zusammen		Portu- gieser	Most- gewicht	Säure- gehalt	
hl/ha	hl	hl/ha			°Öchsle	‰	hl/ha	hl	hl/ha	°Öchsle	‰	
gesamt												
58,9	2 410 371	53	61	67	72	9,5	72,2	363 076	74	67	7,7	1961
60,5	2 523 746	52	62	75	73	11,3	76,4	378 616	79	69	9,1	1962
91,8	3 919 293	103	65	106	68	10,6	93,6	460 714	97	69	8,7	1963
110,8	4 754 629	110	101	125	77	7,2	128,1	631 486	130	72	5,9	1964
75,2	3 229 675	77	65	85	60	14,1	96,9	483 999	99	57	12,8	1965
71,6	3 098 195	61	86	67	77	8,7	73,4	358 855	75	74	8,1	1966
92,9	4 076 507	97	84	98	74	11,0	97,3	467 728	99	70	9,1	1967
85,9	3 820 357	83	82	91	61	13,0	110,0	518 779	113	59	12,3	1968
87,5	3 967 797	84	86	90	69	11,2	88,1	405 999	89	67	10,7	1969
137,3	6 498 186	121	123	164	65	10,2	160,9	731 271	166	61	9,4	1970
83,4	4 043 870	73	94	82	82	8,5	95,5	417 433	97	79	7,4	1971
gebiete 1971												
75,8	63 540	71	76	71	77	10,1	79,7	797	.	76	8,5	Mittelrhein (einschl. Lahn)
69,3	224 079	63	71	76	85	8,9	88,5	2 213	90	81	8,6	Nahe (Koblenz)
114,8	103 112	.	.	101	66	11,6	Obermosel
92,8	96 772	.	93	96	77	10,7	Saar
101,6	32 196	.	102	94	76	10,4	Ruwer
104,6	605 254	76	108	90	79	9,9	Mittelmosel
103,7	291 708	.	103	111	75	10,1	91,9	643	-	75	8,2	Untermosel
78,1	15 142	-	75	81	74	9,1	79,7	24 002	89	79	7,8	Ahr
75,9	379 084	74	70	78	85	7,4	91,9	34 384	93	78	7,4	Worms
69,8	99 465	71	68	66	87	8,2	Oppenheim
64,2	66 528	70	58	59	87	7,4	78,6	4 952	79	86	7,5	Mainz
70,6	79 596	73	70	67	86	7,7	81,6	27 104	82	83	7,5	Ingelheim
68,8	124 784	72	70	62	85	7,7	84,4	11 982	85	80	7,3	Wiesbach
76,1	26 182	75	85	76	85	8,7	96,8	1 936	100	83	9,0	Bingen
73,9	49 140	68	78	81	83	7,4	90,4	2 894	91	78	7,9	Nahe (Rheinhausen)
71,6	392 527	69	72	75	85	7,5	84,8	18 741	85	84	7,3	Alzey
83,6	372 918	80	86	88	84	7,6	98,8	138 598	99	78	7,3	Mittelhaardt
86,8	874 914	78	79	95	82	8,1	99,8	72 166	102	78	7,6	Oberhaardt
78,6	115 031	74	84	81	83	7,7	107,7	76 058	108	77	7,3	Unterhaardt mit Zellertal
69,0	31 898	63	80	69	81	8,1	Nahe (Pfalz)
83,4	4 043 870	73	94	82	82	8,5	95,5	417 433	97	79	7,4	Rheinland-Pfalz

verkäufen im Herbst 1971 deutlich über denen des letzten Jahres. Im Durchschnitt wurden für Weißmost 154 DM und für Rotmost 82 DM je hl gezahlt.

Die gesamte Weinmosternte 1971 im Bundesgebiet belief sich auf 6,03 Mill. hl gegenüber 9,89 Mill. hl im Vorjahr. Der Hektarertrag sank auf 79,8 hl (1970 = 134,2 hl).

Leichte Reduzierung der geschlossenen Obstanlagen

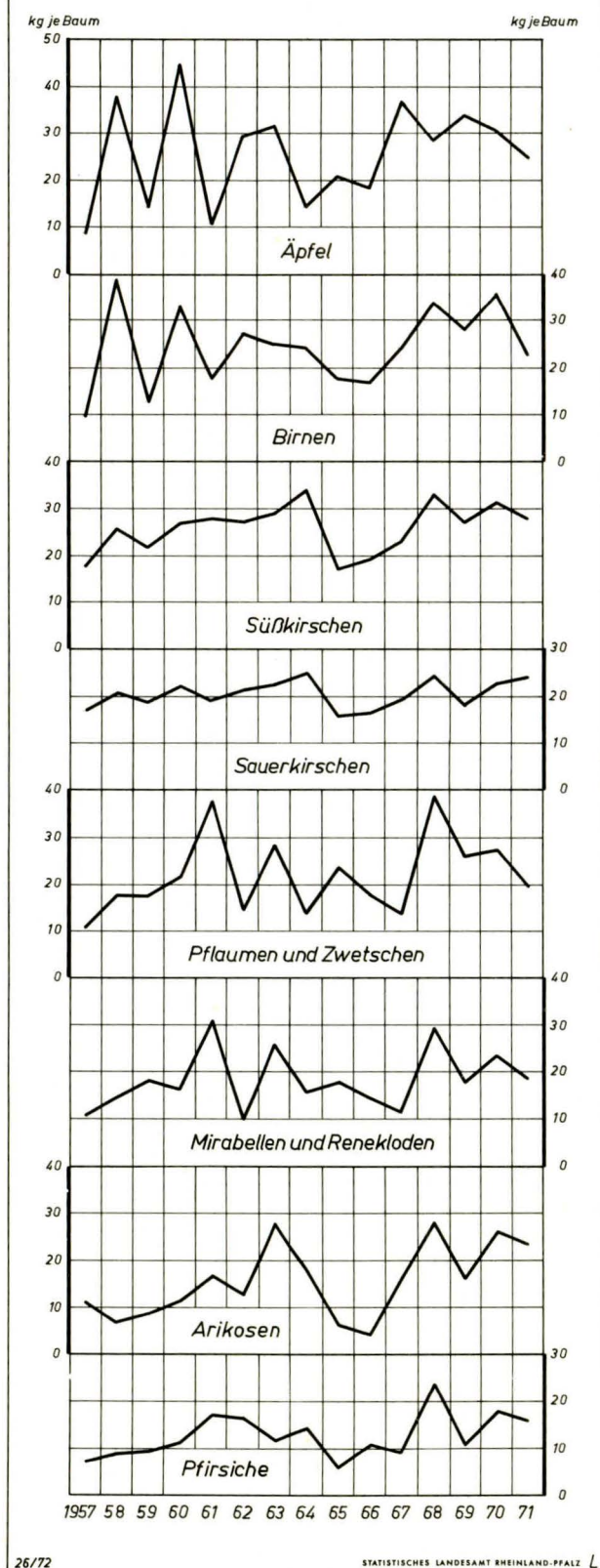
Die geschlossenen Obstanlagen wuchsen von 1950 bis 1971 um 3 500 ha oder 43%, verzeichneten in den letzten Jahren allerdings, teilweise verursacht durch Absatzstockungen, einen leichten Rückgang. Im Berichtsjahr verminderte sich die Fläche geringfügig um 200 ha auf 11 500 ha, obwohl zunächst mit stärkeren Einschränkungen gerechnet worden war, da die von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft festgesetzte Rodungsprämie für wichtige Kern- und Steinobstarten beträchtlich heraufgesetzt wurde. Der von der EWG mit der eingeleiteten Maßnahme erhoffte Erfolg, das Überangebot auf den Märkten abzubauen und die Obstpreise für die Erzeuger befriedigender zu gestalten, kann nach den bisherigen Erfahrungen keineswegs mit Sicherheit erwartet werden. Schwerpunkte des Obstanbaues liegen in den klimatisch besonders begünstigten Landkreisen Mainz-Bingen, Neustadt und Mayen-Koblenz. Der erwerbsmäßig betriebene Gartenbau konzentriert sich vorzugsweise um die grö-

ßeren Verbraucherzentren, die einen reibungslosen Absatz zu annehmbaren Preisen ermöglichen.

Der Anbau von Erdbeeren umfaßte 251 ha. Seit 1958, als mit 522 ha die größte Fläche ermittelt wurde, konnte eine nur kurzfristig unterbrochene beständige Abnahme beobachtet werden, die sich voraussichtlich noch fortsetzen dürfte. Das Pflücken der Erdbeeren erfordert einen aufwendigen Einsatz an menschlicher Arbeitskraft, was leicht zu einer unbefriedigenden Ertragslage führen kann. Die Reduzierung der Anbaufläche gegenüber 1970 betrug 24 ha oder 8,7%. Während sich die vorjährigen und älteren Pflanzungen um 27 ha auf 169 ha verminderten, erfuhren die Neuanpflanzungen eine Ausdehnung um 3 ha auf 82 ha.

Nachdem in den Wintermonaten kaum Frostschäden an den Obstgehölzen aufgetreten waren, begann die Obstblüte mit den Aprikosen im südlichen Landesteil und im Rheintal Ende der ersten Aprildekade und setzte bald darauf bei den übrigen Baumobstarten ein. Überwiegend warme und sonnige Witterung bewirkte einen günstigen und raschen Verlauf der Blüte. Lediglich die in den letzten Apriltagen aufgetretenen Nachtfroste verursachten leichtere Schäden bei der Steinobstblüte. Häufige Regenfälle im Juni hemmten die Reife der Kirschen und des Beerenobstes und ließen teilweise die Früchte am Baum aufplatzen und faulen. Das sonnige und niederschlagsarme Wetter von Anfang

Baumobsterträge 1957-1971



Juli bis Oktober begünstigte zwar den Reifeprozess und führte zu einer qualitativ höherwertigen Ernte, andererseits wirkte sich die Trockenheit auf die Fruchtausbildung nachteilig aus. Im Herbst zeigte

sich neben einer guten Haltbarkeit auch eine ausgeprägte Färbung des ausgereiften Kernobstes.

Baumobsternte um ein Fünftel niedriger

Die Apfelernte lieferte insgesamt 90 000 t und blieb um 20 000 t oder 18% unter dem Vorjahresergebnis; auch der Sechsjahresdurchschnitt wurde um 12% unterschritten. Auf Intensivanlagen, die vor allem in rheinhessischen und pfälzischen Anbaugebieten sowie im Landkreis Ahrweiler anzutreffen sind, entfiel mit 22 000 t knapp ein Viertel. Etwa 70% gelangten als Qualitätsäpfel auf den Markt, während der Rest überwiegend industriell verarbeitet wurde. Die in Feldflur und Kleingärten geernteten Äpfel wurden zur Hälfte als Eß- und Verwertungsobst verkauft. Ebenso wie im Vorjahr sind etwa 7% des Aufkommens, das nicht aus Intensivanlagen stammt, an den Bäumen hängen geblieben. Für Birnen wurde mit 22 600 t ein um 36% niedrigeres Ergebnis als im Vorjahr erzielt. Der Baumertrag belief sich auf 22,7 kg und blieb damit unter dem Sechsjahresdurchschnitt von 25,7 kg.

Bei den Steinobstarten, ausgenommen Sauerkirschen, konnten die hohen Erträge des Vorjahres nicht erreicht werden. Die Gesamternte belief sich für Süßkirschen auf 20 600 t gegenüber 22 900 t im Vorjahr und für die in Rheinland-Pfalz verbreitet angebauten Sauerkirschen auf 21 500 t, was einer Zunahme um 1 300 t entspricht. Die durchschnittlichen Baumerträge bezifferten sich bei Süßkirschen auf 27,8 kg (Vorjahr 30,9 kg), Sauerkirschen lieferten im Mittel 24,2 kg, womit das Vorjahresergebnis noch geringfügig übertroffen wurde. Während Süßkirschen, von denen wegen teilweise verminderter Qualität und gedrückter Preise mehr als 10% nicht abgeerntet wurden, überwiegend von den Erzeugern selbst verbraucht oder als Eßobst am Markt verkauft wurden, gelangten etwa zwei Drittel der Sauerkirschen, deren Bedeutung in den kommenden Jahren noch zunehmen dürfte, zur Konservenindustrie, um dort industriell verarbeitet zu werden.

Deutlich unter den Vorjahreswerten blieb die Ernte von Pflaumen und Zwetschen, die mit 40 100 t um 27% niedriger ausfiel. Ihr Anteil an der gesamten Steinobsternte ging auf rund 40% zurück. Vom gesamten Aufkommen wurden etwa je 30% als Eßobst auf dem Markt verkauft oder industriell zur Herstellung von Konserven und Marmelade verwertet. Das Überangebot auf den Märkten führte dazu, daß etwa 6% der Ernte an den Bäumen hängen blieben. Mirabellen und Renekloden erbrachten 6 700 t (— 21%), Pfirsiche 9 100 t (— 10%), Aprikosen 3 700 t (— 9%) und Walnüsse 1 900 t (— 23%). Von diesen Obstarten erzielten nur die letzten drei Baumerträge, die den Durchschnitt der Jahre 1965/70 übertrafen. Aprikosen, die wegen ihrer besonderen Ansprüche an das Klima in der Bundesrepublik nur selten vorkommen - ein Anbaugebiet befindet sich im Landkreis Mainz-Bingen - kamen fast zur Hälfte als Eßobst und etwa 30% als Verwertungsobst auf den Markt. Bei Pfirsichen lagen die entsprechenden Werte etwas niedriger.

Gemüseart	Anbaufläche			Hektarertrag			Gesamtertrag		
	Ø	1970	1971	Ø	1970	1971	Ø	1970	1971
	1965/70	ha		1965/70	dz		1965/70	t	
Im Freiland	5 903	5 665	5 396	.	.	.	105 701	113 162	97 193
Weißkohl	219	284	253	349,8	375,5	330,5	7 672	10 694	8 365
Rotkohl	210	251	198	319,4	336,7	301,4	6 698	8 443	5 952
Wirsing	182	153	167	244,0	268,9	240,5	4 429	4 104	4 026
Rosenkohl	111	97	89	128,2	192,4	113,3	1 423	1 862	1 006
Blumenkohl	406	353	390	212,3	287,0	251,6	8 622	10 109	9 809
Kohlrabi	85	82	111	182,1	186,5	177,4	1 552	1 520	1 964
Kopfsalat	699	875	849	149,6	172,2	154,0	10 465	15 072	13 070
Spinat	915	1 039	963	145,9	162,1	151,5	13 348	16 851	14 590
Möhren	538	411	355	317,6	294,7	264,7	17 090	12 107	9 411
Sellerie	178	228	201	244,0	274,3	243,4	4 333	6 247	4 884
Porree	120	126	123	237,1	258,1	214,7	2 851	3 259	2 638
Zwiebeln	276	199	315	235,1	241,9	228,6	6 495	4 822	7 201
Spargel	704	678	630	45,9	45,6	47,8	3 231	3 092	3 011
Frischerbsen (gedroschen)	202	133	110	47,1	43,3	43,7	950	574	480
Buschbohnen	429	329	270	90,4	124,3	101,8	3 877	4 094	2 750
Gurken	318	196	148	158,1	193,3	158,5	5 019	3 799	2 346
Tomaten	197	144	137	313,3	372,3	337,7	6 189	5 361	4 642
Unter Glas ¹⁾	31,18	31,57	32,43	5,8	6,4	6,7	1 824	2 035	2 189

1) Durchschnittsertrag in kg je qm.

Die gesamte Baumobsternte im Jahre 1971 bezifferte sich auf 216 000 t und blieb, vornehmlich auf Grund eines um 39 000 t niedrigeren Kernobstaufkommens, um ein Fünftel unter der Vorjahresmenge. Auch das Strauchbeerenobst zeigte, abgesehen von Stachelbeeren, deren Ergebnis gleich hoch ausfiel, Ertragseinbußen zwischen 4% und 10%.

Infolge der häufigen Regenfälle und kühlen Witterung im Juni erbrachten Erdbeeren nur eine Flächenleistung von 64,6 dz je ha; sie war um ein Viertel niedriger als 1970. Da auch die Anbaufläche eingeschränkt wurde, betrug die Gesamtmenge nur 1 090 t (Vorjahr 1 710 t).

Trockenheit beeinträchtigte Gemüseeernte

Die Anbaufläche für Gemüse auf dem Freiland, welche im Jahre 1963 mit 6 737 ha ihre größte Ausdehnung innerhalb der letzten 20 Jahre erfahren hatte, wurde im Berichtsjahr um 222 ha oder 3,8% auf 5 556 ha reduziert. Von allen Arten nahm der Spinat mit 963 ha die größte Fläche ein, gefolgt vom Kopfsalat (849 ha). Diese beiden Gemüsearten verzeichneten innerhalb der letzten Jahrzehnte die kräftigste Ausdehnung. Die Felder für Spinat wuchsen seit 1960 um 482 ha und für Kopfsalat um 494 ha. Spargel umfaßte im Berichtsjahr 790 ha, Blumenkohl 390 ha, Zwiebeln 315 ha und Buschbohnen 270 ha. Die bedeutendste Flächenzunahme gegenüber 1970 konnte bei Zwiebeln festgestellt werden; sie betrug 116 ha oder 58%. Eine deutliche Ausweitung verzeichneten auch Blumenkohl (+ 37 ha) und Kohlrabi (+ 29 ha). Nennenswerte Einschränkungen gab es dagegen bei Spinat (— 76 ha), Buschbohnen (— 59 ha), Rotkohl (— 53 ha) und Gurken (— 48 ha). Letztere wurden 1963, im Jahr ihrer größten Ausdehnung, auf 903 ha, im Berichtsjahr jedoch nur auf 148 ha angebaut.

Der Unterglasanbau für Gemüse belief sich auf 32,4 ha gegenüber 31,6 ha im Vorjahr. Die Zunahme von 2,7% betraf hauptsächlich die Flächen unter

Niederglas, die sich auf 7,4 ha erhöhten, während unter Hochglas ebenso wie im Vorjahr knapp 25 ha ermittelt wurden. Unter Niederglas befanden sich überwiegend Radieschen (3,8 ha), die auch von allen Gemüsearten im Unterglasanbau die größte Steigerung gegenüber 1970 aufzuweisen hatten. Danach folgte Kopfsalat mit 1,5 ha. In Hochglasanlagen standen dagegen vorwiegend Gurken (8,0 ha) und Kohlrabi (6,8 ha).

Das verhältnismäßig milde Frühjahrswetter führte zu einem vorteilhaft zeitigen Beginn des Wachstums der überwinterten und frühen Gemüsearten. Die fehlenden Niederschläge im April und Mai wirkten sich aber nachteilig auf viele Gemüsearten aus. Eine dann vorherrschende warme Witterung und zunehmende Regenfälle förderten das Wachstum der Gemüsekulturen sichtlich. Als im Juli eine anhaltende Trockenperiode auftrat, zeigte sich bei den mittelfrühen und späten Arten ein verzögertes Wachsen, so daß die aufgetretenen Trockenschäden das Ernteergebnis nachteilig beeinflussten, keineswegs aber in dem zunächst befürchteten Umfang.

Die Gemüseeernte auf dem Freiland bezifferte sich auf 97 000 t und lag bei einem leichten Flächenrückgang um 16 000 t unter dem Vorjahresergebnis. Die Ernte der späten Gemüsearten, die in hohem Grade Feuchtigkeit benötigen, fiel ausnahmslos geringer aus als im Vorjahr. Bei Buschbohnen lag die Flächenleistung sogar um nahezu 20% niedriger. Etwas höhere Hektarerträge erzielten lediglich einige der frühen Gemüsearten. Für Winter- und Frühjahrsspinat wurden 157,5 dz bzw. 148,3 dz je ha geerntet, womit auch der Sechsjahresdurchschnitt übertroffen wurde. Herbstspinat blieb andererseits mit 148,6 dz/ha deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Von sonstigen frühen Gemüsearten brachten noch Frühe Möhren mit 197,3 dz/ha und Dicke Bohnen mit 122,7 dz/ha höhere Hektarleistungen.

Spargel wuchs unter recht günstigen Wachstumsbedingungen heran und lieferte 47,8 dz/ha (Vorjahr 45,6 dz/ha). Die gesamte Ernte erreichte 3 010 t und unterschritt kaum die vorjährige Menge. Rationelle Verfahren im Anbau und Absatz sind besonders beim Spargel nötig, um dem zunehmenden Importdruck aus Frankreich zu begegnen. Bemerkenswert ist auch, daß sich die Abdeckung der Spargelflächen mit Klarsichtfolien immer weiter ausbreitet.

Nur wenige Gemüsearten verzeichneten höhere Gesamterträge. Die Ernte an Steckzwiebeln, deren Anbaufläche um mehr als das Doppelte ausgeweitet wurde, betrug 4 500 t (Vorjahr 2 300 t), während der Hektarertrag unter dem vorjährigen und dem Sechsjahresdurchschnitt ausfiel. Ebenfalls infolge

größerer Flächen lieferten Früh- und Spätkohlrabi insgesamt 2 000 t (Vorjahr 1 500 t). Die größten Gesamtmengen, die allerdings unter dem Vorjahresergebnis blieben, erbrachten Spinat (14 600 t), Kopfsalat (13 100 t) und Blumenkohl (9 800 t).

Die Ernte im Unterglasanbau betrug bei leicht erhöhter Anbaufläche 2 190 t, davon 1 890 t aus Hoch- und 300 t aus Niederglasanlagen. Zu den wichtigsten Arten zählten Salatgurken (1 260 t), Kohlrabi (240 t) und Tomaten (240 t).

Im gesamten Bundesgebiet brachte die Gemüseernte auf dem Freiland insgesamt 1 184 000 t und lag somit um 9,4% niedriger als 1970.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Berufsziele der Studierenden an den wissenschaftlichen Hochschulen 1970/71

Zu dem Kreis der in nachstehende Ausführungen einbezogenen Hochschulen gehören die Johannes-Gutenberg-Universität, die 1970 gegründete zweite Landesuniversität Trier-Kaiserslautern, die Theologische Hochschule Trier und die 1969 nach Auflösung der früheren Pädagogischen Hochschulen errichtete Erzieherbezogenen Hochschulen gehören die Johannes-Gutenbergwissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz. Über die stärker praxisbezogenen Ausbildungsmöglichkeiten an der 1971 gegründeten Fachhochschule Rheinland-Pfalz und die Berufsziele ihrer Studenten soll in einer gesonderten Veröffentlichung berichtet werden.

Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung stehen dabei weniger die traditionellen Gliederungskriterien Zahl, Alter und soziale Herkunft der Studierenden als

die auf den Melde- und Rückmeldebogen der Studenten eingetragenen Angaben zum Berufsziel. Mit der Vielfalt der Berufswünsche und ihrer späteren Realisierung ist natürlich eine gewisse Problematik verbunden, die in Zeiten beschränkter Zulassungsmöglichkeiten zum Universitätsstudium besonders deutlich wird. Vielfach ist es heute so, daß mancher angestrebte Beruf nicht oder nur auf Umwegen erreichbar ist. Davon abgesehen sind aber die in den Erhebungsbogen enthaltenen Angaben zum Berufsziel für die mit der Hochschulplanung beauftragten Stellen von besonderem Interesse, zumal in den kommenden Semestern Ergebnisse der Abiturientenbefragung mit Angaben der Studienanfänger zusammengeführt und damit Feststellungen getroffen werden können, in welchem Ausmaß sich Studienabsichten realisieren ließen. Außerdem wird die künftige Hochschulverlaufsstatistik eine Beobachtung

Deutsche Studierende an den Hochschulen (ohne Fachhochschulen) nach Berufsziel und Geschlecht im Wintersemester 1969/70 und 1971/72

Berufsziel	Wintersemester 1969/70						Wintersemester 1971/72					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hochschullehrer	33	0,2	25	0,3	8	0,1	95	0,6	83	0,8	12	0,2
Lehrer an												
Grund- und Hauptschulen	3 791	27,4	1 487	17,8	2 304	42,3	3 964	23,0	1 441	14,0	2 523	36,6
Sonderschulen	303	1,8	195	1,9	108	1,6
Realschulen	804	5,8	204	2,4	600	11,0	1 040	6,0	274	2,7	766	11,1
Gymnasien	1 988	14,4	1 292	15,4	696	12,8	2 952	17,2	1 852	17,9	1 100	16,0
berufsbildenden Schulen	220	1,6	189	2,3	31	0,6	347	2,0	302	2,9	45	0,7
Sonstiger Lehrer	-	-	-	-	-	-	29	0,2	13	0,1	16	0,2
Geistlicher	226	1,6	218	2,6	8	0,1	258	1,5	246	2,4	12	0,2
Arzt	1 235	8,9	986	11,8	249	4,6	1 514	8,8	1 164	11,3	350	5,1
Zahnarzt	482	3,5	412	4,9	70	1,3	509	3,0	431	4,2	78	1,1
Apotheker	268	1,9	135	1,6	133	2,4	297	1,7	160	1,6	137	2,0
Jurist	570	4,1	505	6,0	65	1,2	942	5,5	798	7,7	144	2,1
Volkswirt - Soziologe	462	3,3	406	4,8	56	1,0	611	3,6	527	5,1	84	1,2
Psychologe	372	2,7	216	2,6	156	2,9	575	3,3	300	2,9	275	4,0
Journalist	138	1,0	83	1,0	55	1,0	246	1,4	158	1,5	88	1,3
Mathematiker	129	0,9	119	1,4	10	0,2	235	1,4	218	2,1	17	0,2
Physiker	323	2,3	312	3,7	11	0,2	392	2,3	374	3,6	18	0,3
Biologe	102	0,7	68	0,8	34	0,6	183	1,1	119	1,2	64	0,9
Chemiker	361	2,6	340	4,1	21	0,4	432	2,5	398	3,9	34	0,5
Dolmetscher, Übersetzer	583	4,2	105	1,3	478	8,8	726	4,2	123	1,2	603	8,8
Sonstiger Beruf	1 731	12,5	1 272	15,2	459	8,4	1 557	9,0	1 145	11,1	412	6,0
Insgesamt	13 818	100,0	8 374	100,0	5 444	100,0	17 207	100,0	10 321	100,0	6 886	100,0

Hochschule	Studierende			Lehrer an				
	insgesamt	männlich	weiblich	Grund- und Hauptschulen	Sonderschulen	Realschulen	Gymnasien	berufsbildenden Schulen
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz	3 708	2 014	1 694	-	-	880	2 636	192
Universität Trier-Kaiserslautern	667	434	233	-	-	159	316	192 ¹⁾
Theologische Fakultät Trier	6	4	2	-	-	-	6	-
Erziehungswissenschaftliche Hochschule	4 260	1 629	2 631	3 962	298	-	-	-
Insgesamt	8 641	4 081	4 560	3 962	298	1 039	2 958	384

1) Einschl. 37 sonstiger Lehrer.

von Studienwechseln und hiermit vielfach verknüpften Änderungen des Berufsziels erlauben.

Zu erwähnen ist noch, daß es sich bei dem zugrundegelegten statistischen Zahlenmaterial um vorläufige Ergebnisse handelt, die zu Beginn des Semesters für Zwecke der Hochschulverwaltung zusammengestellt werden. Die infolge verspäteter Anmeldungen und Exmatrikulationen erforderlichen Veränderungen der ersten Ergebnisse sind jedoch erfahrungsgemäß so gering, daß sie keinen gravierenden Einfluß auf das endgültige Resultat haben werden.

Die meisten wollen Lehrer werden

Im Wintersemester 1971/72 gab es an den rheinland-pfälzischen wissenschaftlichen Hochschulen insgesamt 18 351 ordentliche Studierende. Gegenüber dem Wintersemester 1970/71 betrug die Zuwachsrate + 11%. Auf die Frage nach dem angestrebten Berufsziel gaben von den 17 351 deutschen Studierenden 8 641 oder 50% den Lehrerberuf als Ausbildungsziel an. Der Anteil dieser Gruppe macht bei den rund 6 900 deutschen Studentinnen sogar fast zwei Drittel aus (4 560). Freilich ist zu berücksichtigen, daß der prozentuale Anteil derjenigen, die Lehrer werden möchten, sicherlich geringer wäre, wenn in allen Studienfächern eine genügende Anzahl von Studienplätzen zur Verfügung stände.

Von den 8 641 rheinland-pfälzischen Studierenden, die den Lehrerberuf ergreifen wollen, beabsichtigte fast jeder zweite (3 962) Grund- und Hauptschullehrer und jeder dritte (2 958) Studierende der Universitäten Mainz und Trier-Kaiserslautern sowie der Theologischen Fakultät Trier) Gymnasiallehrer zu werden. 12 bzw. 4,4% strebten das Lehramt an Realschulen (1 039) und berufsbildenden Schulen (384) an. Insgesamt wollten in Rheinland-Pfalz im Wintersemester 1971/72 1 894 Studierende mehr Lehrer werden als vor zwei Jahren.

Erhebliche Unterschiede bestehen zwischen männlichen und weiblichen Studierenden hinsichtlich der Wahl des Lehramts. Bevorzugtes Berufsziel von Studentinnen ist das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, das schon im Wintersemester 1969/70 von 2 300 Studentinnen der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule, das waren 60% aller Studierenden mit Berufsziel Grund- und Hauptschul-

lehrer, angestrebt wurde. Im gleichen Maße dominieren umgekehrt an den Universitäten die männlichen Studierenden mit Berufsziel Gymnasiallehrer, während sich unter 1 040 Studierenden mit Berufsziel Realschullehrer nur 274 männliche Interessenten befanden. Relativ wenige möchten Lehrer an berufsbildenden Schulen werden. Gegenüber 1969/70 hat sich diese Gruppe an der Universität Mainz sogar von 220 auf 192 verringert, wobei jedoch zu beachten ist, daß an der 1970 gegründeten zweiten Landesuniversität weitere 155 Studierende als Berufsziel das Lehramt an berufsbildenden Schulen angaben.

Rund 2 000 wollen Mediziner werden

Arzt wird als Berufsziel von annähernd 9%, Zahnarzt von rund 3% der 17 000 deutschen Studierenden im Wintersemester 1970/71 angestrebt. Daß diese Studienfächer ohne Beschränkung der Zulassungsmöglichkeiten erheblich stärker frequentiert wären, steht außer Zweifel. Dabei ist wieder erheblich häufiger von den männlichen Studierenden das Berufsziel Arzt angegeben worden als von Studentinnen. Gegenüber dem Wintersemester 1969/70 hat sich die Zahl aller Studierenden mit Berufsziel Arzt trotz Numerus clausus um fast 300 oder 22% erhöht, wobei die der Studentinnen um 100 oder 40% zugenommen hat.

1 550 zukünftige Juristen und Volkswirte

Stärker erhöhte sich, da kein Numerus clausus die Zulassung beschränkt, die Zahl derjenigen Studierenden, die juristische oder volkswirtschaftliche Berufe anstreben. 1969/70 waren es 1 032, im vergangenen Wintersemester immerhin über 1 550. Auch für weibliche Studierende sind Rechts- und Wirtschaftswissenschaft attraktiver geworden. Vor zwei Jahren gaben erst 65 weibliche Studierende an, Juristin werden zu wollen. Inzwischen hat sich ihre Zahl auf 144 erhöht. Ähnlich verhält es sich bei den Angaben zum Berufsziel Psychologe. Hier sind die weiblichen Studierenden inzwischen mit 275, die männlichen mit 300 vertreten.

Nur wenige neigen zu Naturwissenschaften

Die Angaben zum Berufsziel Mathematiker zeigen ein nur geringes Interesse vor allem der weiblichen Studierenden. Daran hat sich innerhalb der

letzten Jahre kaum etwas geändert. Auch im Wintersemester 1971/72 waren nur 17 Studentinnen unter den insgesamt 235 Studierenden, die Mathematikerin werden wollen. Ähnlich verhält es sich in den übrigen naturwissenschaftlichen Disziplinen, von denen die Berufsziele Chemiker mit 432 und Physiker mit 392 Studierenden am stärksten besetzt sind. Immerhin waren jedoch unter den insgesamt 183 künftigen Biologen auch 64 Studentinnen zu finden.

600 zukünftige Dolmetscherinnen

Fast 9% der Studentinnen möchten Dolmetscherin werden, während nur 123 oder 1% aller männlichen Studierenden die Frage nach dem Berufsziel mit Dolmetscher oder Übersetzer beantworteten. Gegenüber 1969/70 hat sich diese Gruppe insgesamt um 143 erhöht.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Meldepflichtige Krankheiten 1971

Gut ein halbes Hundert Krankheiten und Krankheitsformen infektiösen und somit epidemischen Charakters verzeichnet das Bundesseuchengesetz als meldepflichtige Krankheiten. Nicht nur das Auftreten dieser Krankheiten, bei gewissen Arten schon die Verdachtsfälle sowie alle als unmittelbare Krankheitsfolge eingetretenen Todesfälle sind dem zuständigen Amtsarzt nach Kenntnis unverzüglich anzuzeigen. Die im Laufe einer Woche erstatteten Meldungen werden durch das Statistische Landesamt, nach Krankheitsart und Verwaltungsbezirk des Ereignisortes gegliedert, zusammengestellt. Diese Übersicht liegt bereits unmittelbar nach Ablauf der Berichtswoche vor und vermittelt somit ein aktuelles Bild über das zeitliche und örtliche Auftreten von Infektionen sowie über die Entwicklung und den Verlauf des Krankheitsgeschehens.

Die im Rahmen der Statistik der meldepflichtigen Krankheiten nachgewiesenen Tuberkulosefälle stellen wegen der zum Teil noch nicht gesicherten Diagnose lediglich eine ungefähre Größenordnung dar. Exaktere Angaben bieten die zur Zeit noch nicht vorliegenden Ergebnisse der speziellen Tuberkulosestatistik.

1 728 Fälle von Hepatitis infectiosa

Fundierte Zahlen über die Hepatitismorbidität liegen ab 1962 als Ergebnis der erstmals durch das Bundesseuchengesetz angeordneten gesetzlichen Erfassung vor. Das ab diesem Zeitpunkt ziemlich genaue seuchenstatistische Bild zeigt für die Hepatitis eine den meisten übrigen infektiösen Krankheitsgruppen entgegenlaufende ansteigende Entwick-

lung, welche durch die Verdoppelung des für das obengenannte Ausgangsjahr errechneten Häufigkeitswertes - 1971 wurden 4,7 Erkrankungen auf 10 000 Einwohner errechnet - gekennzeichnet ist. In absoluten Zahlen ausgedrückt, standen den 782 im Jahre 1962 gemeldeten Fällen 1 728 Neuerkrankungen aus dem Jahre 1971 gegenüber. Allerdings wurden damit die Erkrankungsfälle des Vorjahres (1 800) unterschritten, was aber nicht ohne weiteres als Beginn einer rückläufigen Erkrankungshäufigkeit zu deuten ist. Jedenfalls bietet das wenig detaillierte statistische Material keine Anhaltspunkte, aus denen auf bestimmte Gründe für eine solche Entwicklung geschlossen werden könnte.

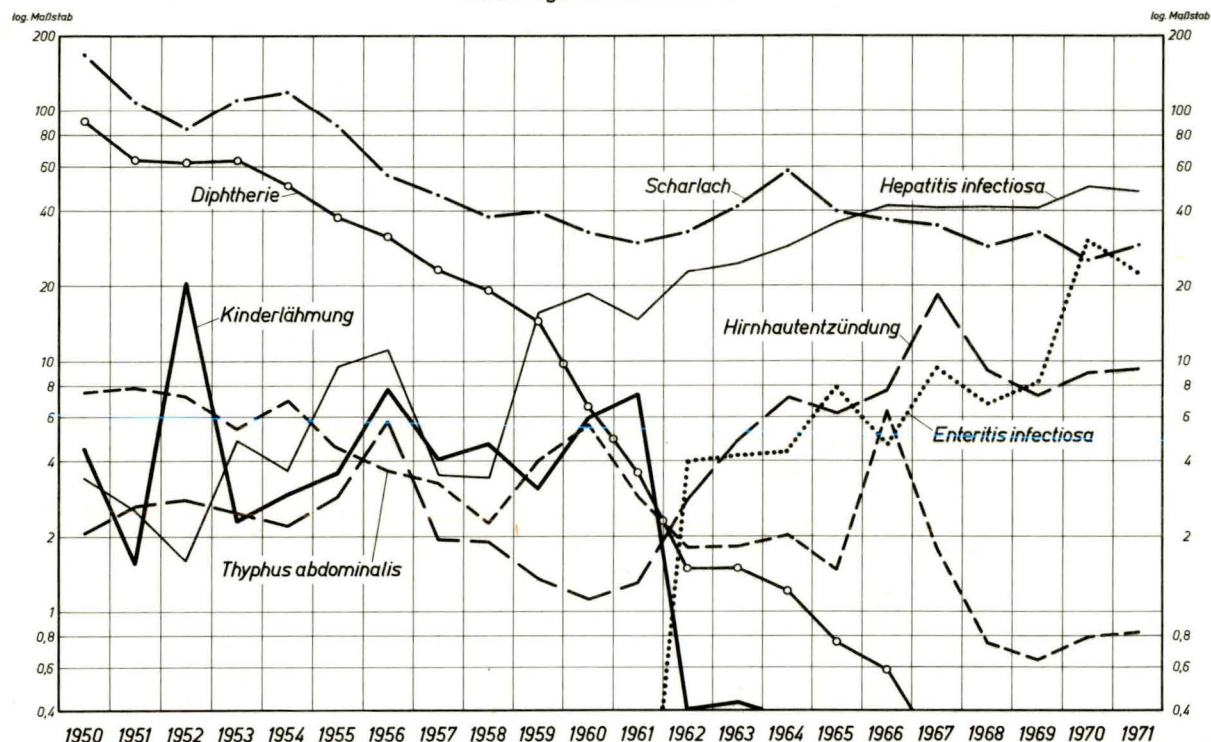
Aus regionaler Sicht ergeben sich, ausgenommen die Stadt Ludwigshafen, bei der Hepatitis keine ausgeprägten Morbiditätszonen oder -schwerpunkte, vielmehr wechseln die Gipfelwerte innerhalb der Jahre stetig. Inwieweit die seit 1965 zu beobachtende relativ hohe Hepatitismorbidität der Stadt Ludwigshafen - die Werte variieren zwischen 2,3 und 5,1 Prozentpunkten über dem Wert des Landesdurchschnitts (4,7) - das tatsächliche Krankheitsgeschehen in diesem Stadtbereich widerspiegelt, vermag anhand der verfügbaren Zahlen nicht gesagt zu werden. Es ist denkbar, daß das Vorhandensein größerer Krankenhauskapazität und die Ausdehnung der Krankenhauseinzugsbereiche auf die Nachbarschaft Mannheim hier von Einfluß sind

Neuerkrankungen an übertragbaren meldepflichtigen Krankheiten (ohne Tuberkulose) 1950 - 1971

Jahr	Ins- gesamt	Enteritis infectiosa		Über- trag- bare Gehirn- ent- zündung	Kin- der- läh- mung	Para- typhus A und B	Bakte- rielle Ruhr	Typhus abdo- minalis	Diph- therie	Schar- lach	Übertragbare Hirnhaut- entzündung		Hepa- titis infectiosa	Toxo- plas- mose
		Salmo- nellose	übrige For- men								Meningo- kokken- Meningitis	übrige For- men		
Anzahl														
1950	.	5	.	53	133	343	18	223	2 685	4 984	61	.	102	-
1964	4 793	137	15	34	6	68	1 014	72	42	2 021	96	162	1 011	81
1966	3 755	131	33	41	-	79	29	225	21	1 327	68	204	1 494	59
1968	3 308	228	18	27	1	35	24	27	8	1 032	78	251	1 490	66
1970	4 423	1 005	91	14	1	54	4	29	2	913	104	222	1 800	144
1971	4 148	754	57	10	1	37	13	30	2	1 061	93	246	1 728	91
Auf 100 000 Einwohner														
1950	.	0,2	.	1,8	4,5	11,6	0,6	7,5	90,4	167,9	2,1	.	3,4	-
1964	135,9	3,9	0,4	1,0	0,2	1,9	28,7	2,0	1,2	57,3	2,7	4,6	28,6	2,3
1966	104,2	3,6	0,9	1,1	-	2,2	0,8	6,2	0,6	36,8	1,9	5,7	41,5	1,6
1968	91,0	6,3	0,5	0,7	0,0	1,0	0,7	0,7	0,2	28,4	2,1	6,9	41,0	1,8
1970	121,3	27,6	2,5	0,4	0,0	1,5	0,1	0,8	0,1	25,0	2,9	6,1	49,4	4,0
1971	113,0	20,5	1,6	0,3	0,0	1,0	0,4	0,8	0,1	28,9	2,5	6,7	47,1	2,5

Ausgewählte meldepflichtige Krankheiten 1950-1971

Erkrankungen auf 100 000 Einwohner



27/72

STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ H

Überdurchschnittlich hohe Häufigkeitswerte verzeichneten 1971 noch die Städte Koblenz (13,3) und Trier (11,1) sowie die Landkreise Birkenfeld (10,5) und Bernkastel-Wittlich (10,5).

Scharlach rückläufig

Obwohl die Scharlacherkrankungen in ihrer Tendenz, über einen längeren Zeitraum gesehen, rückläufig sind, bleibt ihre Häufigkeitskurve kurzfristig von Schwankungen gekennzeichnet. So nähert sich das Krankheitsausmaß im Berichtsjahr mit 1 061 Fällen und einer Häufigkeitsziffer von 2,9 je 10 000 Einwohner nach dem im Vorjahr registrierten tiefsten Stand überhaupt wiederum einem mittleren Wert, obwohl der letzte Scheitelwert des Jahres 1966 (3,7) noch merklich unterschritten bleibt. Immerhin zeigt sich das gelungene Eindämmen des Scharlachs augenscheinlich bei der vergleichenden Betrachtung mit der früheren Scharlachmorbidity. Noch Mitte der 50er Jahre lag die Erkrankungsziffer bei 11,9, einem Spitzenwert, welcher von den Gipfelwerten nachfolgender Jahre bei weitem nicht mehr erreicht wurde. Allerdings bleibt hier zu berücksichtigen, daß es sich bei den gesundheitspolizeilichen Nachweisungen des Scharlachs, insbesondere innerhalb der letzten Jahre, insofern nur um Mindestzahlen handeln dürfte, als die heute vielfach vorkommenden leichten Verlaufsformen sicher nicht ausnahmslos durch die behandelnden Ärzte angezeigt werden. Die schon früher getroffene Feststellung, daß der Scharlach in dichter besiedelten Gebieten, vornehmlich in städtischen Bereichen, wegen

der dort größeren Infektionsmöglichkeit häufiger auftritt, trifft im Berichtsjahr nur für einige Gemeinden der Pfalz zu. Vornehmlich waren es die Städte Frankenthal (19,8), Neustadt (8,7), Ludwigshafen (6,9) und Kaiserslautern (6,6), deren Scharlachmorbidity beachtlich den Durchschnittswert des Landes (2,9) übertraf. Hingegen trat in Mainz (2,6), Koblenz (1,2) und Trier (0,7) Scharlach nur relativ selten auf.

50 Todesfälle durch Hirnhautentzündung

Abgesehen von der im Jahr 1967 auffällig hohen Erkrankungszahl (659) hält sich das Ausmaß der Hirnhautentzündung seit 1963 ziemlich konstant. Auch die 339 im Berichtszeitraum ermittelten Fälle entsprechen etwa dem Krankheitsausmaß der vorhergehenden Jahre. In der diagnostischen Unterscheidung nach Meningokokken-Meningitis und übrigen Formen - nur diese beiden Gruppen werden nachgewiesen - hat die letzte Gruppe ein starkes Übergewicht, was sich für 1971 in dem Verhältnis 93 : 246 ausdrückt. Daß die Hirnhautentzündung auch heute noch eine gefährliche Infektionskrankheit ist, belegen die entsprechenden Nachweisungen der Todesursachenstatistik. Nach dieser nahmen 1970 nicht weniger als 50 Erkrankungen einen tödlichen Ausgang. Eine gewisse Häufung von Krankheitsfällen, jedoch ohne zeitliche Gebundenheit, war in den Landkreisen Birkenfeld (37) und Mayen-Koblenz (37) festzustellen. An der seit ihrer Erfassung nur sporadisch in Erscheinung getretenen infektiösen oder infektiös-toxischen Gehirnentzündung

Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen Krankheiten in den Verwaltungsbezirken 1971

Verwaltungsbezirk	Hepatitis infec- tiosa	Schar- lach	Gehirn- ent- zündung	Hirnhaut- entzündung		Enteritis infectiosa		Typhus abdo- minalis	Para- typhus A und B	Toxo- plas- mose	Toll- wut- ver- dachts- fälle
				Meningo- kokken- Meningitis	übrige Formen	Salmo- nellose	übrige Formen				
Kreisfreie Stadt											
Koblenz	160	14	-	1	26	21	-	-	6	7	5
Landkreise											
Ahrweiler	35	20	-	4	4	17	1	1	3	1	2
Altenkirchen (Ww.)	55	12	-	2	4	23	1	1	1	2	-
Bad Kreuznach	57	53	-	6	12	11	1	1	3	6	1
Birkenfeld	98	19	1	2	35	6	-	-	3	1	5
Cochem-Zell	7	2	-	1	4	1	-	-	1	-	1
Mayen-Koblenz	108	64	-	9	28	36	2	1	4	5	44
Neuwied	18	46	-	10	13	15	-	2	4	2	3
Oberwesterwaldkreis	17	4	-	1	3	1	-	-	-	1	20
Rhein-Hunsrück-Kreis	10	31	-	6	2	4	-	-	2	3	-
Rhein-Lahn-Kreis	56	42	1	3	6	19	1	4	1	11	2
Unterwesterwaldkreis	6	23	-	1	4	2	-	-	1	1	5
Reg. Bez. Koblenz	627	330	2	46	141	156	6	10	29	40	88
Kreisfreie Stadt											
Trier	115	7	1	-	8	39	-	2	-	2	-
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	115	32	1	2	2	17	-	1	-	4	-
Bitburg-Prüm	53	7	-	-	3	8	10	1	-	3	2
Daun	17	9	1	4	-	19	-	-	-	-	-
Trier-Saarburg	106	17	-	4	19	76	1	-	-	1	-
Reg. Bez. Trier	406	72	3	10	32	159	11	4	-	10	2
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	13	83	-	2	5	8	-	-	-	-	2
Kaiserslautern	51	67	-	1	1	47	4	3	-	2	1
Landau i. d. Pfalz	19	8	-	-	2	28	-	-	-	-	-
Ludwigshafen a. Rhein	166	121	-	4	4	29	2	1	-	3	2
Mainz	49	46	1	6	12	46	5	5	5	15	-
Neustadt a. d. Weinstr.	39	44	-	1	-	5	-	-	-	-	1
Pirmasens	32	15	1	-	9	2	8	-	-	-	1
Speyer	7	13	-	1	-	21	-	-	-	-	-
Worms	14	1	-	-	1	2	-	-	1	-	-
Zweibrücken	12	13	-	2	1	14	-	-	-	2	3
Landkreise											
Alzey-Worms	14	20	-	-	-	7	-	-	-	2	3
Bad Dürkheim	36	78	-	5	3	8	-	2	-	2	49
Donnersbergkreis	15	8	-	1	-	16	-	-	-	1	-
Germersheim	14	18	-	3	6	44	-	1	-	1	-
Kaiserslautern	35	19	-	2	2	27	1	-	-	-	-
Kusel	28	13	-	-	5	38	5	-	-	4	17
Landau-Bad Bergzabern	18	8	-	5	3	43	1	2	1	-	8
Ludwigshafen	55	35	-	-	2	20	-	-	1	2	-
Mainz-Bingen	22	28	1	3	8	21	-	2	-	6	-
Pirmasens	36	15	1	-	8	1	14	-	-	-	2
Zweibrücken	20	6	1	1	1	12	-	-	-	1	-
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	695	659	5	37	73	439	40	16	8	41	89
Rheinland-Pfalz	1 728	1 061	10	93	246	754	57	30	37	91	179

erkrankten im Berichtsjahr 10 Menschen. Es wurden 5 Todesfälle gemeldet.

Infektiöse Erkrankungen der Verdauungsorgane ohne regionale Schwerpunkte

Ausgenommen die Enteritis infectiosa bewirkten die übrigen meldepflichtigen Darmerkrankungen eine nur sehr geringe Morbidität. Paratyphus A und B wurde in 37 Fällen, Typhus abdominalis in 30 Fällen und Ruhr in 15 Fällen angezeigt. Die Enteritis fand dagegen - gemessen an den jeweils 200 bis 300 Fälle zählenden Nachweisungen der 60er Jahre - eine enorme Verbreitung (810 Fälle), ohne allerdings den Erkrankungshöchststand im Vorjahr (1 096) zu erreichen. Interessanterweise lassen sich weder aus regionaler noch aus zeitlicher Sicht Massierungen erkennen, aus denen eindeutig auf epidemische Verläufe geschlossen werden könnte. Jedoch hebt sich der Raum Trier-Saarburg in der Erkrankungshäufigkeit etwas hervor.

Diphtherie jetzt bedeutungslos

Zu verzeichnen ist auch der Fall einer paralytischen Kinderlähmung, welcher sich in der zweiten Oktoberhälfte 1971 im Amtsbereich des Gesundheitsamtes Altenkirchen ereignet hat. Betroffene war ein sieben Monate altes Mädchen, welches noch nicht an einer Polioimpfung teilgenommen hatte. Ein Fall von Wundstarrkrampf wurde durch das Gesundheitsamt Kusel angezeigt. An Diphtherie erkrankten zwei Personen, 1950 waren es noch 2 700. Toxoplasmose, eine vornehmlich durch Schmierinfektion vom Tier auf den Menschen übertragene Erkrankung, trat 1971 regional weit gestreut in 91 Fällen auf (1970: 144). Die übrigen infektiösen Erkrankungen im Berichtsjahr besitzen wegen ihres geringen Gewichtes und ihres starken Zufallsschwankungen unterliegenden Auftretens kaum einen statistischen Aussagewert. Es waren Brucellose (8), Leptospirose (8), Botulismus (3), Mikrosporie (2) und Malaria rückfall (1).

R. Zirwes

Arbeitnehmerverdienste und Arbeitszeiten 1971

Die Ergebnisse aus den laufenden Erhebungen der amtlichen Statistik über Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten ausgewählter Wirtschaftsbereiche vermitteln durch ihren zeitlichen Vergleich einen Überblick über die Situation und die Entwicklung der Arbeitnehmerverdienste. Diese Erhebungen werden regelmäßig repräsentativ vorgenommen, und zwar vierteljährlich für Industrie und Handel, halbjährlich für das Handwerk und im September jeden Jahres für die Landwirtschaft. Der Kreis der zur Erhebung herangezogenen Betriebe wird auf einige Jahre hinaus möglichst unverändert gehalten, um über einen längeren Zeitraum hinweg vergleichbare Ergebnisse zu erzielen. Der Berichterstattekreis muß jedoch, da es sich um eine Repräsentativerhebung handelt, einer gerechten Verteilung der Belastung durch die Berichtspflicht wegen, nach Ablauf einiger Jahre gewechselt werden. In solchen Fällen ist gewährleistet, daß kein Bruch in den Zeitreihen der ermittelten Werte entsteht.

Zu der für die Monate Januar, April, Juli und Oktober durchgeführten Verdiensterhebung in Industrie und Handel berichteten im Oktober 1971 noch 1 225 Betriebe mit etwas mehr als 158 000 Arbeitern und 64 000 Angestellten. Das sind zwar 49 Betriebe weniger als im Oktober des Vorjahres, der Rückgang der erfaßten Beschäftigten in den restlichen Betrieben blieb dabei aber verhältnismäßig gering. Die Zahl der Beschäftigten war trotz einer sich stetig verringernden Zahl an Betrieben 1971 immer noch wesentlich höher als 1966. Anders verlief die Entwicklung im Handwerk. Mit der steten Abnahme der Zahl an Betrieben war vielfach auch ein Rückgang an Beschäftigten verbunden. Im November 1971 wurden von der halbjährlichen Lohnerhebung nur noch 900 Betriebe mit 4 574 Beschäftigten erfaßt. Die Zahl der Betriebe hat sich daher gegenüber dem Vorjahr um weitere 30 verringert.

Bei der Erhebung im Mai 1966 haben dagegen noch 1 133 Betriebe mit 4 962 Beschäftigten berichtet. Das bedeutet einen Rückgang bis zum November 1971 von 26% an Betrieben und 9% an Beschäftigten.

Im September 1971 wurde die Lohnerhebung in der Landwirtschaft wegen des erheblichen Schwunds an Betrieben und Beschäftigten umgestellt. Eine Neuauswahl des Berichtskreises und eine gravierende methodische Umstellung der Erhebung führten dazu, daß deren Ergebnisse erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden können.

Nur geringe reale Verdienstverbesserungen

In den Jahren 1969 und 1970 waren infolge der Hochkonjunktur und des daraus resultierenden Kräftemangels die Verdienste der Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft erheblich über den Produktivitätszuwachs hinaus gestiegen. So lagen die Erhöhungen der Bruttowochenlöhne der Industriearbeiter jeweils mit einer Quote von + 14 und + 15% wesentlich über denen der Vorjahre. Diese Entwicklung hat sich 1971 nicht weiter fortgesetzt, denn die Zunahme machte von Oktober 1970 bis Oktober 1971 nicht mehr ganz 8% aus, wobei die Verbesserungen der Bruttowochenlöhne der Männer knapp über 7% und die der Frauen bei etwas über 10% lagen. Eine ähnliche Situation war auch für die Verdienste im Handwerk gegeben. Die Wochenlöhne hatten hier 1969 und 1970 einen Anstieg von über 12 bzw. 15% erreicht und die Steigerungssätze der Vorjahre ebenfalls ganz beträchtlich übertroffen. Ihre Zunahme war 1971 mit fast 11% wesentlich stärker als in der Industrie, aber geringer als im Vorjahr. Die Zuwachsrate erreichte im zweiten Halbjahr vom Mai bis zum November nur noch rund 4%, während sich für die gleiche

Jahr	Bruttowochenverdienste der Arbeiter					Bruttomonatsverdienste der Angestellten										
	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)			Hand- werk	Land- wirt- schaft 1)	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe			Öffent- licher Dienst 2)	
						kaufmänn. Angestellte			technische Angestellte			kaufmänn. Angestellte				
	ins- gesamt	Männer	Frauen	Männer	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen			
	%															
1961	8,3	8,3	11,1	11,5	7,8	10,3	10,9	10,3	11,5	11,6	11,2	12,4	12,4	13,2	9,4	
1962	9,9	8,3	8,9	11,9	14,4	8,4	8,1	9,3	7,8	7,7	9,2	8,2	7,9	8,1	4,8	
1963	9,7	10,3	8,2	9,9	6,3	8,0	7,0	9,3	6,9	6,8	7,7	9,8	8,8	10,5	5,1	
1964	10,1	10,5	9,4	9,0	8,1	8,1	7,5	8,6	7,0	7,4	5,6	10,0	7,5	10,7	3,1	
1965	9,8	10,0	9,5	9,6	17,1	8,9	8,8	8,4	8,5	8,5	9,9	9,8	9,4	6,8	5,6	
1966	2,1	1,9	3,1	5,4	3,5	5,1	5,2	5,3	4,9	4,8	4,4	8,4	8,1	8,4	.	
1967	-	- 0,5	0,8	-	-	3,9	4,3	3,0	2,4	2,5	2,2	3,8	3,4	3,5	-	
1968	7,7	7,5	7,6	6,2	2,3	5,7	6,2	4,8	5,8	5,9	4,7	5,4	5,5	5,6	3,6	
1969	13,8	14,0	10,6	12,1	12,7	10,4	10,4	11,5	12,0	12,2	11,5	8,7	8,7	8,4	6,8	
1970	14,6	15,4	12,7	15,1	10,8	12,5	12,0	13,5	13,3	13,4	14,1	11,0	12,3	10,7	14,2	
1971	7,7	7,3	10,2	10,5	.	9,1	8,4	10,0	8,1	7,8	10,6	11,8	11,0	12,7	9,1	

1) Bundesgebiet. - 2) Verg.-Gr. VIb BAT (40 Jahre, ledig, Ortsklasse A).

Zeit des Vorjahres noch eine solche von 9% nachweisen ließ.

Die Monatsgehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten in Industrie und Handel haben in den Jahren 1969 und 1970 prozentuale Verbesserungen ähnlichen Umfangs zu verbuchen wie die der Arbeiter. Der Zuwachs im Oktober 1971 war jedoch mit über 9% für die kaufmännischen Angestellten in der Industrie und fast 12% bei Handel, Banken und Versicherungen größer als für die Arbeiter. Die technischen Angestellten blieben dagegen mit gut + 8% etwas dahinter zurück.

Nicht geringer als der für die Angestellten in der Industrie errechnete Mittelwert war die Verdienststeigerung der Angestellten im öffentlichen Dienst. Die Zunahme erreichte 1971 schätzungsweise etwas über 9%. Die Entwicklung der Monatsverdienste in diesem Bereich mit denen in der Industrie zu vergleichen, ist jedoch nur unter Einschränkungen möglich. Linear ergab sich 1971 für den öffentlichen Dienst eine Steigerung von 7%. Durch andere tarifrechtliche Veränderungen können sich jedoch, ungleichmäßig auf die verschiedenen Gruppen verteilt, weiterhin finanzielle Vorteile ergeben. Es wurden beispielsweise 1971 neben den Gehältern Stufenzulagen verschiedener Höhe an Angehörige bestimmter Vergütungsgruppen gezahlt, die sich nur schwer als durchschnittliche prozentuale Steigerung ausdrücken lassen.

Der Verdienstentwicklung muß indessen, um sich eine Vorstellung über den realen Wert der Veränderungen machen zu können, die Entwicklung des Preisindex der Güter für den täglichen Bedarf gegenübergestellt werden. Der Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts ist in dem Zeitraum Oktober 1970 bis Oktober 1971 nicht unerheblich gestiegen. Die Erhöhung betrug nämlich 6,3% gegenüber nur knapp 4% im Vorjahre. Der reale Verdienstzuwachs der Arbeitnehmer ist daher 1971 verhältnismäßig gering geblieben.

Arbeiterlöhne in der Industrie weniger erhöht

Ein Industriearbeiter verdiente im Oktober 1971 im Durchschnitt 7,15 DM, eine Arbeiterin 4,81 DM

in der Stunde. Das war im Zeitraum eines Jahres eine Erhöhung um 9,0 bzw. 10,3%. Innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen ergaben sich hinsichtlich der Lohnsteigerungen bei den Arbeitern keine gravierenden Unterschiede. Sie bewegten sich zwischen + 8,8 und + 9,5%. Bei den Frauen waren sie dagegen etwas größer, denn + 11,7% in der Leistungsgruppe 1 standen + 9,4% in der Leistungsgruppe 2 gegenüber. Stärker als im Vorjahre traten saisonale Schwankungen, offenbar verstärkt durch eine gleichzeitig beginnende konjunkturelle Abschwächung, hervor. Die Bruttostundenlöhne der männlichen Arbeiter stiegen von Oktober 1970 bis Januar 1971 zwar noch um 2%, die Wochenverdienste gingen aber um 1% zurück. Da um diese Zeit die Frauenbeschäftigung in verschiedenen Industriezweigen saisonbedingt meist etwas anzieht, erhöhten sich die Wochenverdienste der Frauen um nahezu 3%, allerdings bei einem Zuwachs der Bruttostundenlöhne um über 4%. Wie alle Jahre liegt auch 1971 die größte Steigerung zwischen April und Juli, denn erst um diese Zeit kommen meistens die sich durch Tarifverhandlungen ergebenden Verbesserungen zum Tragen. Die Zunahme der Beschäftigung in den Außenberufen mit ihren Akkordarbeitszeiten verstärkt diese Tendenz nicht unerheblich. So stiegen die Wochenverdienste der Arbeiter in diesem Zeitraum um über 5%, bei einer Erhöhung der Stundenlöhne um 4%. Für die Frauen ergaben sich Werte von rund + 4 und + 3%.

In fast allen Handwerkszweigen - außer im Schneiderhandwerk - ist die Beschäftigung von Frauen nicht sehr häufig. Die durch die Lohnerhebung ermittelten Werte über die Verdienste beschränken sich daher nur auf die männlichen Beschäftigten. Das Schneiderhandwerk ist bereits seit Jahren hinsichtlich der Beschäftigung von Arbeitskräften stark rückläufig, so daß aus der Erhebung für die Frauenbeschäftigung im Handwerk keine Ergebnisse mehr anfallen. Die Verdienstentwicklung im Handwerk ist bisher ähnlich verlaufen wie in der Industrie. Das gilt auch für das Jahr 1971. Zwischen November 1970 und Mai 1971 lag eine Steigerung der Bruttowochenlöhne um rund 6%, und die von Mai bis November 1971 festgestellte

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in Industrie und Handwerk
nach Leistungsgruppen und Geschlecht 1970 und 1971

Leistungs- gruppe	Bruttostundenlohn			Bruttowochenlohn			Geleistete Wochenarbeitszeit				Bezahlte Wochen- arbeitszeit	
	1970	1971	Verän- derung	1970	1971	Verän- derung	insgesamt		Mehrarbeitszeit		1970	1971
							1970	1971	1970	1971		
DM		%	DM		%	Stunden						
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)												
Insgesamt												
1	6,90	7,53	9,1	314	338	7,6	42,0	41,1	4,7	4,1	45,5	44,9
2	5,93	6,43	8,4	263	281	6,8	40,3	39,7	3,6	3,1	44,4	43,8
3	4,85	5,34	10,1	211	229	8,5	39,8	39,2	3,0	2,7	43,4	42,9
Insgesamt	6,13	6,69	9,1	274	295	7,7	40,9	40,2	3,9	3,5	44,7	44,1
Männer												
1	6,98	7,61	9,0	320	344	7,5	42,1	41,2	4,9	4,3	45,8	45,1
2	6,36	6,92	8,8	291	312	7,2	41,3	40,6	4,6	4,0	45,7	45,1
3	5,48	6,00	9,5	250	268	7,2	42,3	41,3	4,6	4,0	45,7	44,7
Zusammen	6,56	7,15	9,0	300	322	7,3	41,9	41,0	4,7	4,2	45,8	45,1
Frauen												
1	5,14	5,74	11,7	205	227	10,7	38,3	37,7	0,8	0,6	39,9	39,6
2	4,49	4,91	9,4	181	197	8,8	37,4	37,1	0,8	0,7	40,4	40,2
3	4,08	4,51	10,5	167	184	10,2	37,1	36,8	1,2	1,2	41,0	40,8
Zusammen	4,36	4,81	10,3	177	195	10,2	37,3	37,0	1,0	0,9	40,7	40,4
Handwerk												
Männer												
Vollgesellen	6,12	6,98	14,1	278	310	11,5	42,6	39,8	4,1	3,7	45,4	44,4
Junggesellen	4,77	5,37	12,6	211	234	10,9	41,3	39,1	3,1	3,0	44,2	43,5
Übrige Arbeiter	5,18	5,60	8,1	238	253	6,3	42,7	40,8	5,3	5,0	46,1	45,3
Insgesamt	5,89	6,64	12,7	267	295	10,5	42,4	39,8	4,0	3,7	45,3	44,4

Zunahme war mit etwas über 4% bereits wesentlich geringer. Im Durchschnitt wurde im November 1971 ein Bruttowochenlohn von 295 DM ermittelt, ein Mehrverdienst gegenüber dem November des Vorjahres von 28 DM. Die Bruttostundenlöhne sind mit knapp 13% verhältnismäßig stärker gestiegen als in der Industrie. Für den November 1971 errechnete sich ein Mittelwert von 6,64 DM gegenüber 5,89 DM im November 1970. Der Stundenlohn des Vollgesellen erreichte mit einer Erhöhung von 14% im Schnitt fast 7 DM, während die übrigen Arbeiter sich nur um 8% auf 5,60 DM verbessern konnten. Die Steigerung der Stundenlöhne von Junggesellen bis auf 5,37 DM lag bei rund 13%.

Angestelltenverdienste stärker gestiegen als die der Arbeiter

In Zeiten der Hochkonjunktur kommen die prozentualen Verbesserungen der Angestelltenverdienste in der Regel meist nicht an die der Arbeiter heran. Es scheint jedoch, daß sich dieses Verhältnis in der Zeit einer beginnenden Abschwächung der Konjunktur umkehrt. Die Zunahme der Monatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten übertraf nämlich 1971 prozentual diejenige der Wochenverdienste der Arbeiter. Wie in den Jahren zuvor stiegen auch 1971 die Gehälter der weiblichen Angestellten im Verhältnis stärker als die der männlichen. Kaufmännische Angestellte konnten ihre Verdienste um über 9% verbessern, weibliche kaufmännische Angestellte kamen dagegen auf 10%. Die als technische Angestellte ausge-

wiesenen Männer erreichten nicht ganz 8%, die Frauen wiederum fast 11%. Der Mittelwert für die Bruttomonatsverdienste eines kaufmännischen Angestellten stellte sich im Oktober 1971 auf 1 700 DM, der für eine weibliche Angestellte auf 1 100 DM. Für die nicht unbeträchtliche Differenz der Verdienste zwischen Männern und Frauen sind strukturelle Momente, Alter, Beschäftigungsart und anderes ausschlaggebend. Es darf nicht daraus abgeleitet werden, daß die Frauenarbeit schlechter bezahlt würde als die der Männer. Das gleiche trifft auch für die technischen Angestellten zu, deren Verdienste indessen wesentlich über denen der kaufmännischen lagen. Für den männlichen technischen Angestellten errechnete sich für Oktober 1971 ein Durchschnitt von 1 875 DM, für den weiblichen ein solcher von 1 281 DM. Diese Werte übertrafen die für kaufmännische Angestellte ermittelten immerhin um etwas mehr als 10% bzw. um fast 17%.

Die Monatsverdienste der kaufmännischen Angestellten im Handel, den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe zogen etwas stärker an als im Vorjahre. Offenbar kamen die tariflichen Verbesserungen später, teilweise erst in den für 1971 ermittelten Werten, zum Ausdruck, denn im Vorjahre blieben die Steigerungen etwas hinter denen in anderen Bereichen zurück. So ergab sich für die kaufmännischen Angestellten im Handel im Vergleich zum Oktober 1970 ein Zuwachs von fast 12%, für die männlichen Angestellten ein solcher von 11%, für die Frauen sogar von fast 13%. Im Durchschnitt verdiente ein männlicher Angestellter

Durchschnittliche Brutton Monatsverdienste der Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nach Leistungsgruppen und Geschlecht 1970 und 1971

Leistungsgruppe	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)						Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe		
	kaufmännische Angestellte			technische Angestellte			kaufmännische Angestellte		
	1970	1971	Veränderung	1970	1971	Veränderung	1970	1971	Veränderung
	DM		%	DM		%	DM		%
Insgesamt									
II	2 030	2 186	7,7	2 190	2 327	6,3	1 644	1 809	10,0
III	1 407	1 511	7,4	1 620	1 745	7,7	1 163	1 303	12,0
IV	924	1 016	10,0	1 238	1 351	9,1	726	803	10,6
V	741	832	12,3	965	1 023	6,0	672	775	15,3
Insgesamt	1 295	1 413	9,1	1 686	1 822	8,1	948	1 060	11,8
Männer									
II	2 053	2 215	7,9	2 196	2 331	6,1	1 717	1 881	9,6
III	1 500	1 611	7,4	1 636	1 766	7,9	1 262	1 433	13,5
IV	1 085	1 211	11,6	1 313	1 428	8,8	924	1 003	8,5
V	935	1 041	11,3	1 108	1 136	2,5	923	1 005	8,8
Zusammen	1 568	1 700	8,4	1 739	1 875	7,8	1 259	1 397	11,0
Frauen									
II	1 832	1 957	6,8	1 906	2 126	11,5	1 317	1 505	14,3
III	1 247	1 345	7,9	1 379	1 470	6,6	1 001	1 114	11,3
IV	864	945	9,4	977	1 066	9,1	669	742	10,9
V	697	773	10,9	819	881	7,6	615	716	16,4
Zusammen	1 000	1 100	10,0	1 158	1 281	10,6	742	836	12,7

in diesen Branchen rund 1 400 DM im Monat, ein Angestellter in der Industrie 1 700 DM, die weiblichen Angestellten 836 DM gegenüber 1 100 DM in der Industrie. In den recht erheblichen Unterschieden zwischen den jeweiligen Mittelwerten für die Monatsverdienste kommt unter anderem das ausschlaggebende Gewicht der im Handel überwiegend nur als Aushilfe beschäftigten Frauen besonders stark zum Ausdruck. Die größere Masse der nach den unteren Gruppen bezahlten Arbeitskräfte drücken die Durchschnittswerte hier sehr stark nach unten.

Zurückgehende Arbeitszeit

Die Verdienst- und Lohnstatistiken erfassen auch die Arbeitszeiten der Arbeiter. Sie werden zur Berechnung der effektiven Wochenverdienste benötigt. Anzugeben sind die geleisteten und die bezahlten Wochenarbeitszeiten sowie die Mehrarbeitszeit. In der bezahlten Wochenarbeitszeit sind die geleisteten Arbeitsstunden, Zeiten für Urlaub, gesetzliche Feiertage und sonstige Arbeitsausfälle enthalten, weshalb die bezahlte Arbeitszeit jeweils beträchtlich höher ist als die geleistete. Die durch Verhandlungen seit geraumer Zeit angestrebte und tariflich festgelegten nicht unerheblichen Arbeitszeitverkürzungen machten sich indessen nur bei der Beschäftigung der Frauen stärker bemerkbar. Der lang andauernde Krätemangel wirkte offenbar einer Verkürzung der Arbeitszeit der Männer entgegen, denn

nur in Zeiten der Abschwächung der Konjunktur zeigt sich ein spürbarer Rückgang in erster Linie der Mehrarbeitszeiten.

Die geleistete Wochenarbeitszeit der männlichen Arbeiter ging von Oktober 1970 bis Oktober 1971 um annähernd eine Stunde zurück, die bezahlte um etwas mehr als eine halbe Stunde. Auch die Mehrarbeitszeit war um eine halbe Stunde geringer als im Vorjahre. Die geleistete Wochenarbeitszeit der Frauen lag mit einem Durchschnitt von 37 Stunden um 4 Stunden unter der der Männer. Auch diese war gegenüber dem Vorjahre etwas zurückgegangen. Die Mehrarbeitszeit der Frauen hat sich dagegen kaum verändert. Sie war auch von jeher im Vergleich zu der der Männer kaum von Bedeutung.

Auch im Handwerk fielen sowohl die bezahlten als auch die geleisteten Wochenarbeitszeiten ab. Die erhebliche Schrumpfung der geleisteten Arbeitszeit um fast 3 Stunden ist allerdings durch einen gesetzlichen Feiertag (1. November) verursacht worden, der 1970 auf einen Sonntag, 1971 auf einen Werktag fiel. Die bezahlte Arbeitszeit veränderte sich dagegen um nicht ganz eine Stunde, und auch die Mehrarbeitszeit war etwas niedriger als im November 1970. Die Arbeitszeitentwicklung im Handwerk verlief daher ähnlich wie in der Industrie und läßt darauf schließen, daß für diese Situation die gleichen Gründe gegeben sind wie in den vorgenannten Wirtschaftsbereichen.

Dr. Th. Walter

Öffentliche Tiefbauaufträge 1961 bis 1970

Seit 1961 wird eine Bundesstatistik der öffentlichen Auftragsvergaben im Tiefbau (Tiefbaustatistik) durchgeführt. Die Notwendigkeit dieser Statistik ergab sich aus der Tatsache, daß nicht ausreichend Unterlagen über die Kapazität der vorzugsweise im Tiefbau tätigen Unternehmen und ihre Entwicklung vorhanden waren. In die Auftragsvergabestatistik sind Bund, Länder, Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern, Gemeindeverbände, sonstige juristischen Personen des öffentlichen Rechts und juristische Personen des privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist, einbezogen. Erfaßt werden Aufträge über die Ausführung von Tiefbauvorhaben mit Einzelauftragswerten von mindestens 25 000 DM. Die Beschränkung auf Gemeinden ab einer bestimmten Größenklasse und auf Objekte ab einer bestimmten Mindestauftragssumme sowie die Nichterfassung der privaten Tiefbauaufträge, welche allerdings im Vergleich zu den öffentlichen Aufträgen keine große Bedeutung besitzen, haben zur Folge, daß für die Auswertung nicht in erster Linie die absoluten Zahlen, obwohl auch sie einen wesentlichen Aussagewert besitzen, sondern die Darstellung von Entwicklungslinien unter konjunkturpolitischen Aspekten interessant sind.

Konjunktur und Auftragsvolumen

Insgesamt gab es seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland fünf Wachstumszyklen, die ihre jeweiligen Höhepunkte in den Jahren 1951, 1955, 1960, 1964 und 1970 hatten. Bei Einführung der Tiefbaustatistik 1961 wirkte sich noch der Abschwung des dritten Booms aus, dessen Tendenz sich bis 1963 fortsetzte. Der Ende dieses Jahres einsetzende Aufschwung erreichte den oberen Wendepunkt in der ersten Hälfte 1965 und war in seiner Gesamtwirkung nicht so stark wie der vorausgegangene Anstieg von 1960. Die ständig zurückgehende Expansion der Nachfrage leitete die Abschwungphase des vierten Wachstumszyklus ein, dessen Ergebnis die Rezession 1966/67 war.

Impliziert wurde der Schrumpfungsprozeß 1966/67 durch den Rückgang der privaten und öffentlichen Investitionsnachfrage, verschärft wurde er durch eine zunehmend restriktive Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank. Von den im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft genannten Zielen war in jener Zeit nur die Preisniveau-Stabilität erreicht. Demgegenüber

herrschten kein hoher Beschäftigungsgrad, kein außenwirtschaftliches Gleichgewicht und kein angemessenes Wachstum. Nachdem ein öffentliches Expansionsprogramm wirksam wurde, und ein außenwirtschaftlicher Nachfragesog die internen Auftriebskräfte verstärkt hatte, waren seit Sommer 1967 wieder sichtbare Zeichen einer neuen Belebung zu erkennen, die den fünften Wachstumszyklus einleiteten. 1968 hielt die Aufwärtsbewegung an und steigerte sich etwa bis zum Frühjahr 1970 in eine bisher nicht gekannte Hochkonjunktur mit boomartiger Nachfrageexpansion, nachfrageinduzierter Lohnwelle, beschleunigtem Preisanstieg und anhaltend hohem Leistungsbilanzüberschuß. Die im Laufe des Jahres 1970 einsetzende Beruhigung entwickelte sich 1971 vor allem bei der privaten Investitionsnachfrage zu einem merklichen Konjunkturabschwung mit kontraktiven Tendenzen.

Die den Tiefbau betreffenden Auftragsvergaben der öffentlichen Hand in Rheinland-Pfalz gestalteten sich während des Berichtszeitraumes nicht immer analog dem gesamtwirtschaftlichen Konjunkturverlauf. Nachdem bis 1964 die Tiefbautätigkeit kontinuierlich zurückging, war 1965 gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Auftragsvergaben um 29% zu verzeichnen. Aber schon 1966 sank das Volumen wieder um 20% auf 490 Mill. DM. Die danach eintretende Expansion der öffentlichen Tiefbauaufträge führte 1967, 1968 und 1969 zu Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr von 16, 27 und 28%. 1970 erfolgte eine Minderung um 22% auf insgesamt 723 Mill. DM. Von 1961 bis einschließlich 1970 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 6 063 Mill. DM für Aufträge der öffentlichen Hand im Tiefbau bereitgestellt.

Interessante Aufschlüsse bringt eine Gliederung nach den Anteilen der einzelnen Auftraggeber. Generell ist festzustellen, daß sich die öffentlichen Bauherren nicht einheitlich verhalten haben. Der Bund, der wegen seiner Zuständigkeit für die Fernstraßen die größten Aufträge im Tiefbau erteilt, übte bis einschließlich 1963 Zurückhaltung bei seiner Vergabe, während alle übrigen Bauherren ihre Anteile von Jahr zu Jahr steigerten. Völlig entgegengesetzt verlief die Entwicklung von 1964 bis 1967 bei Bund

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen 1961 - 1970

Jahr	Insgesamt	Straßenbauten ¹⁾		Straßenbrückenbauten		Tiefbauten an Bundeswasserstraßen ²⁾		Wasserwirtschaftliche Tiefbauten ³⁾		Sonstige Tiefbauten	
		1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1961	567 764	260 225	45,8	173 549	30,6	49 060	8,6	84 930	15,0
1962	519 040	296 557	57,1	49 569	9,6	61 108	11,8	48 045	9,2	63 761	12,3
1963	475 030	300 153	63,2	34 118	7,2	15 616	3,3	89 744	18,9	35 399	7,4
1964	468 959	291 152	62,1	59 354	12,7	19 969	4,2	65 193	13,9	33 291	7,1
1965	604 553	387 288	64,1	50 208	8,3	21 219	3,5	88 042	14,6	57 796	9,5
1966	490 410	299 096	61,0	41 590	8,5	15 097	3,1	107 538	21,9	27 089	5,5
1967	570 741	365 694	64,1	63 436	11,1	25 954	4,5	72 446	12,7	43 211	7,6
1968	722 457	445 922	61,7	124 451	17,2	10 244	1,4	90 845	12,6	50 995	7,1
1969	921 427	549 846	59,7	125 134	13,6	17 460	1,9	94 037	10,2	134 950	14,6
1970	722 931	303 514	42,0	136 028	18,8	36 785	5,1	137 913	19,1	108 691	15,0

1) 1961 einschl. Straßenbrückenbauten. - 2) Einschl. Tiefbauten an Häfen. - 3) Einschl. Abwasseranlagen und Landeskulturbauten.

und Land. Bis zum Rezessionsjahr 1966 sanken die Anteile des Bundes von 52% (1964) auf 40%, um dann bis 1969 wieder auf 62% anzusteigen. Nicht so eindeutig vollzog sich die Vergabe beim Land, das seinen Anteil von 8% (1964) auf 14% (1966) zu steigern vermochte, aber 1967 einen Rückgang auf 6% hinnehmen mußte. Von den übrigen Auftraggebern gelang es den Gemeinden, ihre prozentualen Anteile - mit Ausnahme eines minimalen Rückgangs 1964 und 1965 - stetig bis 1967 zu erhöhen. Die mit einer zeitlichen Verzögerung wirkenden Erscheinungen der Rezession führten bei dieser Gruppe zu einem Absinken der Vergaben bis 1969. Gemeindeverbände und sonstige Bauherren verzeichneten seit Beginn der Tiefbaustatistik bis 1966 eine Steigerung ihres Anteils von 6 auf 17%, um in gleichmäßigen Schritten bis 1969 wieder auf 8% abzufallen.

69% der Vergabesummen für Straßenverkehrsbauten

Die Aufteilung des Gesamtauftragsvolumens von 6 063 Mill. DM auf die einzelnen Tiefbaumaßnahmen zeigt, daß in dem zehnjährigen Beobachtungszeitraum das Schwergewicht bei den Straßenbauten lag. Hierfür wurden 3 499 Mill. DM verausgabt, was einem Anteil von 58% an der gesamten Vergabesumme entspricht. Von den übrigen Baumaßnahmen entfielen auf Straßenbrückenbauten 11%, auf Tiefbauten an Bundeswasserstraßen 7%, auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten 14% und auf sonstige Tiefbauten 11%. Der Anteil der Straßenbauten

variierte, gesamtwirtschaftlich bedingt, in den einzelnen Jahren. Mit 42% erreichte er 1970 seinen niedrigsten, mit 64% aber 1967 seinen höchsten Wert. Rechnet man noch die Ausgaben für Straßenbrückenbauten hinzu, so gelangten 1968 nahezu vier Fünftel aller Tiefbaufträge der öffentlichen Hand in den Straßenverkehrsbau.

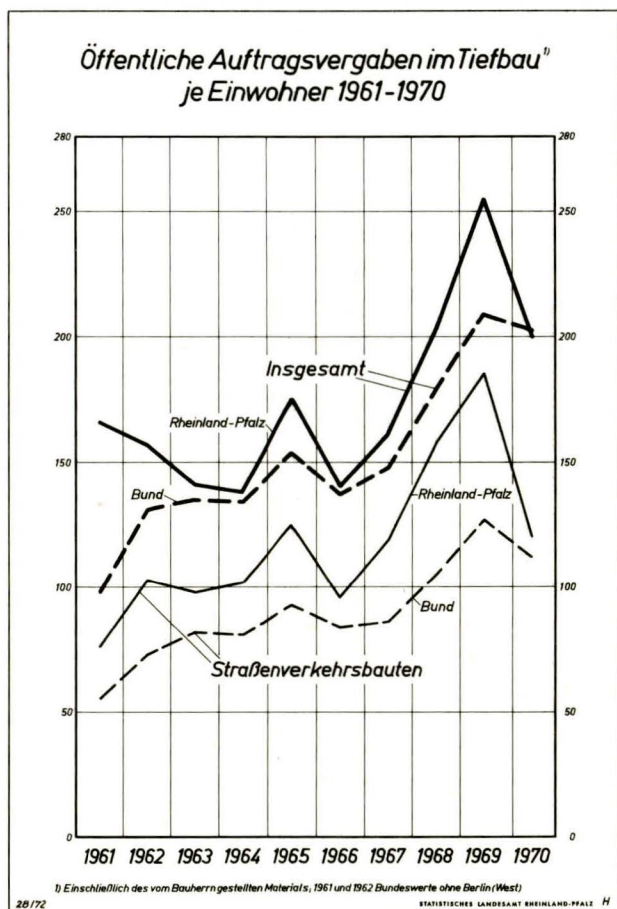
Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere des Straßennetzes, ist die entscheidende Komponente für die Stärkung der Erwerbsstruktur und Wirtschaftskraft einer Region und stellt unter raumordnerischen Gesichtspunkten eine unabdingbare Notwendigkeit dar. Die ständig verbesserte Verkehrserschließung bietet nicht nur Vorteile für die Expansion des Fremdenverkehrs und der Industrieansiedlungen, sondern sie ist für das Land auch Voraussetzung, seine Stellung als Kernland und Knotenpunkt europäischer Fernverkehrswege zu behaupten. Ein anderer Gesichtspunkt ist neben dem Durchreiseverkehr die ständige Steigerung des Kraftfahrzeugbestandes. In den letzten zehn Jahren gab es in Rheinland-Pfalz eine Zunahme um 138% (ohne Zweiräder und Anhänger).

Nicht ohne Auswirkungen blieben die Anstrengungen der Straßennetzerweiterungen. So entfallen bei einem Flächenanteil von 8% und einem Bevölkerungsanteil von 6% auf das Land über 11% der klassifizierten Straßen des Bundesgebietes. Bei der je Einwohner veranschlagten Auftragssumme für Straßen- und Straßenbrückenbauten lag Rheinland-Pfalz, mit Ausnahme der Jahre 1961 und 1970, stets an erster oder zweiter Stelle unter den Bundesländern. Beliefen sich zum Beispiel 1967, 1968 und 1969 die Bundesdurchschnitte auf 86, 105 und 127 DM je Einwohner, so betrugen die Landeswerte 119, 158 und 185 DM.

Recht unterschiedlich verlief die Entwicklung der Tiefbauten an Bundeswasserstraßen. In den beiden ersten Jahren der Tiefbaustatistik brachten sie es - bedingt durch den Ausbau der Mosel zur Großschiffahrtsstraße - auf Anteile von 31 und 12%, um in den folgenden Jahren erheblich abzufallen. 1970 war aber wieder bereits eine Steigerung des Anteils gegenüber dem Vorjahr von 2 auf 5% zu verzeichnen. Bei den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten (einschließlich der Abwasseranlagen und der Landeskulturbauten) gab es drei Jahre, in denen ihr Anteil an allen Tiefbaumaßnahmen besonders hoch lag: 1963 (19%), 1966 (22%) und 1970 (19%). Im Rezessionsjahr 1966 haben sie, im Gegensatz zu den anderen Tiefbauarten, als einzige eine Ausweitung erfahren, die vor allem auf Neubauten und Verbesserungen von Kläranlagen zurückgeführt werden dürfte. Die sonstigen Tiefbauten, zu denen insbesondere Investitionsarbeiten von Bundesbahn und Bundespost gerechnet werden, wiesen vor allem 1961 und 1969/70 verhältnismäßig hohe Auftragssummen auf.

Bund mit 55% an den Auftragssummen beteiligt

Seit Bestehen der Tiefbaustatistik ist der Bund der größte Bauherr. Er erteilte insgesamt Tiefbaufträge in Höhe von 3 338 Mill. DM und erreichte



Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Baumaßnahmen 1961 - 1970

Bauherr	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
1 000 DM										
Insgesamt										
Bund	406 795	319 139	226 675	245 452	281 010	196 384	294 030	424 184	566 354	378 168
Land	48 110	61 862	63 559	39 121	75 880	66 150	32 758	62 028	73 328	65 352
Gemeinden	76 598	95 207	129 407	126 774	162 156	143 567	167 437	171 358	211 356	184 769
Gemeindeverbände	22 721	25 122	32 812	34 461	45 740	39 032	43 982	47 847	46 164	46 198
Sonstige Bauherren	13 540	17 710	22 577	23 151	39 767	45 277	32 534	17 040	24 225	48 444
Insgesamt	567 764	519 040	475 030	468 959	604 553	490 410	570 741	722 452	921 427	722 931
Straßenbauten ¹⁾										
Bund	152 348	157 776	146 487	149 703	188 467	126 243	195 617	264 027	316 903	154 549
Land	46 495	56 858	59 948	35 288	67 685	60 393	24 641	56 161	60 943	48 176
Gemeinden	34 924	47 707	53 820	67 204	79 803	62 164	102 175	85 701	131 574	62 973
Gemeindeverbände	18 293	23 839	25 142	29 959	36 633	30 658	28 938	32 279	34 220	30 456
Sonstige Bauherren	8 165	10 377	14 756	8 998	14 700	19 638	14 323	7 754	6 206	7 360
Zusammen	260 225	296 557	300 153	291 152	387 288	299 096	365 694	445 922	549 846	303 514
Straßenbrückenbauten										
Bund	..	41 233	29 930	51 164	40 362	37 067	53 513	108 079	107 964	98 408
Land	..	2 869	1 972	2 533	7 139	2 759	5 560	3 618	9 490	14 159
Gemeinden	..	5 273	2 045	5 583	2 474	1 120	3 547	10 554	7 447	22 325
Gemeindeverbände	..	120	103	74	233	449	462	2 079	233	189
Sonstige Bauherren	..	74	68	-	-	195	354	121	-	947
Zusammen	..	49 569	34 118	59 354	50 208	41 590	63 436	124 451	125 134	136 028
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen ²⁾										
Bund	170 895	57 716	15 149	16 730	12 004	13 242	23 101	8 959	15 454	35 059
Land	907	53	-	592	-	33	264	77	1 225	123
Gemeinden	1 157	2 516	346	2 384	7 229	1 822	2 589	1 208	781	1 603
Gemeindeverbände	-	-	-	263	1 420	-	-	-	-	-
Sonstige Bauherren	590	823	121	-	566	-	-	-	-	-
Zusammen	173 549	61 108	15 616	19 969	21 219	15 097	25 954	10 244	17 460	36 785
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten ³⁾										
Bund	2 901	2 690	6 782	2 110	983	2 887	729	1 226	3 183	800
Land	164	1 875	983	-	657	2 601	1 417	387	1 018	1 030
Gemeinden	38 217	38 064	68 687	46 307	61 245	74 916	51 242	68 596	63 301	88 454
Gemeindeverbände	4 428	1 070	7 339	3 736	7 273	7 250	11 722	13 111	11 567	13 621
Sonstige Bauherren	3 350	4 346	5 953	13 040	17 884	19 889	7 336	7 525	14 968	34 008
Zusammen	49 060	48 045	89 744	65 193	88 042	107 538	72 446	90 845	94 037	137 913
Sonstige Tiefbauten										
Bund	80 651	59 724	28 327	25 745	39 194	16 945	21 070	41 893	122 850	89 352
Land	544	207	656	708	399	364	876	1 785	652	1 864
Gemeinden	2 300	1 647	4 509	5 296	11 405	3 545	7 884	5 299	8 253	9 414
Gemeindeverbände	-	93	228	429	181	675	2 860	378	144	1 932
Sonstige Bauherren	1 435	2 090	1 679	1 113	6 617	5 560	10 521	1 640	3 051	6 129
Zusammen	84 930	63 761	35 399	33 291	57 796	27 089	43 211	50 995	134 950	108 691

1) 1961 einschl. Straßenbrückenbauten, - 2) Einschl. Tiefbauten an Häfen, - 3) Einschl. Abwasseranlagen und Landeskulturbauten.

damit einen Anteil von 55% an der Gesamtsumme aller Auftragsvergaben. An zweiter Stelle standen die Gemeinden mit 1 469 Mill. DM (24%) vor dem Land mit 588 Mill. DM (10%). Gemeindeverbände und sonstige Bauherren kamen auf 6 bzw. 5%. Die Höhe der von den einzelnen Bauherren bereitgestellten Gelder hing unmittelbar von der jeweiligen konjunkturellen Situation ab. Ein gutes Beispiel bietet hierfür die Rezession 1966/67. Zu Lasten des Bundes gingen 1966 rund 75% des Auftragsrückganges. Der Bund war es aber auch, der 1967 im Zuge der antizyklischen Fiskalpolitik den Hauptanteil an der Auftragssteigerung im Tiefbau stellte. Er vergrößerte seine Vergabesumme um fast 50%, während jene des Landes um etwas mehr als die Hälfte eingeschränkt wurde. Der hohe Auftrags-

rückgang beim Land 1967 beruht auf zwei Gründen. Zum einen erlaubte es die angespannte Haushaltslage nicht, sich der antizyklischen Finanzpolitik des Bundes anzuschließen, zum anderen gibt der in dieser Statistik ausgewiesene Wert nur bedingt Aufschluß über die wirklichen Aufwendungen des Landes für den Tiefbau. Der Grund ist in den steigenden Zuweisungen des Landes an die Gemeinden zu sehen, die eine Verschiebung in der Weise bewirkte, daß die Vergaben des Landes sich verminderten, diejenigen der Gemeinden aber anstiegen.

Mit Ausnahme der wasserwirtschaftlichen Tiefbauten war der Bund in dem zehnjährigen Berichtszeitraum bei den restlichen Bauobjekten der größte Auftraggeber. Im einzelnen entfielen auf ihn bei Tiefbauten an Bundeswasserstraßen 93%, bei

sonstigen Tiefbauten 82%, bei Straßenbrückenbauten 83% und bei Straßenbauten 53%. Nahezu drei Viertel der wasserwirtschaftlichen Tiefbauaufträge wurden von den Gemeinden vergeben, bei den Straßenbauten brachten es die Kommunen auf 21%. Der Landesanteil belief sich hier auf 15%. Die insgesamt vom Bund vergebenen Mittel waren hauptsächlich für Straßenbauten (56%) bestimmt. Zusammen mit den Vergaben für Straßenbrückenbauten (17%) entfielen somit auf alle Straßenverkehrsbauten fast drei Viertel der veranschlagten Gelder. Beim Land lag dieser Wert mit 96% noch weitaus höher, während er sich bei den Gemeinden auf 50% stellte.

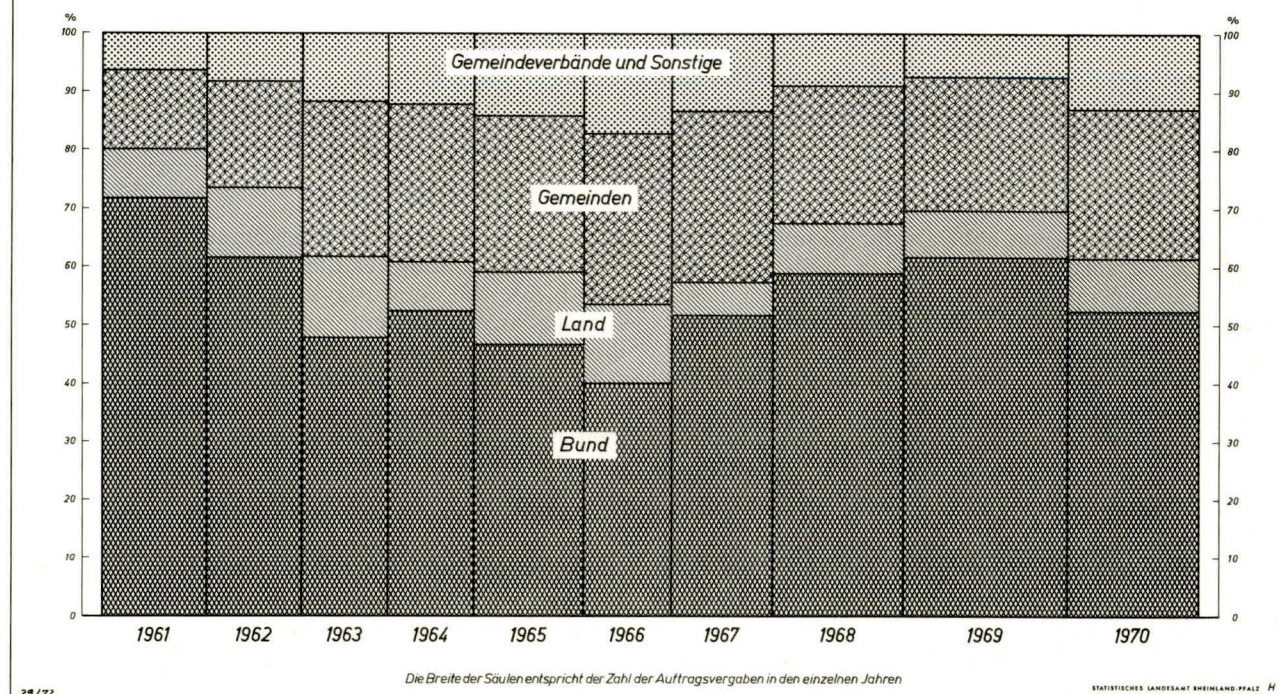
Schwergewicht neuerdings bei Langzeitaufträgen

Eine Aufgliederung der Aufträge nach der vertraglich vorgesehenen Abwicklungsdauer oder Bauzeit ist für die Beurteilung der Auftragsituation im Tiefbaugewerbe von großer Bedeutung. Durch die besondere Struktur dieses Wirtschaftszweiges ist es unmöglich, Leistungen auf Vorrat zu erstellen und damit in Zeiten übersteigerter Nachfrage auf Lager zurückzugreifen. Die zeitliche Anhäufung von Bauaufträgen kann in verschiedenen Fällen zu einer Überbeanspruchung der Auftragnehmer mit allen unerwünschten Nebenerscheinungen, wie Preiserhöhungen oder unsachgemäße Bauausführung, führen, wenn nicht durch eine Streckung der Ausführungszeit und somit durch Abbrechen der Nachfragespitzen ein Ausgleich geschaffen wird. Dieser Sachverhalt legt den öffentlichen Auftraggebern eine große Verantwortung auf, da es in ihrer Hand liegt, die Schätzungen und Berechnungen

vorzunehmen, wie lange die technisch erforderliche Bearbeitungszeit der im allgemeinen vordringlichen Arbeiten verzögert werden kann, um Auftragshäufungen zu vermeiden und eine gleichmäßige Abwicklung der Aufträge zu ermöglichen.

In der amtlichen Tiefbaustatistik werden vier Kategorien von Ausführungszeiten unterschieden: Sofortaufträge mit einer Bearbeitungszeit bis zu drei Monaten (Typ A), kurzfristige Aufträge von drei bis sechs Monaten (Typ B), mittelfristige von sechs bis zwölf Monaten (Typ C) und langfristige mit einer Fertigungszeit von mehr als zwölf Monaten (Typ D). Bei der Gesamtbetrachtung entfielen von 1961 bis 1970 rund 22% auf den Typ A und jeweils 26% auf die Typen B, C und D. Werden jedoch zu Vergleichszwecken die einzelnen Jahre herangezogen, so ergeben sich deutliche Differenzierungen. Sofortaufträge nahmen von 1961 bis 1963 konstant zu, verminderten sich in den beiden folgenden Jahren, um 1966 wieder anzusteigen und dann bis 1969 ständig abzusinken. Einen umgekehrten Verlauf zeigen hingegen die Vergaben von mehr als zwölf Monaten Dauer. Hier ist von 1967 bis 1970 eine ständige Verschiebung zum Typ D mit Steigerungen des Anteils von 23 auf 36% zu vermerken. Bei Differenzierung dieser für alle Bauherren geltenden Globalzahlen nach dem Auftraggeber ergibt sich die Grundtendenz, daß Objekte mit kurzfristigen Ausführungszeiten vorwiegend von den Gemeinden, Tiefbauvorhaben, die innerhalb eines Jahres zu realisieren sind, vom Land und Aufträge mit noch längeren Ausführungszeiten vom Bund vergeben werden. Das ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, daß der Bund am stärksten bei

*Anteile der Bauherren
an den öffentlichen Auftragsvergaben im Tiefbau 1961-1970*



Jahr	Insgesamt	Mit einer vorgesehenen Ausführungszeit							
		bis 3 Monate		über 3 - 6 Monate		über 6 - 12 Monate		über 12 Monate	
		1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1961	567 764	105 808	18,6	117 319	20,7	129 572	22,8	215 065	37,9
1962	519 040	112 165	21,6	141 985	27,4	140 703	27,1	124 187	23,9
1963	475 030	121 296	25,5	192 735	40,6	122 658	25,8	38 341	8,1
1964	468 959	112 779	24,0	132 260	28,2	112 024	23,9	111 896	23,9
1965	604 553	142 331	23,5	170 975	28,3	160 155	26,5	131 092	21,7
1966	490 410	131 995	26,9	126 866	25,9	148 691	30,3	82 858	16,9
1967	570 741	146 645	25,7	140 857	24,7	154 552	27,1	128 687	22,5
1968	722 457	150 172	20,8	212 346	29,4	183 008	25,3	176 931	24,5
1969	921 427	154 558	16,8	186 045	20,2	266 974	28,9	313 850	34,1
1970	722 931	134 181	18,6	151 016	20,9	179 306	24,8	258 428	35,7
1961 - 1970 i n s g e s a m t	6 063 312	1 311 930	21,6	1 572 404	25,9	1 597 643	26,4	1 581 335	26,1

Großprojekten wie Brückenbau, Tiefbau an Bundeswasserstraßen und Autobahnen engagiert ist.

Autobahnbau in Zukunft überwiegend

Eine Vorhersage der Entwicklung der öffentlichen Auftragsvergaben im Tiefbau in den nächsten Jahren erscheint wegen der vielen wirtschafts-politischen Unsicherheitsfaktoren nahezu unmöglich. Durch die in heutiger Zeit gegebene wirtschaftliche Integration hängt die Entwicklung der Auftragsvergaben im Tiefbau nicht nur von der künftigen Leistungskraft des Landes und des Bundes ab, sondern darüber hinaus auch von der Europäischen Gemeinschaft und dem weiteren internationalen Rahmen. Ist auch die Gestaltung des allgemeinen Konjunkturverlaufs ungewiß, so lassen sich dennoch an Hand der geplanten Tiefbaumaßnahmen Tendenzen für die nächsten Jahre aufzeigen. Der zweite Ausbauplan für die Bundesfernstraßen, der 1971 anließ und bis 1985 abgeschlossen sein soll, sieht in Rheinland-Pfalz eine größere Anzahl von

Neubauprojekten vor, wobei die Fertigstellungen jener Autobahnen, mit deren Bau bereits begonnen wurde, und der Bau ganz neuer Autobahnverbindungen an erster Stelle der geplanten Maßnahmen stehen. Die Realisierung der Verkehrsplanungen in Rheinland-Pfalz wird dazu führen, daß künftig keine Gemeinde weiter als etwa 20 km von einer Bundesautobahn entfernt liegen wird. Neben den Anstrengungen im Straßenverkehrsbau wird im wasserwirtschaftlichen Tiefbau dem Ausbau der Häfen und der zur Zeit in Gang befindlichen Rheinrinnen-Vertiefung eine wichtige Bedeutung zukommen. Durch gezielte Auftragsvergabe der öffentlichen Hand im Tiefbau, und hier besonders im Straßenverkehrsbau, wird ein notwendiger Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur geleistet, wobei speziell die Beseitigung oder Verminderung bestehender wirtschaftlicher Gefälle zwischen Randgebieten und Kernräumen mit dazu beiträgt, die Wirtschaftskraft in allen Teilen des Landes zu verbessern.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Einnahmen und Vermögen der gesetzlichen Krankenversicherung 1967 bis 1970

Das Leistungsniveau der gesetzlichen Krankenversicherung, das heißt der Ende 1970 in Rheinland-Pfalz bestehenden 40 Orts-, 2 Land-, 51 Betriebs- und 7 Innungskrankenkassen mit Sitz im Lande, ist bereits an dieser Stelle kurz analysiert worden, und zwar mittels der wichtigsten Eckdaten über Leistungsfälle, Leistungsaufwand und Verwaltungsaufwand¹⁾. Im Folgenden soll nun dargestellt werden, welche finanziellen Hintergründe dieses Leistungsniveau bestimmen, wie also Leistungs- und Verwaltungsaufwand durch Reineinnahmen und Vermögenserträge finanziert werden. Zugleich scheint auch ein Blick auf die strukturelle Zusammensetzung des Vermögens und ihre Veränderung im Laufe des Berichtszeitraumes angebracht.

Von 912 Mill. DM Einnahmen waren 96% Beiträge der Versicherten

Nach § 385 der Reichsversicherungsordnung sind für die gesetzliche Krankenversicherung keine öffentlichen

Zuschüsse vorgesehen. Vielmehr unterliegen die Kassen der Verpflichtung, auf lange Sicht selbst für die Deckung der anfallenden Ausgaben zu sorgen. Diese Deckung soll grundsätzlich erreicht werden durch Beiträge der Mitglieder und durch andere Einnahmen (Vermögenserträge, Erstattungen, bei Betriebskrankenkassen Zuschüsse der Arbeitgeber u. ä.). Das Beitragsaufkommen hängt weitgehend von der Höhe der Grundlöhne und der Beitragssätze ab. In einzelnen Jahren können Überschüsse oder Defizite entstehen, die sich auf die Höhe der Rücklagen auswirken. Sind aber Überschreitungen oder Nichterreichen des Ausgabenpegels durch die Einnahmen auf Dauer abzusehen, so wird die einzelne Kasse immer den Beitragssatz als Regulativ benutzen, um das finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen. Allerdings soll der Beitragssatz nicht über einen bestimmten Satz des Grundlohnes steigen. Als Grundlohn ist hierbei nach § 180 der RVO der auf den Kalendertag entfallende Teil des Arbeitsentgelts definiert, wobei in den Jahren 1967 und 1968 dieses Arbeitsentgelt bis zu 30 DM je Kalendertag (= 900 DM je Kalendermonat), 1969 bis zu 33 DM täg-

¹⁾ P. Baron: Leistungsniveau der gesetzlichen Krankenversicherung 1967-1970. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 25, Heft 2, Februar 1971.

lich (= 990 DM monatlich) und 1970 bis zu 40 DM täglich (= 1 200 DM monatlich) bei der Anwendung des Satzes berücksichtigt wurde. Überschreitungen des Satzes von 11% waren gemäß §§ 389 und 390 RVO bis einschließlich 1969 grundsätzlich nur nach übereinstimmendem Beschluß der Arbeitgeber und Versicherten in der Vertreterversammlung zulässig. Ab 1970 wurde diese Höchstgrenze durch Neufassung der beiden genannten Paragraphen der RVO als Folge des Lohnfortzahlungsgesetzes und des Krankenversicherungsänderungsgesetzes vom 27. Juli 1969 (in Kraft getreten am 1. Januar 1970) auf 8% gesenkt. Von diesem Zeitpunkt ab erfolgte eine erhebliche Belastungsverlagerung zwischen Kassen und Arbeitgebern, indem letztere wesentliche Teile der bisher von den Kassen getragenen Barleistungen der Krankenhilfe übernehmen mußten. Durch die Senkung der Beitragssätze wurden also die Versicherten vom 1. Januar 1970 an spürbar entlastet, und auch für die Arbeitgeber war die Mehrbelastung nicht so groß wie bei einer Beibehaltung der Obergrenze des Beitragssatzes von 11%, den zudem manche Kasse schon überschritten hatte.

Die Bedeutung der Beiträge für die Finanzlage der Krankenkassen wird ganz deutlich unterstrichen durch ihre Stellung innerhalb der Einnahmearten. Bei einem Gesamtaufkommen an Einnahmen in Höhe von 912 Mill. DM im Jahre 1970 betrugen beispielsweise die Beitragseinnahmen 874 Mill. DM oder 96%. Auch in den Jahren 1967 bis 1969 bewegte sich der Anteilsatz in der gleichen Größenordnung. Infolge der ungewöhnlich starken Steigerung der Arbeitsentgelte in den Jahren 1969 und 1970 erhöhten sich von 1966 bis 1970 die Beitragseinnahmen um fast ein Drittel, 1967 war dagegen nur ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 6% festzustellen, 1968 betrug die Steigerung insgesamt 12%, für versicherungspflichtige Mitglieder sogar 14,5%. Neben dem nach der Rezession 1966/67 wieder anziehenden Verdienstniveau spielen hier auch die gemäß § 209 a RVO eingegangenen Nachzahlungen für Wehrpflichtige für die Zeit vom 1. Juli 1961 bis zum 31. Dezember 1967 eine gewisse Rolle. 1970 war die Verdienststeigerung sogar derart gravierend, daß der tendenziell durch die Senkung der

Beitragssätze implizierte Beitragsrückgang mehr oder weniger kompensiert wurde. Die Beiträge allein (ohne andere Einnahmen) lagen 1970 mit der Summe von 874 Mill. DM in der Größenordnung sämtlicher Leistungs-, Verwaltungs- und sonstigen Aufwendungen der Kassen (899 Mill. DM), so daß im Schnitt die Finanzlage in diesem Jahr als zufriedenstellend bezeichnet werden darf. Das schließt nicht aus, daß sich für einzelne Kassen je nach Zusammensetzung des Mitgliederbestandes ein erheblich ungünstigeres Bild ergab. Es sei noch erwähnt, daß sich, entsprechend der Mitgliederstruktur, die Beitragseinnahmen für versicherungspflichtige und versicherungsberechtigte Mitglieder 1970 im Verhältnis 91 zu 9 aufteilten, ein Verhältnis, welches in etwa auch für 1969 und 1968 galt. 1967 dagegen, vor Inkrafttreten des Finanzänderungsgesetzes vom 21. Dezember 1967 zum 1. Januar 1968, gehörten noch viele nun pflichtversicherte Rentner als freiwillige Mitglieder den Kassen an, so daß sich damals das genannte Verhältnis auf 89 zu 11 gestellt hatte.

Die Vermögenserträge haben sich seit 1967 von 5,7 Mill. DM kontinuierlich bis auf 8,6 Mill. DM gesteigert. Auch die Erstattungen - sie bilden die zweitwichtigste Einnahmequelle - haben sich etwas erhöht, und zwar auf 22 Mill. DM im Jahre 1970. Unter den übrigen Einnahmen sind nur noch die Einnahmen aus Ersatzansprüchen gegen Dritte von einer erwähnenswerten Größenordnung, sie stellten sich 1967 auf 4,7 Mill. DM, 1970 auf 6,2 Mill. DM.

Rohvermögen seit 1960 um 216%, Reinvermögen um 146% gestiegen

Das aktive Rohvermögen der RVO-Kassen mit Sitz in Rheinland-Pfalz belief sich 1970 auf 268 Mill. DM. 1960 lag dieser Wert erst bei 85 Mill. DM und 1965 bei 174 Mill. DM. Ein besonders starker Sprung war von 1966 auf 1967 zu beobachten, denn in diesem einen Jahr wuchs das Vermögen allein um 34 Mill. DM an. Besonders die langfristigen

Reineinnahmen der RVO-Kassen mit Hauptsitz in Rheinland-Pfalz nach Einnahme- und Kassenarten 1967 und 1970

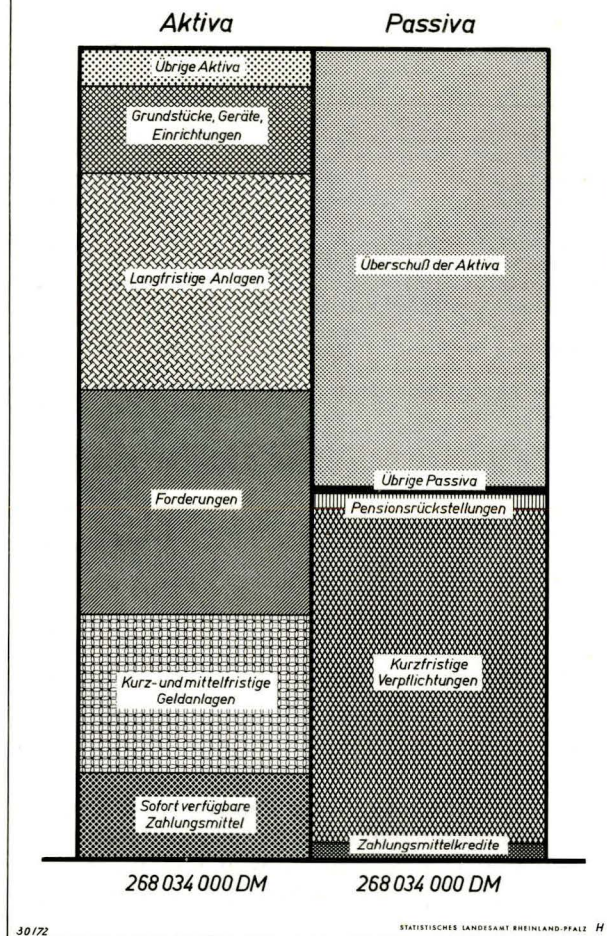
Art der Einnahmen	1967					1970				
	ins- gesamt	Orts-	Land-	Be- triebs-	Innungs-	ins- gesamt	Orts-	Land-	Be- triebs-	Innungs-
	1 000 DM									
Beiträge	700 645	577 581	1 626	88 333	33 106	873 898	727 098	1 922	109 225	35 653
Versicherungspflichtige Mitglieder	623 709	512 038	1 072	79 680	30 919	794 072	665 622	1 254	95 474	31 722
Versicherungsberechtigte Mitglieder	76 937	65 543	554	8 654	2 186	79 826	61 476	668	13 751	3 931
Vermögenserträge	5 747	4 050	5	1 278	413	8 646	6 118	14	1 790	724
Rechnungsmäßiger Überschuß der Eigenbetriebe	71	71	-	-	-	74	74	-	-	-
Erstattungen	18 978	15 393	29	2 660	896	22 005	17 995	56	2 949	1 005
Zuschüsse von Arbeitgebern	201	-	-	201	-	224	-	-	224	-
Einnahmen aus Ersatzansprüchen gegen Dritte nach § 1542 RVO	4 729	3 898	7	553	271	6 165	5 165	5	647	348
Strafgelder	161	137	2	13	10	49	42	-	4	3
Gewinne durch Wertsteigerung der Aktiva	258	235	0	21	2	368	359	0	8	1
Gewinne durch Wertminderung der Passiva	2	-	-	-	2	39	39	-	-	-
Sonstige Einnahmen	153	149	1	2	1	357	355	0	2	0
Insgesamt	730 945	601 513	1 670	93 062	34 700	911 825	757 245	1 997	114 849	37 734

Anlagen schnellten von 36 Mill. DM um 16 Mill. DM auf 52 Mill. DM. hoch. 1970 standen letztere bei 72 Mill. DM. Im Zusammenhang mit den Aktiva müssen selbstverständlich die Passiva gesehen werden, denn letztlich ist für die finanzielle Lage der Kassen vor allem das Reinvermögen, der Überschuß der Aktiva über die Passiva also, interessant. Hier nun ergab sich für 1970 ein Wert von 145 Mill. DM, 1960 hatte er bei 59 Mill. DM und 1967 bei 155 Mill. DM gelegen. Während die Steigerungsrate des Rohvermögens von 1960 bis 1970 nicht weniger als + 216% betrug, stellte sich der entsprechende Wert für das Reinvermögen auf + 146%, das heißt die Passiva haben sich relativ stärker ausgedehnt als die Aktiva. Innerhalb der Kassenarten verlief die Entwicklung von Roh- und Reinvermögen in dem betrachteten Zehnjahreszeitraum recht unterschiedlich. Bei den Ortskrankenkassen stellten sich die beiden Steigerungsraten auf + 210% und + 126%, bei den Landkrankenkassen auf + 147% und + 107%, bei den Betriebskrankenkassen auf + 179% und + 155% und endlich bei den Innungskrankenkassen auf + 453% und + 471%. Die zuletzt genannte Kassenart hatte als einzige eine relativ stärkere Ausdehnung der Aktiva im Vergleich zu den Passiva und damit die stärkste Reinvermögensausdehnung zu verzeichnen. Auch bei den Betriebskrankenkassen war das Verhältnis noch recht günstig.

Beim aktiven Rohvermögen hatten 1970 mit fast 28% die Forderungen der Kassen, welche zum größten Teil Beitragsforderungen waren, das größte Gewicht, zu einem geringeren Teil die Forderungen an die Unfall- und Rentenversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit aus Versicherungs- und Beitragsleistungen. In der gleichen Größenordnung lagen die langfristigen Anlagen mit etwa 27% des Rohvermögens. Die kurz- und mittelfristigen Geldanlagen brachten es auf fast ein Fünftel, während sofort verfügbare Zahlungsmittel, Grundstücke, Geräte und Einrichtungsgegenstände für die Verwaltung, welche jeweils gut ein Zehntel des Rohvermögens ausmachten, in weitem Abstand folgten. Die übrigen Posten waren ziemlich bedeutungslos. Nach Kassenarten unterschieden variierte diese Aufteilung recht erheblich. So hatten beispielsweise Grundstücke, Geräte und Einrichtungsgegenstände bei den Betriebskrankenkassen überhaupt kein Gewicht (0,5%), weil sie weitgehend von den Arbeitgebern zur Verfügung gestellt wurden, andererseits brachten es hier die langfristigen Anlagen auf 37%. Bei den Innungskrankenkassen erreichte diese Vermögensart sogar knapp 42%. In dem Zeitraum von 1967 bis 1970 unterlagen die Anteilswerte der einzelnen Vermögensarten gewissen Schwankungen, ohne daß sich dadurch allerdings das Strukturbild in seiner Gesamtheit wesentlich veränderte.

Unter den Passiva erreichten die kurzfristigen Verpflichtungen den bei weitem größten Umfang, denn sie lagen in allen untersuchten Jahren bei einem Anteil von etwa 90%. Es handelte sich im wesentlichen um Ansprüche der Versicherten auf Lei-

Vermögensübersicht der RVO-Kassen 1970



stungsgewährung. Wie bisher schon immer war dieser Posten bei den Betriebskrankenkassen weitaus am stärksten vertreten, er stellte sich 1970 auf einen Anteil von fast 99%, 1967 waren es sogar knapp 100%. Für alle Kassenarten zusammen waren nur noch die Zahlungsmittelkredite mit nicht ganz 5% und die Pensionsrückstellungen mit 4% von einiger Bedeutung. Dieser letzte Wert spielte aber nur für die Ortskrankenkassen eine Rolle, bei allen anderen Kassenarten sind keine Pensionsrückstellungen vorhanden. 1967 machten sie bei den Innungskrankenkassen immerhin noch 13% der Passiva aus. Inzwischen sind aber die Land- und Innungskrankenkassen auf gemeinsamen Beschluß einer Versorgungskasse beigetreten, in welche seitdem Umlagen gemäß dem Stellenplan für Dienstordnungs-Angestellte - sie besitzen einen beamtenähnlichen Status und unterliegen nicht der Sozialversicherungspflicht - einzuzahlen sind. Diese Umlagen können nicht unter dem Vermögensstand nachgewiesen werden, sie erscheinen vielmehr bei den indirekten leistungsunabhängigen Kosten unter den sonstigen Aufwendungen. Auch bei den Ortskrankenkassen, welche eine besonders große Anzahl von DO-Angestellten beschäftigen, scheint sich eine ähnliche Entwicklung angebahnt zu haben, denn bei ihnen gingen die Pensionsrückstellungen von 1967 bis 1970

Vermögen der RVO-Kassen mit Hauptsitz in Rheinland-Pfalz am 31. Dezember 1967 und 1970

Aktiva Passiva	1967					1970				
	ins- gesamt	Orts-	Land-	Be- triebs-	Innungs-	ins- gesamt	Orts-	Land-	Be- triebs-	Innungs-
		krankenkassen					krankenkassen			
1 000 DM										
Aktiva										
Sofort verfügbare Zahlungsmittel	28 808	19 580	56	7 285	1 886	28 435	21 429	49	5 501	1 456
Kurz- und mittelfristige Geldanlagen	42 400	33 966	65	4 910	3 458	52 381	44 257	112	5 454	2 558
Forderungen	74 206	59 454	212	10 857	3 684	74 235	58 825	142	11 071	4 197
auf Beiträge für die Krankenversicherung	41 220	32 871	106	5 825	2 418	48 547	38 767	58	6 965	2 757
an andere Sozialversicherungsträger	8 320	6 495	8	1 329	488	7 697	5 865	9	1 364	459
Langfristige Anlagen	51 746	36 509	43	9 386	5 807	71 528	49 246	86	13 433	8 763
Rücklageguthaben bei dem Träger der Gemeinschaftsaufgaben	-	-	-	-	-	45	-	-	45	-
Grundstücke, Geräte und Einrichtungs- gegenstände für die Verwaltung	22 112	21 588	7	110	407	28 834	25 379	6	169	3 280
Grundstücke, Geräte und Einrichtungs- gegenstände für Eigenbetriebe	105	105	-	0	-	136	136	-	0	-
Zeitliche Rechnungsabgrenzung	1 471	1 404	9	6	52	1 966	1 817	7	22	120
Sonstige Aktiva	872	286	0	584	2	10 474	8 917	28	802	727
Insgesamt	221 719	172 892	392	33 138	15 297	268 034	210 006	429	36 498	21 101
Passiva										
Zahlungsmittelkredite	-	-	-	-	-	5 612	5 612	-	-	-
Kurz- und mittelfristige Kredite	36	16	-	20	-	50	-	-	50	-
Kurzfristige Verpflichtungen	59 865	46 791	156	10 015	2 903	110 421	89 243	248	15 591	5 339
Langfristige Verpflichtungen	1 276	1 271	-	5	-	1 082	564	-	140	378
Rückstellungen für Zusatzsterbegeld der Rentner	63	63	-	-	-	7	7	-	-	-
Pensionsrückstellungen	4 520	4 080	-	-	440	4 944	4 944	-	-	-
Zeitliche Rechnungsabgrenzung	699	665	6	18	10	983	909	3	41	30
Sonstige Passiva	31	21	-	10	-	23	21	-	2	-
Insgesamt	66 489	52 907	163	10 067	3 353	123 122	101 300	251	15 824	5 747

immerhin von etwa 8% der Passiva auf 5% zurück. Die Betriebskrankenkassen kennen solche Rückstellungen und Umlagen nicht, weil hier die Kassen-
geschäfte von kaufmännischen Angestellten des Un-

ternehmens geführt werden, die einen normalen Anspruch gegenüber der Angestelltenversicherung besitzen.

Dr. P. Baron

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970			1971				1972
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 645	3 659	3 659	3 660	3 681
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 304	2 305	1 716	2 337	1 375	2 293	1 620	2 286 ^p	1 451 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,3	5,7	7,4	4,4	7,3	5,4 ^p	7,3 ^p	4,6 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 373	4 059	3 708	4 451	3 569	3 513	3 810	3 731 ^p	3 627 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	11,0	12,2	14,2	11,4	11,2	12,6 ^p	11,9 ^p	11,6 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 345	3 641	3 666	3 928	3 738	3 379	3 722	4 050 ^p	4 472 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,9	12,1	12,5	11,9	10,8	12,3 ^p	13,0 ^p	14,3 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	103	88	128	84	67	85
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	25,4	23,7	28,8	23,5	19,1	22,3
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	418	42	523	- 169	134	88	- 319 ^p	- 845 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	1,1	0,1	1,7	- 0,5	0,4	0,3 ^p	- 1,0 ^p	- 2,7 ^p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	10 822	10 714	9 177	9 179	12 584
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	9 085	9 679	9 639	7 661	10 718
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	1 737	1 035	- 462	1 518	1 866
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 017	10 417	10 788	10 032	9 313	11 940
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8,4	9,5	6,8	13,1	22,2	8,2	11,5	17,3	25,4
* Männer	1 000	6,8	6,5	3,4	8,9	17,0	4,1	6,5	11,5	18,6
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Berufe	Anzahl	755	905	137	703	2 987	100	525	1 149	3 645
Bauberufe	Anzahl	948	933	178	1 434	3 057	351	816	1 568	2 932
Industrielle und handwerkliche Berufe										
Berufe	Anzahl	4 372	4 705	3 553	7 014	10 398	3 589	5 144	8 536	10 847
Offene Stellen										
Männer	Anzahl	27 607	33 113	27 267	23 678	24 796	25 993	22 116	19 262	21 923
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Berufe	Anzahl	327	461	413	377	456	229	209	183	225
Bauberufe	Anzahl	2 508	3 110	2 479	1 827	2 070	2 393	1 693	1 364	1 797
Industrielle und handwerkliche Berufe										
Berufe	Anzahl	15 003	16 790	13 682	11 586	11 829	11 362	9 379	7 833	8 890
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	726	.	726	.	.	.	687	.
* Milchkühe	1 000	298	266	.	266	.	.	.	252	.
* Schweine	1 000	722	827	.	827	.	.	.	741	.
* Zuchtsauen	1 000	56	77	.	77	.	.	.	69	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	33	46	.	46	.	.	.	42	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	17	20	22	22	21	21	22	21	20
* Kälber	1 000	5	2	2	2	2	1	1	2	1
* Schweine	1 000	101	100	117	116	106	100	119	114	110
* Hausschlachtungen	1 000	24	20	33	40	33	17	33	35	29
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	11,0	11,9	12,4	11,9	11,4	12,3	12,7	11,7	12,1
* Rinder	1 000 t	4,2	5,2	5,3	5,4	5,2	5,3	5,4	5,1	5,2
* Kälber	1 000 t	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,4	6,5	6,9	6,2	6,0	6,9	7,1	6,4	6,8
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)										
* für Legehennenküken	1 000	310	320	83	121	185	63	111	176	173
* für Masthühnerküken	1 000	17	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	18	50	8	53	52	37	46	40	72
Milch										
* Milchherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	83	72	75	76	70	66	69	72
%	%	72,1	79,5	74,2	75,8	79,0	80,5	77,1	78,7	80,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	8,9	9,7	8,5	8,6	9,3	8,6	8,5	8,9	9,3

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970			1971				1972
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	3 005	3 006	3 004	3 006	3 072	3 080	3 086	3 088
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	407	412	409	406	410	409	406	403
* Arbeiter 2)	1 000	294	306	309	306	304	305	304	301	298
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	48	49	48	46	48	48	46	46
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	491	545	663	488	526	603	693	527
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	328	361	419	321	350	395	431	341
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	163	184	244	167	176	208	262	186
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	103	110	118	106	91	97	96	86
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	30 876	27 032	24 139	23 246	15 689	15 189	14 313	15 836
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	195	206	220	240	213	221	222	240
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	788	767	745	778	827	817	807	815
* Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	Mill. kWh	231	313	302	319	354	304	305	330	347
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 331	2 507	2 581	2 127	2 735	2 828	2 822	2 419
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	504	524	610	439	527	570	620	499
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	200	217	198	180	226	234	213	196 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	210	225	210	198	235	246	229	213 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	211	227	210	197	236	247	228	212
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	175	183	198	211	212	228	237	257 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	219	219	197	203	249	245	223	225
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	154	188	138	71	197	178	139	91
Chemische Industrie	1962 = 100	151	256	240	228	259	286	288	271	288
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	280	332	329	247	290	335	343	255
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	237	284	332	169	215	317	417	191
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	162	179	155	166	181	189	162	173
Schuhindustrie	1962 = 100	118	111	121	97	121	112	111	88	116
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	162	195	186	153	206	226	203	164
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	148	174	132	82	178	168	128	97
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	.	103	.	102	.	.	.	102	.
* Umsatz	VjD 1962=100	.	181	.	230	.	.	.	254	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962=100	.	177	.	232	.	.	.	267	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	233	257	271	225	188	223	244	...
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	708	703	755	817	878	879	886	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	928	946	1 012	1 028	1 052	1 087	1 113	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	0,7	0,4	1,0	1,4	0,5	0,6	1,0	...
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	118	131	168	204	185	209	278	...
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	118	132	170	205	185	209	279	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	89	91	89	86	90	88	86	83
Facharbeiter	1 000	51	48	49	48	47	49	48	47	45
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	27	26	25	27	26	25	23
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 871	14 224	11 327	6 823	14 830	13 489	11 385	8 064
Privater Bau	1 000	7 759	7 113	7 762	6 349	3 995	8 310	7 846	6 706	5 048
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 623	5 036	4 058	2 358	5 651	5 257	4 450	3 134
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	164	182	131	84	145	131	134	97
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	2 326	2 544	2 160	1 553	2 544	2 458	2 122	1 817
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 758	6 462	4 978	2 828	6 490	5 643	4 679	3 016
Hochbau	1 000	1 791	1 311	1 464	1 153	732	1 683	1 471	1 283	840
Tiefbau	1 000	4 444	4 447	4 998	3 825	2 096	4 807	4 172	3 396	2 176
Straßenbau	1 000	2 027	2 180	2 456	1 797	812	2 260	1 932	1 540	917
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	99 530	115 376	108 400	64 702	129 756	122 085	122 176	78 283
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	89 676	104 427	95 756	54 298	118 207	109 341	107 942	66 670
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	9 854	10 949	12 644	10 404	11 549	12 744	14 234	11 613
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	255 982	294 434	471 941	232 465	462 202	399 781	560 338	188 080

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Berichtigte Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970			1971				1972
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 143	1 114	456	1 277	1 438	1 148	556	1 442
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 034	964	416	1 167	1 302	994	485	1 299
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 224	1 287	476	1 397	1 578	1 454	688	1 726
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	150 553	164 921	62 879	183 670	209 194	207 375	98 857	242 885
* Wohnfläche	1 000 qm	210	213	231	86	240	249	255	123	302
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
* Umbauter Raum	1 000 cbm	339	273	297	116	279	303	254	130	237
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 067	1 279	2 101	534	1 189	1 409	1 257	489	1 169
* Nutzfläche	1 000 qm	76 216	99 284	144 344	72 204	92 169	131 529	129 230	57 830	143 268
		187	207	310	83	186	246	198	89	205
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	2 790	2 479	2 827	1 014	2 739	2 893	2 988	1 456	3 627
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	116	119	.	.	.	123	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	155	160	.	.	.	179	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	158	162	.	.	.	182	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	158	163	.	.	.	185	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	149	153	.	.	.	168	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	154	158	.	.	.	173	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	124	127	.	.	.	134	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	164	167	.	.	.	185	.	.
Deckenputz	1962 = 100	129	162	164	.	.	.	178	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	171	174	.	.	.	189	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	139	142	.	.	.	159	.	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	.	151	158	.	.	.	178	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	566,3	582,3	617,6	582,4	646,0	671,2	763,9	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	18,8	17,3	14,9	13,7	20,1	19,3	19,2	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	547,4	565,0	602,7	568,7	625,8	651,9	744,7	...
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	9,7	9,8	9,1	6,9	9,4	9,8	11,3	...
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	29,6	33,6	33,9	31,1	35,9	32,3	36,6	...
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	508,2	521,6	559,7	530,7	580,6	609,9	696,8	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	195,9	193,9	184,4	231,3	215,3	200,4	224,3	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	312,3	327,7	375,3	299,4	365,3	409,5	472,5	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG-Länder	Mill. DM	88,3	217,6	229,5	232,7	230,3	251,5	284,7	311,2	...
Belgien -Luxemburg	Mill. DM	18,5	38,9	35,8	42,4	41,3	43,5	48,8	50,4	...
Frankreich	Mill. DM	27,0	83,0	91,9	89,0	80,9	96,6	129,2	135,7	...
Italien	Mill. DM	20,0	47,6	53,5	52,7	56,1	56,1	54,8	71,4	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	48,2	48,4	48,6	52,1	55,3	51,9	53,7	...
* EFTA-Länder	Mill. DM	72,1	120,4	124,3	138,1	109,9	157,4	159,5	177,3	...
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,3	11,4	11,6	11,7	15,6	14,5	17,4	...
Großbritannien	Mill. DM	17,3	22,7	25,1	26,7	23,8	37,9	40,2	44,6	...
Österreich	Mill. DM	13,2	23,3	25,0	27,3	18,2	31,7	26,2	32,4	...
Schweden	Mill. DM	10,5	17,0	17,4	20,0	15,0	16,7	18,5	22,7	...
Schweiz	Mill. DM	17,8	33,4	33,9	38,9	30,6	42,7	43,6	43,1	...
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	36,7	40,4	35,4	51,9	40,9	26,6	32,3	...
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	23,0	17,2	21,7	15,6	20,8	17,7	28,1	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	...	390,8	410,9	431,8	389,2	497,3	482,9	529,9	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	...	62,1	67,5	80,9	64,4	81,4	76,8	92,8	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	...	328,7	343,5	350,9	324,8	415,9	406,1	437,1	...
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 803	21 576	19 879	15 936	25 409	23 173	17 687	...
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	40 707	50 553	43 618	40 326	52 983	54 175	54 686	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	98	97	100	101	99	98	99	98	...
* Umsatz										
Waren verschiedener Art	1962 = 100	122	158	176	228	147	180	190	230	...
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	158	229	289	391	226	248	297	384	...
Bekleidung- und Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	114	138	139	171	128	141	143	173	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	114	146	187	232	133	199	217	239	...
Elektrotechn., feinmechanische und optische Erzeugnisse	1962 = 100	122	170	193	267	148	206	228	275	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1962 = 100	120	152	174	338	130	150	176	330	...
	1962 = 100	127	154	159	168	126	198	176	161	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970		1971				1972
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Gastgewerbe									
Beschäftigte	1962 = 100	107	113	108	103	103	120	107	104
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	197	183	179	239	189	176	...
* Umsatz	1962 = 100	132	162	137	140	141	209	144	142
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	212	159	120	110	361	163	125
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	156	131	134	137	195	138	136
Fremdenverkehr									
in 286 Berichtsgemeinden									
* Fremdenmeldungen	1 000	221	246	135	103	113	354	147	106
* Auslands Gäste	1 000	44	58	16	13	14	47	16	11
* Fremdenübernachtungen	1 000	821	890	490	384	398	1 104	539	411
* Auslands Gäste	1 000	89	132	36	31	31	100	36	29
Verkehr									
Binnenschifffahrt									
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 311	3 176	3 109	1 799	2 754	2 436	2 623
* Gütereingang	1 000 t	1 356	1 582	1 467	1 594	994	1 435	1 197	1 389
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 729	1 709	1 515	805	1 319	1 239	1 234
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre									
Bergverkehr									
Güterschiffe	Anzahl	4 721	3 594	3 606	3 048	3 796	4 646	3 809	4 081
Ladung	1 000 t	3 472	2 836	2 772	2 346	2 173	1 759	1 511	2 310
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	82	87	83	85	62	41	43	59
Talverkehr									
Güterschiffe	Anzahl	4 830	3 894	3 831	3 574	4 128	5 264	4 213	4 453
Ladung	1 000 t	1 246	1 464	1 198	1 215	810	818	608	923
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	77	85	77	80	58	37	39	49
Straßenverkehr									
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	11 108	10 252	9 848	8 684	11 340	9 445	6 774
Krafträder und Motorroller	Anzahl	32	47	21	14	16	56	39	40
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	6 846	9 856	9 133	8 883	7 554	10 137	8 369	5 765
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	696	632	587	692	676	643	584
Zugmaschinen	Anzahl	546	450	422	335	367	409	333	331
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	366	224	191	164	283	276	224
Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen									
Beförderung Personen	1 000	20 990	24 891	27 362	26 807	26 465	30 250	28 116	28 698
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	22 307	24 217	23 819	23 253	26 195	24 284	25 080
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	2 182	2 851	2 733	2 990	3 541	3 500	3 325
Berufsverkehr	1 000	576	747	745	753	821	932	802	917
Schülerverkehr	1 000	56	1 434	2 105	1 977	2 169	2 608	2 696	2 406
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	402	294	255	222	514	332	293
Ausflugsfahrten	1 000	92	93	74	52	41	111	64	51
Ferienziel - Reisen	1 000	1	1	-	1	2	1	0	1
Mietwagenverkehr	1 000	295	308	220	202	179	402	268	241
Wagenkilometer	1 000	8 951	11 020	10 688	10 135	10 054	12 282	11 167	10 718
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	5 696	7 399	7 330	8 025	6 727	7 957	7 961	7 348
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 592	1 871	1 914	1 804	1 351	2 032	1 896	1 719
Unfälle mit nur Sachschaden bis 1 000 DM bei jedem	Anzahl	4 104	5 528	5 416	6 221	5 376	5 925	6 065	5 629
Beteiligten	Anzahl	3 508	4 627	4 436	5 214	4 494	4 751	4 884	4 517
über 1 000 DM bei einem	Anzahl	596	900	980	1 007	882	1 174	1 181	1 112
Beteiligten	Anzahl	83	101	111	88	70	116	116	112
* Getötete Personen	Anzahl	36	54	59	44	33	61	59	59
Pkw - Insassen	Anzahl	28	27	42	29	30	27	37	41
Fußgänger	Anzahl	2 216	2 720	2 723	2 594	1 897	2 939	2 636	2 486
* Verletzte Personen	Anzahl	1 306	1 813	1 881	1 822	1 350	1 935	1 822	1 816
Pkw - Insassen	Anzahl	355	370	371	402	319	357	379	322
Fußgänger	Anzahl	741	924	951	904	618	1 011	860	843
Schwerverletzte	Anzahl	393	528	565	560	389	623	512	558
Pkw - Insassen	Anzahl	160	182	211	210	153	185	209	165
Fußgänger	Anzahl								
Bundespost									
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 629	40 364	45 448	35 934	47 809	50 299	55 709
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 129	1 259	1 699	987	1 194	1 278	1 761
Telegramme	1 000	86	60	52	57	43	48	44	60
Postscheckverkehr									
Gutschriften	1 000 DM	773 166	1 068 962	1 115 415	1 277 361	1 125 248	1 040 857	1 094 269	1 209 289
Lastschriften	1 000 DM	772 416	1 065 972	1 084 130	1 283 798	1 122 172	1 038 560	1 071 055	1 253 576
Postsparkassendienst									
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	15 671	12 610	14 502	17 648	17 679	15 981	18 722
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	15 635	16 582	20 834	13 275	22 480	21 132	26 377
Rundfunkgenehmigungen 1)									
Tonrundfunk	1 000	997	1 096	1 103	1 103	1 065	1 069	1 070	1 073
Fernsehrundfunk	1 000	595	938	950	955	934	950	952	956

1) Ab Januar 1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehbeiträge.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970			1971				1972
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	19 655	19 552	19 655	19 788	22 103	22 407	22 898	22 941
* Kurzfristige Kredite 2)	Mill. DM	2 917	5 095	4 904	5 095	5 096	5 513	5 545	5 703	5 690
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 969	4 797	4 969	4 964	5 344	5 376	5 523	5 505
* Mittelfristige Kredite 3)	Mill. DM	1 294	2 177	2 120	2 176	2 207	2 817	2 891	2 952	2 879
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 188	2 035	1 992	2 035	2 062	2 577	2 651	2 712	2 644
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	3	8	10	8	8	6	6	8	8
* Langfristige Kredite 4)	Mill. DM	5 826	12 384	12 528	12 384	12 485	13 773	13 971	14 243	14 372
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 461	9 876	10 033	9 876	9 938	10 770	10 872	11 064	11 131
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	372	1 626	1 630	1 626	1 630	1 669	1 669	1 664	1 674
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	8 531	17 800	17 377	17 800	18 187	19 646	19 953	20 581	20 750
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 898	5 980	5 898	6 162	6 875	7 083	7 125	7 131
* Spareinlagen	Mill. DM	2 258	4 824	4 834	4 824	5 053	5 621	5 852	5 963	5 926
* bei Sparkassen	Mill. DM	5 588	10 493	9 985	10 493	10 610	11 323	11 423	12 013	12 169
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 746	6 650	6 335	6 706	6 709	7 068	7 126	7 502	7 586
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	301	543	542	656	759	593	632	797	944
* Zinsgutschriften	Mill. DM	246	498	469	653	660	516	535	759	814
	Mill. DM	15	44	1	504	14	1	1	552	23
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse	Anzahl	11	17	18	23	18	21	9	24	24
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	3	2	1	-	-	1	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 652	1 796	1 722	1 536	1 512	1 455	1 529	1 368
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 653	3 702	3 939	3 279	3 879	4 191	4 523	7 549
Steuern										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	394 473	303 000	895 467	396 436	405 988	509 704	719 194	573 492
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	254 214	155 297	701 138	214 820	208 023	314 093	525 500	353 171
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	143 909	145 058	383 407	186 389	173 144	254 817	248 789	302 160
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	62 924	8 244	182 825	21 549	26 199	9 583	200 363	17 888
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	8 478	1 669	2 780	1 648	2 642	1 401	5 249	1 588
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	38 904	326	132 126	5 234	6 038	48 292	71 099	31 535
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 259	147 703	194 329	181 616	197 965	195 611	193 694	220 321
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	104 655	123 031	129 095	157 090	135 027	137 014	138 773	182 277
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	35 604	24 672	65 234	24 526	62 938	58 597	54 921	38 044
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	87 189	75 463	126 570	59 007	82 796	88 388	133 230	82 589
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 773	6 495	15 596	5 166	11 647	7 185	12 191	6 356
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	68 394	63 647	99 258	47 903	64 779	74 193	106 010	68 949
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	23 337	28 915	38 865	12 947	25 568	25 123	43 289	15 581
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	23 100	16 516	23 859	13 467	20 727	21 770	22 163	22 591
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 986	7 896	10 708	14 560	9 784	9 606	13 727	18 239
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	38 529	52 186	35 482	33 554	32 972	55 331	35 553	33 877
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	9 801	24 715	4 285	2 533	1 697	24 546	2 004	694
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	19 391	17 958	21 250	20 808	21 303	20 409	22 878	22 997
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 531	5 273	5 362	6 129	5 944	5 589	5 451	6 036
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	171 391	208 603	.	203 880	.	.	.	247 447	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	137 583	.	136 736	.	.	.	175 388	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	12 664	.	13 327	.	.	.	15 335	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 522	.	8 463	.	.	.	8 156	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	28 967	.	25 811	.	.	.	27 288	.
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669	307 171	250 039	599 558	281 177	341 511	367 357	530 219	394 200
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	221 504	210 206	363 346	205 584	219 954	270 554	376 842	282 503
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	112 629	66 917	310 933	92 854	90 058	138 539	231 310	154 182
* Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁷⁾	1 000 DM	-	61 173	86 836	- 9 093	76 992	66 843	73 182	79 886	91 240
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	9 172	4 267	26 025	2 185	30 081	3 502	30 093	3 204
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	229 964	.	255 510	.	.	.	320 765	.
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	76 400	.	162 914	.	.	.	199 732	.

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute und einschl. Bausparkassen. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. der auf Grund des vorläufigen Umsatzsteuerausgleichs zwischen den Ländern vereinnahmten Beträge. - 8) Einschl. Zerlegung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970			1971				1972
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	261	.	.	270	295
* Männliche Arbeiter	DM	201	286	.	.	297	322
Facharbeiter	DM	213	304	.	.	317	344
Angelernte Arbeiter	DM	199	278	.	.	286	312
Hilfsarbeiter	DM	169	238	.	.	242	268
* Weibliche Arbeiter	DM	123	170	.	.	182	195
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,85	.	.	6,24	6,69
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	6,26	.	.	6,70	7,15
Facharbeiter	DM	4,63	6,65	.	.	7,15	7,61
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	6,09	.	.	6,48	6,92
Hilfsarbeiter	DM	3,73	5,22	.	.	5,51	6,00
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	4,18	.	.	4,54	4,81
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,5	.	.	43,3	44,1
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,6	.	.	44,3	45,1
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	40,8	.	.	40,1	40,4
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	40,2	.	.	38,3	40,2
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,2	.	.	39,1	41,0
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	36,3	.	.	35,3	37,0
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	876	1 250	.	.	1 329	1 413
* Männliche Angestellte	DM	1 057	1 515	.	.	1 608	1 700
* Weibliche Angestellte	DM	674	961	.	.	1 026	1 100
Technische Angestellte	DM	1 140	1 615	.	.	1 699	1 822
* Männliche Angestellte	DM	1 172	1 665	.	.	1 752	1 875
* Weibliche Angestellte	DM	783	1 106	.	.	1 172	1 281
im Handel, Kredit- und Versicherungs-										
Kaufmännische Angestellte	DM	651	943	.	.	1 004	1 066
* Männliche Angestellte	DM	646	938	.	.	998	1 060
* Weibliche Angestellte	DM	852	1 235	.	.	1 322	1 397
in Industrie und Handel zusammen	DM	513	736	.	.	785	836
Kaufmännische Angestellte	DM	817	1 181	.	.	1 253	1 335
* Männliche Angestellte	DM	742	1 070	.	.	1 138	1 207
* Weibliche Angestellte	DM	952	1 371	.	.	1 462	1 543
Technische Angestellte	DM	570	820	.	.	873	932
* Männliche Angestellte	DM	1 124	1 590	.	.	1 681	1 806
* Weibliche Angestellte	DM	1 156	1 644	.	.	1 736	1 859
Weibliche Angestellte	DM	769	1 071	.	.	1 149	1 261
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung 1)										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 113	1 125	1 105	1 113	1 130	1 130	1 119	1 118
Pflichtmitglieder	1 000	671	672	679	662	670	681	682	671	668
Rentner	1 000	241	350	353	353	356	362	363	363	364
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	4,7	4,5	5,3	5,0	4,9	5,1	5,6
Männer	%	4,9	5,2	4,8	4,7	5,4	5,0	5,0	5,3	5,7
Frauen	%	4,8	4,9	4,5	4,1	5,1	4,8	4,8	4,7	5,2
Arbeiterrentenversicherung 2)										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	368 909	376 261	376 072	377 029	385 256	386 657	388 073	389 354
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	58 446	102 883	106 785	105 406	110 548	114 110	114 202	115 274	121 442
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	7 988	3 938	6 185	17 929	5 133	6 063	10 401	18 171
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 154	3 393	5 581	17 289	4 483	5 320	9 573	17 222
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 937	1 965	4 671	4 535	2 844	3 163	7 941	6 533
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 700	1 750	4 359	4 425	2 510	2 843	7 383	6 269
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	160	.	159	.	.	.	156	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	26 846	34 078	34 046	34 034	35 140	36 370	36 397	37 869	37 157

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	60 649	60 948	60 985	60 988
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 035	40 065	30 257	35 521	36 181 ^r	39 148 ^p	28 217 ^p	34 361 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	67 564	60 951	62 382	67 832	63 445 ^r	60 056 ^p	60 995 ^p	60 651 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	61 224	60 395	59 573	62 894	55 777 ^r	58 028 ^p	61 787 ^p	68 538 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	20 558	6 340	1 556	2 809	4 938	7 668 ^r	2 028 ^p	- 792 ^p	- 7 887 ^p
Arbeitslose	1 000	147	149	111	129	175	147	170	208	270
Männer	1 000	106	93	54	64	98	71	83	109	159
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	20 969	.	.	20 969	21 501	.	.	19 951 ^p
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	293	310	311	312	314	316	337	305 ^p
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 821	1 555	1 482	1 612	1 587	1 527	1 475	1 574 ^p
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 603	8 686	8 683	8 618	8 565	8 527	8 499	8 426
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	1 020	1 086	1 048	1 007	1 002	1 004	992	939
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	44 072	48 610	46 808	47 862	50 897	49 898	49 384	48 977
Auslandsumsatz	Mill. DM	4 903	8 506	9 044	8 934	9 819	10 052	9 220	9 323	9 718
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	157	164	171	158	161	170	172	151 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	158	164	172	159	162	170	173	153 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	157	163	170	156	160	169	171	149 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	193	200	218	227	191	209	233	231 ^p
Bergbau	1962 = 100	100	99	100	106	101	98	102	106	104 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	161	167	174	160	165	173	175	153 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüter	1962 = 100	125	179	182	183	167	185	187	188	167 ^p
Investitionsgüter	1962 = 100	118	160	166	177	167	160	168	168	144 ^p
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	148	157	165	147	156	170	175	150 ^p
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	139	149	156	141	144	162	167	148 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	139	158	159	125	158	163	151	115 ^p
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 273	9 718	9 541	9 333	9 259	9 071	9 230	9 636
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 981	9 408	9 066	9 148	8 720	8 885	8 984	9 717
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 802	2 788	2 598	2 354	2 497	2 362	2 227	1 918
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 698	3 589	3 393	3 063	3 281	2 145	2 981	2 479
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 686	2 577	2 339	2 212	2 490	2 296	2 192	1 912
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	20 218	21 896	22 052	23 124	20 504	22 656 ^p
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm ³	4 980	6 804	6 715	6 848	7 442	6 412	6 631 ^p
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 529	1 571	1 550	1 515	1 568	1 572	1 544	1 500
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	210	252	231	190	246	243	221	187
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	4 602	5 722	6 061	8 159	6 025	6 358	7 041	9 330
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	57 092	50 480	43 158	66 895	65 947	61 015	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	170	189	193	244	182 ^p	201 ^p	215 ^p	261 ^p
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	159	171	164	168	175	169	172	175 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	138	146	127	132	161 ^p	158 ^p	134 ^p	140 ^p
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	9 134	9 845	9 737	9 884	9 783	10 285	10 117	10 546
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	10 440	11 553	10 414	12 584	11 707	11 814	11 051	12 417
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 306	1 709	677	2 701	1 924	1 529	934	1 870

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	125	139	133	116	113	119
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	140	153	150	134	139
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	163	167	165	163	152	151
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	88	89	91	84	92	87
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	93	100	102	99	99	100	105	...
Geld und Kredit (Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	29 652	36 889	35 570	36 678	36 889	38 456	38 609	39 561	40 292 ^P
Kredite und Einlagen 2)										
Kredite an Nichtbanken 3)	Mill. DM	316 728	543 733 ^T	526 304	532 097	543 733	586 013	592 617	599 000	612 755 ^P
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	71 093	119 605	113 885	114 707	119 605 ^T	129 359	131 014	133 044	138 020 ^P
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	245 635	424 128 ^T	412 419	417 390	424 128	456 654	461 603	465 956	474 735 ^P
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	26 007	37 237 ^T	35 635	36 071	37 237	38 025	38 288	38 447	39 413 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	258 110	447 058	423 529	430 923	447 058	470 657	476 126	483 960	504 002 ^P
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	123 539	200 045	188 414	194 471	200 045	208 871	212 444	218 531	226 234 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	110 677	210 674	198 961	200 192	210 674	224 516	226 300	227 840	239 880 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	131,7	124,9	121,8	119,8	129,7	125,4	122,7	130,4
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	5 152	3 779	3 518	10 020	9 438	4 430	4 360	11 740
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 177	3 187	3 632	3 587	3 267	3 564	3 896	4 004
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 283	2 234	2 374	3 462	2 597	2 483	2 554	3 431
Landessteuern	Mill. DM	546	794	653	1 177	655	638	658	1 208	679
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	107,2	98,1	97,0	96,2	96,0	102,4	103,6	104,3 ^P	106,1 ^P
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel 4) 5)	1962/63=100	104,4	110,8	108,5	108,9	109,5	114,6	114,7	114,7	115,2
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	104,0	107,5	108,5	109,1	109,6	113,1	113,1	113,1	113,3
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	114,6	147,4	.	151,8	.	.	.	166,2	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	97,5	115,6	.	118,8	.	.	.	125,7	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938 = 100	215,8	245,0	245,9	247,1	247,9	260,8	261,4	262,4	263,6
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1958 = 100	117,5	133,5	134,0	134,6	135,1	142,1	142,4	142,9	143,6
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1962 = 100	109,0	123,7	124,2	124,8	125,2	131,7	132,0	132,5	133,1
Preisindex für die Lebenshaltung 9)	1962 = 100	108,7	124,0	124,7	125,3	125,8	131,4	132,0	132,6	133,1
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	117,4	116,7	117,1	117,4	122,4	122,6	123,2	123,9
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	115,8	117,5	118,2	118,4	124,4	125,2	125,9	126,2
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	163,4	165,6	166,5	166,8	175,1	176,5	176,9	177,4
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	127,4	130,8	131,7	132,6	136,3	137,3	138,3	139,3
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	114,1	114,9	116,1	116,6	120,5	121,9	122,9	123,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	1962 = 100	105,2	118,1	119,0	119,3	120,9	127,4	127,6	127,5	127,6
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	140,9	142,4	143,5	144,0	151,9	152,3	152,8	153,1
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	129,4	130,5	131,9	132,2	137,9	138,5	138,9	139,2
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	121,0	121,5	121,7	121,8	128,8	128,9	129,2	129,2
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	179,6	109,8	.	.	.	204,0	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	181,3	189,5	.	.	.	208,9	.	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	182,0	191,7	.	.	.	209,7	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	184,4	192,3	.	.	.	213,3	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,7	99,1	.	.	.	97,4	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,0	98,2	.	.	.	97,7	.	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahniig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.

Steigende Industrieproduktion bei stagnierender Beschäftigtenzahl

Die rheinland-pfälzische Industrie setzte im Jahre 1971 ihre Aufwärtsbewegung fort, wobei gegenüber dem Vorjahr allerdings eine merkliche Verlangsamung des realen Wachstumstempos eintrat. Die Entwicklung im Bundesgebiet wurde jedoch wiederum erheblich übertroffen. Der Index der industriellen Produktion für die verarbeitende Industrie (ohne Bauhauptgewerbe und Energie) stieg im Monatsdurchschnitt um 5,7% gegenüber 1970 (1970: + 8,1%), im Vergleich zu einer Zunahme von nur 1,4% im Bundesgebiet (1970: + 5,8%). Im Gegensatz zu früheren Jahren waren jedoch die Investitionsgüterindustrien 1971 nicht Vorreiter für die Gesamtentwicklung, denn ihr Produktionszuwachs lag mit + 2,9% am Ende der Skala, die von den Nahrungs- und Genussmittelindustrien mit + 9,9% und den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit + 6,8% angeführt wurde (Gummi und Asbest verarbeitende Industrie + 13,2%, chemische Industrie/Mineralölverarbeitung + 7,7%).

Auch in der Umsatzentwicklung blieb die Zuwachsrate mit + 10,0% unter derjenigen des Vorjahres (+ 14,2%), wobei erneut beachtliche Preissteigerungen, die in der Zunahme des Indexes der Erzeugerpreise industrieller Produkte um 4,7% (1970: + 5,9%) zum Ausdruck kommen, zu berücksichtigen sind. Diese Produktions- und Absatzsteigerungen waren möglich, obwohl der Beschäftigteneinsatz der Industrie stagnierte (+ 0,3%; 1970: + 4,8%) und die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden um 2,9% zurückging (1970: + 3,1%). Die Lohn- und Gehaltssumme erhöhte sich im gleichen Maße wie der Umsatz (+ 10,2%). ha

1971 geringere Verdienststeigerungen

In den Jahren 1969 und 1970 lag der Zuwachs der Verdienste mit Raten von + 14 und + 15% weit über denen der Vorjahre. Im Jahre 1971 konnten sich die Verdienste zwar weiter erhöhen, aber nicht mehr in dem gleichen Umfang wie bisher. Die Arbeiter in der Industrie erreichten eine Verbesserung ihrer Bruttowochenlöhne von nur noch 7%, die Arbeiterinnen eine solche von 10%. Kaufmännische Angestellte in der Industrie erzielten Gehaltserhöhungen von rund 9%.

Wird diesen Verdienststeigerungen die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts gegenübergestellt, so ergibt sich bei einer Indexerhöhung von 6,3% ein wesentlich geringerer realer Zuwachs als in den Jahren zuvor. wa

Mehr über dieses Thema auf Seite 61.

4% höhere Handwerkerlöhne

Die Wochenlöhne im Handwerk konnten sich von Mai bis November 1971 um 4% verbessern, während sie im gleichen Zeitraum des Vorjahres noch um 9% angestiegen waren. Der Verdienstsatz zwischen November 1970 und Mai 1971 belief sich auf etwa 6%. Die Lohnsituation ist in diesem Bereich daher ähnlich wie in der Industrie. Die Verdienste stiegen zwar auch noch während des Jahres 1971 an, aber bei weitem nicht in dem Umfang wie in den beiden vorangegangenen Jahren. Es scheint, daß der Arbeitskräftemangel bei einem einsetzenden konjunkturellen Umschwung nachgelassen hat. Darauf läßt auch der Rückgang der Arbeitszeiten, insbesondere der Mehrarbeitsstunden, schließen. Die Löhne im Handwerk haben in Jahresfrist mit fast + 13% zwar etwas stärker angezogen als in der Industrie, blieben aber hinter

dem Anstieg des Jahres 1970 (+ 16%) zurück. Eine weitere Annäherung der Handwerkerlöhne, insbesondere derjenigen der qualifizierten Kräfte, an die in der Industrie gezahlten Verdienste, ist dabei unverkennbar. Ein Vollgeselle verdiente im Durchschnitt 310 DM in der Woche, ein Junggeselle 234 DM. Den Höchstlohn erzielten die Vollgesellen in der Klempnerei mit 357 DM. Dagegen erhielten in der Industrie die Arbeiter im Druck- und Vervielfältigungsgewerbe der Leistungsgruppe 1 mit einem Wochenlohn von 385 DM die höchste Bezahlung. wa

Weniger Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

Die Entwicklung in der rheinland-pfälzischen Bauwirtschaft war 1971 gekennzeichnet durch Stagnation des Beschäftigteneinsatzes (Monatsdurchschnitt — 0,1%), bei einer relativ hohen Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden um 3,0%, wie sie seit 1964 nicht mehr erreicht wurde, und starken Zuwachsraten für die monetären Größen Lohn- und Gehaltssumme (+ 15,2%) und Umsatz (+ 27,1%), wobei das reale Wachstum aufgrund der weiterhin großen Lohn- und Preissteigerungen nicht so hoch ausfiel. Der Preiszuwachs belief sich 1971, gemessen am Preisindex für neugebaute Wohngebäude im Bundesgebiet, auf + 11,1% und lag damit zwar leicht unter demjenigen des Vorjahres (+ 14,9%), blieb aber immer noch sehr stark über dem langfristigen Mittel der Jahre 1962 bis 1969 (+ 3,2%). Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Hoch- und Tiefbau erhöhten sich 1971 um 11,7%, die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter um 11,3%.

Getragen wurde die Gesamtentwicklung bei den geleisteten Arbeitsstunden durch eine Erhöhung im privaten Bau um 5,6%, wobei vor allem der Wohnungsbau (+ 6,1%) herauszuheben ist, während sich im öffentlichen und Verkehrsbau eine leicht rückläufige Tendenz (— 0,2%) ergab, zurückgeführt auf die große Abnahme im Straßenbau um 7,9%. In der Umsatzentwicklung waren die Unterschiede im privaten Bau (+ 29,4%) sowie öffentlichen und Verkehrsbau (+ 24,8%) nicht so groß. Je Beschäftigten wurden 43 743 DM (+ 27,3%) Umsatz erzielt, während durchschnittlich 15 417 DM an Löhnen und Gehältern an jeden Beschäftigten gezahlt werden mußten (+ 15,4%), das entspricht einer Lohn- und Gehaltsquote von 35,2% bezogen auf den Umsatz (1970: 38,9%). ha

69% aller Tiefbauaufträge für Straßenverkehrsbauten

Von 1961 bis 1970 wurden insgesamt 6 063 Mill. DM für Auftragsvergaben der öffentlichen Hand im Tiefbau bereitgestellt. Die höchsten Anteile entfielen auf Straßenbauten (58%), Straßenbrückenbauten (11%) und wasserwirtschaftliche Tiefbauten (14%). Hinsichtlich der Höhe der bereitgestellten Gelder stand der Bund - mit Ausnahme der wasserwirtschaftlichen Tiefbauten - bei allen Baumaßnahmen an erster Stelle; ihm waren bei Tiefbauten an Bundeswasserstraßen 93%, bei sonstigen Tiefbauten 82%, bei Straßenbrückenbauten 83% und bei Straßenbauten 53% der Vergabesummen zuzurechnen. Es zeigte sich, daß Objekte mit kurzfristigen Bearbeitungszeiten vorwiegend von Gemeinden, Tiefbauvorhaben mit einer Durchführungsfrist innerhalb eines Jahres vom Land, Aufträge mit noch längeren Ausführungszeiten vom Bund vergeben werden. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 65.

Abgeschwächte Wachstumsraten der Einzelhandels- und Gastgewerbe-Umsätze

Die konjunkturelle Entspannung im Jahre 1971 spiegelte sich auch in den Umsatzergebnissen des Einzelhandels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes wider. Wenn die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr mit + 7,6% beim Einzelhandel und + 7,4% beim Gastgewerbe auch noch relativ günstig waren, so lagen sie doch deutlich unter den Steigerungsquoten der beiden vorausgegangenen Jahre, welche noch Werte von + 11,7 und + 10,5% im Einzelhandel und + 8,5 und + 11,7% im Gastgewerbe erreicht hatten. Darüber hinaus ist das im Jahre 1971 besonders starke Anziehen der Preise im Einzelhandel und Gastgewerbe zu berücksichtigen. Beispielsweise erhöhten sich die Einzelhandelspreise im Vergleich zum Vorjahr um rund 5%, gegenüber + 3,5 bzw. + 1,4% in den beiden vorausgegangenen Jahren.

Der konjunkturelle Umschwung, der sich bereits zu Beginn des zweiten Halbjahres 1971 bemerkbar machte, kam jedoch erst zum Jahresende hin zum Tragen. Während die Einzelhandelsumsätze im Dezember nur noch um knapp 1% über denen des Vorjahresmonats lagen, ging der Gastgewerbeumsatz in der gleichen Zeit sogar um 1,4% zurück. Im Jahre 1970 wurden dagegen noch Raten von + 10,7 und + 7,7% erreicht. Das erste Halbjahr 1971 war noch fast ausschließlich von den Auswirkungen der Hochkonjunktur geprägt.

Nach Branchen ergab sich für die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze ein sehr differenziertes Bild. Während der Umsatz im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, der nach den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung 1967 mit 38,6% den Hauptanteil am Gesamtergebnis des Einzelhandels hatte, stagnierte, erzielten die Unternehmen des Wirtschaftszweiges Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen, 1967 mit einem Anteil von 9,8% an dritter Stelle, wieder eine besonders starke Umsatzzunahme (+ 17,5%). mc

Geringe Wasserführung des Rheins beeinträchtigt Güterverkehr

Die durch die Trockenheit im vergangenen Jahr bedingte extrem geringe Wasserführung des Rheins und seiner Nebenflüsse war in erster Linie der Grund für den Rückgang des Güterverkehrs mit Binnenschiffen. In den rheinland-pfälzischen Häfen wurden um 4,8% weniger Güter umgeschlagen als im Vorjahr. Der Versand reduzierte sich sogar um 7,2%. Wegen des niedrigen Wasserstands konnten die Schiffe nicht in dem gleichen Maße beladen werden wie bei normalen Verhältnissen, so daß sich der Auslastungsgrad von 87% im Jahre 1970 auf durchschnittlich 67% im vergangenen Jahr verringerte, und damit eine größere Zahl von Schiffen notwendig war, den Gütertransport zu bewältigen. Trotz des geringeren Güterumschlags nahm daher der Schiffsverkehr ganz erheblich zu (+ 19,4%). Im Oktober 1971, in dem der seit Januar 1964 niedrigste Pegelstand gemessen wurde, konnten auf den rheinland-pfälzischen Wasserstraßen um 30,5% mehr Güterschiffe gezählt werden als im gleichen Monat des Vorjahres.

Von den Verkehrsbezirken war lediglich auf dem Mittelrhein von der nördlichen Landesgrenze bis unterhalb Bingen im Durchschnitt noch eine geringe positive Veränderung des Güterumschlags zu beobachten (+ 0,8%), die ausschließlich

von den im Neuwieder Becken gelegenen Häfen Andernach (+ 5,5%), Weißenthurm (+ 33,8%) und Bendorf (+ 73,3%) beeinflusst war. Nach der Lahn (— 85,4%) und der Mosel (— 17,7%) ging in den Häfen des Oberrheins oberhalb Worms, mit Ausnahme von Speyer (+ 7,3%), Lingenfeld (+ 8,8%) und Germersheim (+ 199,4%), der Güterumschlag am stärksten zurück (— 10,0%). Bei den in den Häfen des Oberrheins umgeschlagenen Gütern handelte es sich jedoch vorwiegend um Steine und Erden, insbesondere um Sand und Kies, Massengüter also, die zwar ein relativ hohes Gewicht, in der Regel aber einen geringen Wert aufweisen. mc

Finanzlage der RVO-Kassen befriedigend

Die Einnahmen der RVO-Kassen lagen im Jahre 1970 bei 912 Mill. DM. Überraschende Bedeutung kam den Beiträgen der Versicherten zu, denn sie erreichten mit 874 Mill. DM einen Anteil von 96%. Diese Einnahmeart zeigte seit 1966 eine Steigerung um rund ein Drittel, in der absoluten Summe kam sie fast an die Summe sämtlicher Leistungs-, Verwaltungs- und sonstigen Aufwendungen der Kassen heran. 91% der Beiträge entfielen 1970 auf versicherungspflichtige Mitglieder, 1967 waren es 89%. Das aktive Rohvermögen stellte sich 1970 auf 268 Mill. DM; nach Abzug der Passiva blieb ein Reinvermögen von 145 Mill. DM. Seit 1960 erhöhten sich die beiden Vermögensformen um 216 bzw. um 146%; die Passiva haben sich also stärker ausgedehnt als die Aktiva. ba

Mehr über dieses Thema auf Seite 69.

Steueraufkommen erstmals über 8 Mrd. DM

Das Aufkommen an Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern erreichte 1971 ein Volumen von 8 039 Mill. DM, das sind 13,6% mehr als 1970. Das Aufkommen an Gemeinschaftssteuern bezifferte sich auf 5 455 Mill. DM oder 15,2% mehr als 1970. Die höchsten Mehreinnahmen erbrachte hier die Lohnsteuer. Trotz konjunktureller Abschwächung gegen Ende des Jahres, aber hohem jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenstand, führten die gestiegenen Löhne und die mit der Progression verbundene höhere Steuerabschöpfung zu einer Aufkommensteigerung von 24,7%.

An Bundessteuern wurden 1 137 Mill. DM vereinnahmt, das entspricht einer Steigerung von 8,7% gegenüber dem Vorjahr. Mit Ausnahme des rückläufigen Aufkommens aus Zöllen (— 22,9%), Zucker- (— 17,5%) und sonstigen Steuern (— 21,4%) stieg das Aufkommen aller Bundessteuern. Das Aufkommen der Landessteuern (488 Mill. DM) erhöhte sich mit + 5,6% nicht so stark wie das der Bundes- und Gemeinschaftssteuern. Mit Ausnahme der Vermögensteuer (— 5,1%) expandierte jedoch das Aufkommen aller Landessteuern. Das kommunale Steueraufkommen ist 1971 um 14,8% auf 958 Mill. DM gestiegen.

Die Steuerverteilung zeigt bei den Steuereinnahmen des Bundes eine Steigerung um 13,4% auf 4 181 Mill. DM, bei denen des Landes um 12,1% auf 2 979 Mill. DM und bei den Gemeinden um 22,7% auf 1 129 Mill. DM. Die Einnahmen der Gemeinden sind eindeutig am stärksten angewachsen, was allerdings zu einem erheblichen Teil auf das sehr niedrig ausgewiesene Gewerbesteueraufkommen 1970 zurückgeführt werden kann, das wegen der für 1970 erwarteten Einführung der Gewerbesteuerumlage zu großen Teilen schon 1969 vereinnahmt wurde. vh

BAUTÄTIGKEIT UND WOHNUNGSWESEN IN RHEINLAND-PFALZ 1970

Umfang 79 Seiten, DIN A 4, Karton, Preis DM 7,—

Der Band enthält die zusammengefaßten Daten der amtlichen Statistiken für das Bau- und Wohnungswesen 1970. Er setzt die Reihe der bisher erschienenen Jahresveröffentlichungen auf diesem Sektor fort, wobei die Ergebnisse mit denen des Vorjahres voll vergleichbar bleiben. Bedingt durch die territoriale Verwaltungsreform ist hinsichtlich der regionalen Gliederung der Tabellen die Vergleichbarkeit mit früheren Ergebnissen erheblich beeinträchtigt. Die Änderungen nach dem Dritten bis Neunten Verwaltungsvereinfachungsgesetz wurden berücksichtigt, zugrunde gelegt ist der Gebietsstand vom 7. November 1970. Eine Ausnahme ergibt sich für die Ergebnisse der Baulandverkäufe und Baulandpreise, hier gilt noch der Gebietsstand vom 7. Juni 1969. Die ausführliche Kommentierung wird ergänzt durch 26 Textübersichten, ein Schaubild und 36 Tabellen.



Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	∅ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.